einige unserer Kräste sogar absichtlich kultiviert; damit sicher kein Dienst. - Es ist wahr um euch volle aber nicht damit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ihr habt in die em kampt tärker wurden, lo ge chah euch wir kämpsen mit euch um dieselbe, und wenn wir in der Menschheit, auszer der eurigen zu vernichten hr ginget darauf aus, alle Willensfreiheit

Joh. Gottl. FICHTE

Frankfurter Studentenzeitung Nr. 7 18. Jg. Nov. 1968 Studenten 50 Pfg. Preis 1 DM

Wir für unsere zwecke, sondern damit wir für

die eurigen tauglicher würden... Ihr ließet uns

in mancherlei Wissenschaften unterrichten, deren

eingerichtet war, damit wir lenksamer für diese

Absichten würden ... Das sind, soviel ich weiß,

eure absichtlichen Verdienste um unsere Kultur.

form und Inhalt schon nach euren Absichten

Bekämpft die Reaktionäre

die Autoritären

Aktionskommitée demokratischer Studenten

Das ADS rührt die Wahltrommel, die Studenten werden zur Wahrung ihrer demokratischen Rechte aufgerufen. Nachdem es auf Teach-ins kläglich gescheitert ist, mobilisieren es die entpolitisierten Studenten über die Instanzen, die die aktive politische Studentenbewegung schon partiell durchbrochen hat. Das "frei gewählte" Studentenparlament sollte nach dem Konzept der autoritären Strategen nur die autoritäre Struktur der Universität ver-

In dem parlamentarischen Leerlauf sollten radikale Mitbestimmungsforderungen aufgefangen und zugleich in "demokratischen" Sandkastenspielchen die Studenten in ihre Rolle als manipulierte Objekte der Herrschenden und deren gute Verwalter eingeübt werden.

Diese Strategie der Entpolitisierung ist fehlgeschlagen. Die Repräsentationsinstanzen AStA und Parlament haben die Konflikte nicht auffangen können. Die Studenten haben ihre Forderungen selbst angemeldet und auch praktisch organisatorisch durchzusetzen versucht.

Greifen in diesem Moment die autoritären Strategen und ihre Helfer vom ADS nicht zu einem klassisch faschistischen Mittel?: Zur Mobilisierung der Unpolitischen, Produkte ihrer eigenen Strategie. Hatten sich doch schon bei den Notstandsstreiks massive Schläger gegen die Streikposten gebildet, so rufen die ADSIer jetzt in der Einsicht, "daß ein weiteres Verhalten der Studenten in der Passivität nicht mehr möglich ist" (H. Wildenhayn, ADS), alle zu Wahl und Urabstimmung: wer sowieso unpolitisch ist, soll wenigstens zur Verhinderung von Politik in einem substantiellen Sinne seine Zettel in die Urne werfen. Werbe-psychologie, viel Geld und Phrasen ersetzen Politik und bestätigen noch einmal das Syndrom des Unpolitischen. Das alles zu einem prägnant formulierten Ziel: "... alles zu tun, damit Vorlesungen und Prü-fungen in vollem Umfang wieder aufge-

Ruhe und Ordnung ist das dezisionistische Geplapper der Gebetsmühle des autoritären Staates: die verselbständigte unreflektierte Dynamik der bloßen Herrschaft. H. Lohaus

nommen und gewährleistet werden" (ADS

Antrag Nr. 2 zur Urabstimmung).



wo ihr sie trefft

die Staatsknechte

Der MINISTERPRÄSIDENT Zinn überreicht dem VERLEGER, GESCHÄFTSFÜHRER, MITGESELLSCHAFTER Wirthle (Societätsdruckerei) den STERN ZUM BUNDESVER-DIENSTKREUZ. Beide stehen auf hohem Posten: zwischen ihnen klafft ein Abgrund, der einen ekelhaften Anblick und Gestank freigibt: die Plebs. Der muß überbrückt werden: Die beiden Reiche werden vermittelt: Der STERN wird überreicht: er vermittelt dem Wirthle die Teilhaftigkeit der reinen Sphäre des STAATES, aus dessen ÄTHER er stammt. Er vollendet dessen Identifikation mit IHM; schon das GROSSE BUNDESVERDIENSTKREUZ hatte ihn der Sphäre des bloß empirischen enthoben. Aber wie durch die STAATSKANZLEI be-

kannt, stammt der STERN ab vom STAAT: BUNDESPRÄSIDENT Heinrich Lübke verleiht ihn. Die STAATSKANZLEI vermittelt die Bewegungen des STAATES der Plebs, aber nicht unmittelbar: es bedarf eines Vermittlers, der aus jener Sphäre des Empirischen stammt, aber doch zur Reinheit des STAATES emporgehoben werden kann: des VERLEGERS, GESCHÄFTS-FÜHRERS, GESELLCHAFTERS.

Und der Grund für diese Würdigung, dieses intime Vertrauen, diese göttliche Gnade dem kleineren Herrscher gegenüber? -: "überragende Verdienste um eine freiheitliche und demokratische Gestaltung des Pressewesens." Er hat UNTERNEHMEN aufgebaut mit "dem Ziel der "Hinführung zur Demokratie'." Da müssen Leistungen vorliegen, die in der empirischen Sphäre behaftet, sich in der Sprache der STAATS-KANZLEI entziehen: Die Menschen, die sein UNTERNEHMEN gebaut haben und wirklich betreiben, die anderen an die er die Mitteilungen der STAATSKANZLEI ver-

Bewaffnete

Studenten?

"Einsatzort Frankfurt"

(Frankfurter Neue Presse)

mittelt, können in der Sphäre des STAA-TES keinen Bestand haben, allenfalls wirkt sich auf sie die "Hinführung zur Demo-kratie", als die Vervollkommnung des STAATES aus, aber auch das wäre nur ephemär. Soweit aber nur das, wovon überhaupt nicht die Rede ist.

Wie aber sind die "überragenden Verdienste" zu verstehen? Sie müssen sein Verhältnis zur Plebs betreffen, sonst wären sie ja expliziert. Er ist ja nicht nur das Medium der Entäußerung des STAATES, sondern auch Synthese des Empirischen mit IHM: d. h. er vermittelt auch das Empirische mit dem Absoluten, um deren beider Einheit jeweils neu zu begründen. Dabei bedient er sich der Mittel des STAATES: der "POLIZEIBERICHT" leistet diese Vermittlung besser als die kontingenten Äußerungen von Journalisten, wie die Berichte nach Ostermontag zeigten (wo in der Neuen Presse ein kritischer Bericht herausgeschmissen wurde zugunsten eines "POLIZEIBERICHTES").

Der STAAT erkennt den Wert, den er an ihm hat. Er ehrt ihn nicht nur, er schützt ihn auch durch seine GERICHTE. Diese stellen durch Zwangsgewalt und unendliche Ver-mittlung über Diener und Unterdiener des STAATES die Einheit ihrerseits her. Wirthle als besternter und bekreuzter Diener wird seinen Zivilprozeß kriegen gegen die angeblichen Rädelsführer der Springeraktio-

Dem abgeschlossenen Bewußtsein der Herrschaft müssen die politischen Menschen und damit potentiell alle unter paranoiden Verzerrungen erscheinen. Sie kriminalisieren die Opposition zu den Reaktionären, die sie selbst sind.

H. Lohaus

& Bonn, 24. Oktober

Ist Frankfurt Einsatzschwerpunkt einer internationalen Studentenbrigade, die in aller Kürze bewaffnete Aktionen starten will? In einer Anfrage von mehreren Abgeordneten an die Bundesregierung ist von Waffenlagern die Rede, die das Losschlagen dieser Brigade

außerdem in München, Köln und Hamburg ermöglichen sollen.

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung. Erscheint zweimal vierteljährlich. Herausgeber: David H. Wittenberg, Andreas Schröder, Rainer Erd, Lothar Wolfstetter, Veit Feger Herausgeber: David H. Wittenberg, Andreas Schröder, Rainer Erd, Lothar Wolfstetter, Veit Feger Herausgeber: David H. Wittenberg, Andreas Schröder, Rainer Erd, Lothar Wolfstetter, Veit Feger

Redaktion: Antonia Grunenberg, Rainer Roth, Hermann Lohaus, Michael Schwarze, Lothar Wentzel, Ecknart Grune-wald, József Wieszt
Redaktionsgeschäftsführer: Hermann Lohaus, Eckhart Grünwald
Verlagsleiter: Werner Fritzsche
Anzeigen: Werner Dömming
Vertrieb: Klaus von Büren
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main 1, Mertonstraße 26–28, Telefon (0611) 7983188
Konten der Zeitung: Commerzbank Ffm. 6420020, Postscheckamt Ffm. 187588
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Leserbriefe haben keinen Anspruch auf vollständige Wiedergabe.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. Januar 1968.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 10,- jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: H. G. Gachet & Co., 607 Langen · Gerichtsstand: Frankfurt/Main

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:

Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Kollegbedarf Füllhalter Feinpapiere Geschenke Büro-, Zeichen-, Schulartikel

Buchhandlung für Peter Naacher Universitätswissenschaften

sein soll.

Bockenheimer Landstr. 133 Zentrale: Steinweg 3 · Ruf *287641 Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

> Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Vergewaltigung.

die Frauenverächter

Die Wahlzeitung Kontrapunkt Nr. 2 des

ADS präsentiert auf der ersten Seite eine

liegende, langhaarige Frau mit offenem

Männerhemd und Stiefeln. Ein paar Seiten später schwenkt sie bloß noch ihre Haare

im Wind. So weit noch professionell. Aber

auf der vorletzten Seite entpuppt sie sich

als eines "der profiliertesten ADS-Mitglie-

der", in der Tat: im Bikini. Sie hat den

Namen soundso und will angeblich ins Par-

lament. Das ADS kämpft mit den Waffen

einer Frau. Wenn man der Wählzeitung sonst noch trauen soll, so kämpfen die

linken Studenten alle mit Hilfe von Pisto-

len, Messern, Gewehren und Streichhöl-

zern. Werfen diese ihre Granaten in die

Debatte, so das ADS alle Einzelteile der

weiblichen Anatomie (d. h. Haare, Brüste,

Mund usw.). Von den freundlichen Absich-

ten des ADS sind nun auch diejenigen

überzeugt, die Fäuste und Knüppel der

"progressiven Alternative" noch von den

Nun kann man annehmen, auch eine voll-

busige Parlamentskandidatin, die sich für

ihre Wähler im Gras fotografieren läßt, kann

noch die Interessen der Studentinnen ver-

treten, vielleicht den Bau eines Kinder-

gartens verlangen o. ä. Nichts dergleichen.

So anziehend sie körperlich sein mag, so abstoßend ist sie politisch. Die Wahl-

manager des ADS haben für sie baren

Unsinn formuliert. ("Dekonstruktion quali-

fizierter Autoritätsstrukturen als fundamen-

tale Basis sozialistischer Denkprämissen

manifestiert sich nicht als sympathiebezo-

genes originäres System in humaner Reak-

tion".) Wer denkt da nicht: Politik verdirbt

den Charakter der Frau (und ihr Denken)?

Was die Kandidatin im Gras will, weiß

jeder, aber was soll sie im Parlament? Das

ADS setzt mit fremdem Geld nicht einfach

sexuelle Attrappen in die Landschaft, um

den Wähler zu einer positiven Entschei-

dung zu manipulieren. Er geht einen Schritt

weiter. Er benutzt in Wirklichkeit die Ver-

achtung gegen eine Frau, die sich so

prostituiert, die zudem solchen scheintheo-

retischen Quatsch von sich gibt, um für

sich zu werben. Mit dieser Frau kann man

alles machen. Man kann sie ausziehen.

fotografieren, auf die erste, sechste und vorletzte Seite einer Wahlzeitung klatschen,

sie beliebig quatschen lassen, sie läßt sich

alles gefallen. Man kann sie sogar zur

Parlamentskandidatin machen. Hübsches

Spielzeug. Die Sexualisierung des Wahl-

kampfes durch die Juristen vom ADS ent-

hüllt ihren zutiefst reaktionären Charakter.

Sublimierter Sadismus, Vorformen von

Das ADS nutzt die Gestalt und die latente

Feindschaft seiner potentiellen Wähler gegen Frauen in der Politik geschickt aus.

Die arme Medizinstudentin soll überhaupt nicht gewählt werden, aber das ADS, das

sich über sie lustig macht. Die Kandidatin ist keine für die Studentinnen, sondern für die Studenten, die den Spaß, den man mit einer Frau treiben kann, ganz herrlich

finden. Auf der endgültigen ADS-Liste taucht die arme Frau denn auch überhaupt

nicht mehr auf, zumal, wie man hört, sie

auch nur ein Fotomodell aus Wiesbaden

Notstandsstreiks in Erinnerung haben.

Aktionskommitée

demokratischer Studenten

Bekämpft die Reaktionäre

die Autoritären

Aktionskommitée demokratischer Studenten

Das ADS rührt die Wahltrommel, die Studenten werden zur Wahrung ihrer demokratischen Rechte aufgerufen. Nachdem es auf Teach-ins kläglich gescheitert ist, mobilisieren es die entpolitisierten Studenten über die Instanzen, die die aktive politische Studentenbewegung schon partiell durchbrochen hat. Das "frei gewählte" Studentenparlament sollte nach dem Konzept der autoritären Strategen nur die autoritäre Struktur der Universität ver-

In dem parlamentarischen Leerlauf sollten radikale Mitbestimmungsforderungen aufgefangen und zugleich in "demokratischen" Sandkastenspielchen die Studenten in ihre Rolle als manipulierte Objekte der Herrschenden und deren gute Verwalter eingeübt werden.

Diese Strategie der Entpolitisierung ist fehlgeschlagen. Die Repräsentationsinstanzen AStA und Parlament haben die Konflikte nicht auffangen können. Die Studenten haben ihre Forderungen selbst angemeldet und auch praktisch organisatorisch durchzusetzen versucht.

Greifen in diesem Moment die autoritären Strategen und ihre Helfer vom ADS nicht zu einem klassisch faschistischen Mittel?: Zur Mobilisierung der Unpolitischen, Produkte ihrer eigenen Strategie. Hatten sich doch schon bei den Notstandsstreiks massive Schläger gegen die Streikposten gebildet, so rufen die ADSler jetzt in der Einsicht, "daß ein weiteres Verhalten der Studenten in der Passivität nicht mehr möglich ist" (H. Wildenhayn, ADS), alle zu Wahl und Urabstimmung: wer sowieso unpolitisch ist, soll wenigstens zur Verhinderung von Politik in einem substantiellen Sinne seine Zettel in die Urne werfen. Werbepsychologie, viel Geld und Phrasen ersetzen Politik und bestätigen noch einmal das Syndrom des Unpolitischen. Das alles zu einem prägnant formulierten Ziel: "... alles zu tun, damit Vorlesungen und Prüfungen in vollem Umfang wieder aufge-nommen und gewährleistet werden" (ADS Antrag Nr. 2 zur Urabstimmung).

Ruhe und Ordnung ist das dezisionistische Geplapper der Gebetsmühle des autoritären Staates: die verselbständigte unreflektierte Dynamik der bloßen Herrschaft. H. Lohaus

FRANKFURT/MAIN

MAINZER LANDSTRASSE 216 TELEFON: 334672



die Staatsknechte

Der MINISTERPRÄSIDENT Zinn überreicht dem VERLEGER, GESCHÄFTSFÜHRER, MITGESELLSCHAFTER Wirthle (Societätsdruckerei) den STERN ZUM BUNDESVER-DIENSTKREUZ. Beide stehen auf hohem Posten: zwischen ihnen klafft ein Abgrund, der einen ekelhaften Anblick und Gestank freigibt: die Plebs. Der muß überbrückt werden: Die beiden Reiche werden vermittelt: Der STERN wird überreicht: er vermittelt dem Wirthle die Teilhaftigkeit der reinen Sphäre des STAATES, aus dessen ÄTHER er stammt. Er vollendet dessen Identifikation mit IHM; schon das GROSSE BUNDESVERDIENSTKREUZ hatte ihn der Sphäre des bloß empirischen enthoben.

Aber wie durch die STAATSKANZLEI bekannt, stammt der STERN ab vom STAAT: BUNDESPRÄSIDENT Heinrich Lübke verleiht ihn. Die STAATSKANZLEI vermittelt die Bewegungen des STAATES der Plebs, aber nicht unmittelbar: es bedarf eines Vermittlers, der aus jener Sphäre des Empirischen stammt, aber doch zur Reinheit des STAATES emporgehoben werden kann: des VERLEGERS, GESCHÄFTS-FÜHRERS, GESELLCHAFTERS.

Und der Grund für diese Würdigung, dieses intime Vertrauen, diese göttliche Gnade dem kleineren Herrscher gegenüber? -: "überragende Verdienste um eine freiheitliche und demokratische Gestaltung des Pressewesens." Er hat UNTERNEHMEN aufgebaut mit "dem Ziel der 'Hinführung zur Demokratie"." Da müssen Leistungen vorliegen, die in der empirischen Sphäre behaftet, sich in der Sprache der STAATS-KANZLEI entziehen: Die Menschen, die sein UNTERNEHMEN gebaut haben und wirklich betreiben, die anderen an die er die Mitteilungen der STAATSKANZLEI vermittelt, können in der Sphäre des STAA-TES keinen Bestand haben, allenfalls wirkt sich auf sie die "Hinführung zur Demokratie", als die Vervollkommnung des STAATES aus, aber auch das wäre nur ephemär. Soweit aber nur das, wovon überhaupt nicht die Rede ist.

Wie aber sind die "überragenden Verdienste" zu verstehen? Sie müssen sein Verhältnis zur Plebs betreffen, sonst wären sie ja expliziert. Er ist ja nicht nur das Medium der Entäußerung des STAATES, sondern auch Synthese des Empirischen mit IHM: d. h. er vermittelt auch das Empirische mit dem Absoluten, um deren beider Einheit jeweils neu zu begründen. Dabei bedient er sich der Mittel des STAATES: der "POLIZEIBERICHT" leistet diese Vermittlung besser als die kontingenten Außerungen von Journalisten, wie die Berichte nach Ostermontag zeigten (wo in der Neuen Presse ein kritischer Bericht herausgeschmissen wurde zugunsten eines "POLIŽEIBERICHTES").

Der STAAT erkennt den Wert, den er an ihm hat. Er ehrt ihn nicht nur, er schützt ihn auch durch seine GERICHTE. Diese stellen durch Zwangsgewalt und unendliche Vermittlung über Diener und Unterdiener des STAATES die Einheit ihrerseits her. Wirthle als besternter und bekreuzter Diener wird seinen Zivilprozeß kriegen gegen die angeblichen Rädelsführer der Springeraktio-

Dem abgeschlossenen Bewußtsein der Herrschaft müssen die politischen Menschen und damit potentiell alle unter paranoiden Verzerrungen erscheinen. Sie kriminalisieren die Opposition zu den Reaktionären, die sie selbst sind.

H. Lohaus

Bewaffnete Studenten?

"Einsatzort Frankfurt"

(Frankfurter Neue Presse)

& Bonn, 24. Oktober Ist Frankfurt Einsatzschwerpunkt einer internationalen Studentenbrigade, die in aller Kürze bewaffnete Aktionen starten will? In einer Anfrage von mehreren Abgeordneten an die Bundesregierung ist von Waffenlagern die Rede, die das Losschlagen dieser Brigade außerdem in München, Köln und Hamburg ermöglichen sollen.

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung. Erscheint zweimal vierteljährlich.
Herausgeber: David H. Wittenberg, Andreas Schröder, Rainer Erd, Lothar Wolfstetter, Veit Feger
Redaktion: Antonia Grunenberg, Rainer Roth, Hermann Lohaus, Michael Schwarze, Lothar Wentzel, Eckhart Grüne-

Redaktion: Antonia Grunenberg, Rainer Roth, Hermann Lohaus, Michael Schwarze, Lothar Wentzel, Lothar Wellzel, Lothar Wellzel,

Kolleg-

bedarf

Büro-,

Füllhalter

Feinpapiere

Geschenke

Zeichen-

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung: Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Schulartikel

Buchhandlung für Universitätswissenschaften Bockenheimer Landstr. 133

Zentrale: Steinweg 3 · Ruf *287641 Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

die Frauenverächter

Die Wahlzeitung Kontrapunkt Nr. 2 des

ADS präsentiert auf der ersten Seite eine

liegende, langhaarige Frau mit offenem

Männerhemd und Stiefeln. Ein paar Seiten

später schwenkt sie bloß noch ihre Haare

im Wind. So weit noch professionell. Aber

auf der vorletzten Seite entpuppt sie sich

als eines "der profiliertesten ADS-Mitglieder", in der Tat: im Bikini. Sie hat den

Namen soundso und will angeblich ins Par-

lament. Das ADS kämpft mit den Waffen

einer Frau. Wenn man der Wählzeitung

sonst noch trauen soll, so kämpfen die

linken Studenten alle mit Hilfe von Pisto-

len, Messern, Gewehren und Streichhöl-

zern. Werfen diese ihre Granaten in die

Debatte, so das ADS alle Einzelteile der

weiblichen Anatomie (d. h. Haare, Brüste,

Mund usw.). Von den freundlichen Absich-

ten des ADS sind nun auch diejenigen

überzeugt, die Fäuste und Knüppel der

"progressiven Alternative" noch von den

Nun kann man annehmen, auch eine voll-

busige Parlamentskandidatin, die sich für

ihre Wähler im Gras fotografieren läßt, kann

noch die Interessen der Studentinnen ver-

treten, vielleicht den Bau eines Kinder-

gartens verlangen o. ä. Nichts dergleichen.

So anziehend sie körperlich sein mag, so

abstoßend ist sie politisch. Die Wahl-

manager des ADS haben für sie baren

Unsinn formuliert. ("Dekonstruktion quali-

fizierter Autoritätsstrukturen als fundamen-

tale Basis sozialistischer Denkprämissen

manifestiert sich nicht als sympathiebezo-

genes originäres System in humaner Reak-

tion".) Wer denkt da nicht: Politik verdirbt

den Charakter der Frau (und ihr Denken)?

Was die Kandidatin im Gras will, weiß

ieder, aber was soll sie im Parlament? Das

ADS setzt mit fremdem Geld nicht einfach

sexuelle Attrappen in die Landschaft, um

den Wähler zu einer positiven Entschei-

dung zu manipulieren. Er geht einen Schritt

weiter. Er benutzt in Wirklichkeit die Ver-

achtung gegen eine Frau, die sich so

prostituiert, die zudem solchen scheintheo-

retischen Quatsch von sich gibt, um für

sich zu werben. Mit dieser Frau kann man

alles machen. Man kann sie ausziehen,

fotografieren, auf die erste, sechste und vorletzte Seite einer Wahlzeitung klatschen,

sie beliebig quatschen lassen, sie läßt sich

alles gefallen. Man kann sie sogar zur

Parlamentskandidatin machen. Hübsches

Spielzeug. Die Sexualisierung des Wahl-

kampfes durch die Juristen vom ADS ent-

hüllt ihren zutiefst reaktionären Charakter.

Sublimierter Sadismus, Vorformen von

Das ADS nutzt die Gestalt und die latente

Feindschaft seiner potentiellen Wähler gegen Frauen in der Politik geschickt aus.

Die arme Medizinstudentin soll überhaupt nicht gewählt werden, aber das ADS, das

finden. Auf der endgültigen ADS-Liste taucht die arme Frau denn auch überhaupt

nicht mehr auf, zumal, wie man hört, sie auch nur ein Fotomodell aus Wiesbaden

sich über sie lustig macht. Die Kandie ist keine für die Studentinnen, sondern für die Studenten, die den Spaß, den man mit einer Frau treiben kann, ganz herrlich

Notstandsstreiks in Erinnerung haben.

Aktionskommitée

demokratischer Studenten

Peter Naacher

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Vergewaltigung.

3 Jahre, 4 Monate, 8 Monate ohne Bewährung, 600 DM, 3 Tage, 400 DM, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Zuchthaus, Gefängnis

Ruhe?

Im Prozeß vor dem Reichsgericht (1907) wurde Karl Liebknecht gefragt, was er unter "Klassenjustiz" verstehe. Er erwiderte, daß "das Richteramt nur von Angehörigen der herrschenden Klasse oder Klassen ausgeübt" werde und daß "solche Richter ..., wenn sie über Angehörige anderer Bevölkerungsschichten zu befinden haben, naturgemäß nicht objektiv zu urteilen" vermöchten. — Solange die These von der Klassenjustiz auf die Rekrutierungsform des Justizapparates allein gestützt wird, bleibt sie im Kern eine unpolitische Kritik am Anspruch einer judiziären Schiedsrichterposition. Ähnlich zeigen etwa auch die Arbeiten von Dahrendorf über die deutsche Richterschaft lediglich eine Korrelation autoritärer Gerichtsverfahren mit der halbierten, autoritären Welt der gehobenen Mittelschicht. Ein solcher sozialpsychologischer Ansatz erklärt noch nicht einmal zureichend den familialen Einfluß auf die juristische Berufswahl mit ihren Verhaltenserwartungen, den Einfluß der sekundären Sozialisierung und die objektiven institutionellen Zwänge, denen das Justizpersonal unterliegt. Zudem nimmt sich diese Auffassung von Klassenjustiz eigentümlich aus in Verfahren, in denen studentische Angeklagte von Richtern aus der gleichen gehobenen Schicht mit Terror-urteilen bedacht werden: der Mittelstand bleibt

Erst eine Funktionsbestimmung der Justiz im Rahmen einer Erklärung der Entstehung rechts-förmiger Herrschaftsmittel und des Geltungsstatus von Rechtssätzen könnte heute die objektiven Interessen deutlich machen, die sich unabhängig vom Rekrutierungsfeld der Individuen durchsetzen. Eine kritische Rechtstheorie, die das Problem der Geltung normativer Sätze nicht auf das der klassenspezifischen Entstehung re-duziert, hätte gerade anhand juristischer Verfahren, die sich als unpolitisch ausgeben, den Verdinglichungs-Charakter von Rechtsnormen aufzuzeigen. Hinter dem scheinbaren Automatismus der Rechtsanwendung hätte sie die politischen Kriterien zu explizieren, welche die Urteilsfindung leiten. Daß der quasi-kausale Zusammenhang von Tatbestandsmäßigkeit und Rechtsfolge-Anordnung auf Entscheidungen beruht und nicht einer rein juristischen, gleichsam natürlichen Subsumption, zeigt etwa die unterschiedliche Behandlung von Protesten gegen sowjetische Administrationen einerseits und Heiligtümer der freiheitlich-demokratischen Grundordnung andererseits.

Die Möglichkeit einer Amnestie ist ein weiterer Einwand — freilich ein ambivalenter: denn sie unterstellt ja ex post den Taten einen Unrechtsgehalt, der nur gnädigerweise nicht pönalisiert

Die Strafprozesse, die in der BRD und in Westberlin wegen Teilnahme an der außerparlamentarischen Bewegung in Gang gesetzt worden sind, ermöglichen nun eine konkrete Diskussion über Aufgabe und Funktionieren der Justiz, eine Analyse ihrer gesellschaftlichen Funktion. Die Justiz ist dabei nicht zu bestimmen nach ihrem Anspruch — LG-Präsident Wassermann mag sie ruhig zu den Antiautoritären im Lande rechnen; sie ist zu bestimmen nach ihrer Wirkung und Wirklichkeit: wie sie handelt, wie sie die ihr ausgelieferten Menschen verhandelt.

Die Legitimationen, unter denen die Prozesse ablaufen, sind zwar noch nicht so dünn, daß die Gesetze nurmehr mit sich selbst gerechtfertigt werden; es stehen höhere Werte auf dem Spiel. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung, deren einer Eckpfeiler die Justiz sei, wird beschworen — von denen, die meinen, den ge-samten legalen Wertehimmel für *ihre* Ruhe, Ord-nung und Sicherheit mobilisieren zu müssen. Es zeichnet ohnehin das bürgerliche Bewußtsein aus, Verletzungen seiner Regeln, seines status quo sogleich unter juristischem Aspekt betrachten zu können. Rechtsformeln sind die Garanten seiner psychologischen Stabilität, so wie sie auch den gesamtgesellschaftlichen Konsensus fundieren sollen. Gegen die kleine radikale Minderheit brauchen nun nicht mehr bloß die exekutiven Rechtfertigungen (Ruhe, Ordnung gegen Störung, Krawall) zitiert zu werden; die lustiz repräsentiert weit mehr die Legitimität dieses Systems. Letztlich ist sie, mit dem Verfassungsgericht an der Spitze, "Hüterin der Ver-

Durchbricht jemand durch kämpferische Demonstrationen den vorausgesetzten allgemeinen Konsens, so rationalisiert das harmonische Bewußtsein dieses Aufbegehren durch den Hinweis auf geheime Drahtzieher im Hintergrund, deren Agenten durch Rädelsführerschaft auffallen: der Weltkommunismus ist die Zentrale,

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE SCHUMANN U. COBET

FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 281494

die "unseren Staat kaputt machen will". Diese Ideologie des Antikommunismus ist aber so glaubhaft nicht mehr, als daß sie jederzeit zur Rechtfertigung herangezogen werden könnte. Ideologie", bemerkt durchgehaltene W. Hofmann, "an die nicht mehr geglaubt werden kann, gewinnt terroristische Züge." (W. Hofmann, Zur Ideologie des Antikommunismus in der Bundesrepublik, in: KPD-Verbot, rororoaktuell 1092, S. 42, 45.)

Ein paar Zahlen sollen diese kurz deutlich

In Berlin laufen ca. 600 Verfahren wegen Teilnahme an Demonstrationen oder entsprechender Rädelsführerschaft. Etwa 70 Urteile, darunter auch Strafbefehle, sind schon ergangen. Mehrere Jahre Gefängnis werden darin ausgesprochen, einzelne Angeklagte müßten mehr als 2 Jahre im Gefängnis verbringen, wenn die Urteile schon rechtskräftig wären.

In Heidelberg laufen rund 200 Verfahren, in Tübingen 152, in Konstanz 164, in Hamburg waren es zeitweilig bis zu 486. In München wird in ca. 500 Verfahren ermittelt. Eine einzige Demonstration gegen den Krieg in Vietnam wurde mit 6 Urteilen beantwortet: 5 Monate Gefängnis ohne Bewährung, 3 Monate Gef. o. B., 4 Monate Gef. m. B., zweimal 3 Monate Gef. m. B. und drei Wochenendarreste. Die Teilnahme an einem außergewöhnliche Fall von Ruhestörung in einem Gerichtsgebäude" nicht mehr wiederholen werde. "Meine Bemühungen, Würde und Ansehen der Dritten Gewalt zu garantieren, schließen auch außergewöhnliche Maßnahmen der Exekutive ein ... Diesmal werden die Unruhestifter gleich sistiert." Wie geheißen, waren denn auch die grünen Männer und die netten Herren in Zivil beim nächsten Prozeß weitaus forscher. Noch außerhalb des Gerichtsgebäudes wurden die "Unruhestifter" vor jeder Unruhe samt einigen Umherstehenden für 8 Stunden sistiert, was Kripo Noll gelassen kommentierte: "Die Festnahme erfolgte, um eine unmittelbar pevorstehende strafbare Handlung zu verhindern." Sein prophetisches Wissen, das er legal zu legitimieren weiß, verdankt er aber nicht dem Gesetz, sondern der Stimme des Herrn Strelitz. Nicht nur im richterlichen Handeln sind die gummiartigen Leerformeln der als so exakt ausgegebenen juristischen Sprache aufzuspüren; die politischen Kriterien sind durchgängig auch im "gesetzmäßigen" Handeln der Exekutive zu finden — nicht nur in den Weisungen, denen sie unterliegt, sondern gerade in den juristischen Formeln, derer sie sich bedient. Welche Maximen bestimmen etwa für den Staatsanwalt, ob ein "hinreichender Tatverdacht", "öffentliches Interesse" oder "geringe Schuld" vorliegen? Die gesetz keine Ordnungsstrafen gegen Verteidiger

aune und Selbstverständnis des Richters sind die Grundlagen des Prozeßablaufs, der seinem Anspruch nach der Urteilsbildung durch Wahrheitsfindung dienen soll. Der Willkür des Richters ist nur eine Grenze gesetzt: er darf seine Rolle als Patriarch des Verfahrens nicht aufgeben. Versucht er etwa wirklich, die Motivation des Angeklagten und den politischen und damit verfassungsrechtlichen Gehalt des zu beurteilenden Sachverhalts aufzuklären, stößt er an die Schranken der institutionellen Zwänge. StA Uchmann lehnte Richter Möller wegen Befangenheit ab, weil er in einem Oster-Prozeß aus dem Bericht der Günther-Kommission über die Konzentration im Pressewesen und noch andere Artikel vorgelesen hatte. Die "einseitige" Tendenz des Verlesenen verursachte die Intervention, die das politische und rechtliche Unverständnis dieses Staatsanwaltes wieder einmal nur schwer verdecken kann. Ganz unmöglich ist es, die einzige adäquate Form der Wahrheitsfindung, eine umfassende Diskussion aller Beteiligten über Tatbestand und Rechtsfolge, zu finden und anzuwenden; die Strafprozeßordnung sieht dies nicht vor, also kann nicht sein, was nicht sein

Die Justiz gibt sich hierbei als Hüterin einer Verfassung, deren politischer Inhalt nicht eine demokratische Gesellschaftsform, sondern das richterliche Verständnis vom autoritären Staat ist, in dem der Bürger der Obrigkeit unterworfen ist. Und genau das spiegelt sich im Prozeß wider, denn "das Strafverfahrensrecht ... ist der Niederschlag des allgemeinen Verhältnisses von Individuum und Staat". (E. Kern, Strafverfahrensrecht, 8. Aufl., München/Berlin 1967, S. 2.)

Urteilsbegründung

Auch in den Urteilen finden sich die forensischen Argumentationsmuster der reinen Tautologie wieder. Was als Subsumtion eines Lebenssachverhaltes (Teilnahme an einer Demonstration) unter eine Norm (Aufruhr, Landfriedensbruch) bezeichnet wird, ist in Wahrheit die beschwörende Wiederholung des Straftatbestandes in verschiedenen Formulierungen mit dem unvermittelten Schluß, daß der Angeklagte sich strafbar gemacht habe. Diese Mechanik funktioniert "Der Angeklagte hat sich des Aufruhrs schuldig gemacht. Voraussetzung dafür ist, daß er an einer öffentlich zusammengerotteten Menschenmenge teilgenommen hat. Dies ist der Fall, "wenn eine größere Anzahl von Personen auf Grund ausdrücklicher oder stillschweigender Verabredung zur Ausführung eines bestimmten Zwecks zusammentritt und die Möglichkeit un-beschränkter Beteiligung an solcher Vereinigung gegeben ist" (Reichsgericht, RGSt 51, 422). Das lag offensichtlich vor, also hat der Angeklagte an der Zusammenrottung teilgenommen.

Argumente, die auf eine verfassungsgerechte Auslegung der vorkonstitutionellen Normen hinweisen, werden nicht verstanden. Dem Hinweis auf die Verfassung folgen vielmehr Antworten, die das völlige Unverständnis politischer Entscheidungsprozesse in unserer Gesellschaft beschreiben. Richter Schwalbe schlug vor, sich an den Petitionsausschuß des Bundestags zu wenden, statt zu demonstrieren (Paar-Urteil). Richter Rath empfahl den Demonstranten, daß die Verfassungsklage ihnen frei stünde, "wenn sie glauben, daß der Börsenverein des Deutschen Buchhandels verfassungswidrig sei" (Fatahi-Urteil). Abgesehen von der juridischen Unmöglichkeit, eine solche Verfassungklage zu erheben, soll das wohl heißen, daß Demonstrationen noch nicht einmal gegen verfassungswidrige Institutionen erlaubt sind.

Strafzumessung

Das obrigkeitshörige Verständnis der Richter und die politische Funktion der Prozesse, vor weiteren außerparlamentarischen Aktionen abzuschrecken, werden am deutlichsten im Strafmaß. "verbrecherischer Intensität" von "öffentlichem Interesse" die ist von walbe) und Rede; "das Gericht achtet die Grundeinstellung des Angeklagten" (Rath) und verurteilt ihn zu Gefängnis. Die Wirklichkeit des Strafvollzugs ("Das Gefängnis ist die perfekteste Asoziali-sierungsmaschinerie" — P. A. Borchert in: Strafvollzug in Deutschland, Fischer TaBu 841, S. 22) bleibt ebenso unerwähnt wie die Tatsache, daß durch das Urteil möglicherweise die ganze berufliche Existenz des Ängeklagten zerstört wurde. Der brutale Charakter der Strafhöhe zeigen ein paar Vergleiche: G. Paar wurde zu 1 Jahr Gefängnis o.B. verurteilt, weil er während der Springer-Demonstration einem Polizisten auf dem Arm geschlagen haben soll. Berliner Polizisten, die gemeinschaftlich einen Demonstranten blutig zusammengeschlagen hatten, erhielten eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen. Beihilfe zum tausendfachen Mord an Juden wurde mit 18 Monaten Gefängnis bestraft. Daniel Cohn-Bendit wurde zu 8 Monaten Gefängnis m. B. verurteilt, weil er bei der Senghor-Demonstration über die Hamburger Reiter gesprungen war. Ein Mann, der Rudi Dutschke mit einem Stock zusammenschlug, erhielt eine Geldstrafe von DM 200,-

Hubert Rottleuthner / Matthias Beltz

Gieseckes Antwort

- 2/3 0 394/68 -

Griesche, Gerichtsvollzieher Frankfurt am Main Eing. 24. Okt. 1968 DR. I/583/68

Beschluß, in Sachen des Landgerichtsdirektors Dr. Hans Werner Giesecke, Frankfurt am Main, Walter vom Rathstr. 2 Antragstellers, Antragstellers, Proz. Bev.: Rae Dres. Kalies, Ffm., gegen die Herausgeber des diskus, Frankfurter Studentenzeitung: 1. Rainer Erd (folgende Herausgeber siehe Impressum), Antragsgegner, wird im Wege der einstweiligen Verfügung wegen Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung gemäß §§ 935 ff ZPO, 823 abs 1, abs 2 BGB in Verbindung mit §§ 185 f. StGB, 10004 BGB angeordnet: I. Den Antragsgegnern wird bei Meidung von Geldstrafen in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafen bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, über den Antragsteller folgende Behauptungen zu verbreiten: —2—
1) Der Antragsteller sei ein solider Nazi gewesen, 2) der Antragsteller sei einer der vielen Juristen, die aus der autoritären Justiz in der Weimarer Republik bruchlos zur nationalsozialistischen Justiz übergingen, gewesen, 3) er sei bar jedes demokratischen Bewußtseins gewesen, 4) er sei nicht angekränkelt von demokratischer Unvoreingenommenheit, geschweige denn Neutralit\$t, 5) nichts spreche dafür, daß der Antragsteller sich in den vergangenen zwanzig Jahren zum demokratischen Richter gewandelt habe. II) Die Kosten des Verfahrens haben die Antragsgegner zu tragen. III. Streitwert: 5000,— DM. Frankfurt am Main, den 24. Okt. 1968 Landgericht, 3. Zivilkammer Dr. Preiser Ochs Kuhr (Siegel) Ausgefertigt: gez. Unterschrift, Justizangestellte, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle. Beglaubigt VCXYXCV Rechtsanwalt.

Nach wie vor dürfen wir anstandslos unsere zentrale Behauptung wiederholen, daß H. W. G. zur Erhaltung der "Schlagfertigkeit der deutschen Wehrmacht" ein Todesurteil wegen "Wehrmittelbeschädigung" gefällt hat, das selbst dem Führer zu hart war.

Wir erwarten, daß Dr. Giesecke die Konsequenzen zieht.

Protestzug zum griechischen Generalkonsulat kostete 1 Jahr Gef. o. B. (Wetter) und 8 Monate Gef. o. B. (Schmitz-Bender).

n Frankfurt ermitteln die Behörden in über 200 Verfahren, wobei gegen einen einzigen allein 19mal vorgegangen wird. Nach Ostern wurden alte Einstellungsbeschlüsse wieder aufgehoben, die Ermittlungen erstrecken sich auf unbedeutende Kleinigkeiten. Genossen werden beschuldigt, "am 28. 5. 1968 im Sendesaal des Hessischen Rundfunks sich mit anderen zusammengerottet und durch Pfiffe und Klatschen den Redner Augstein gezwungen zu haben, seine Rede vorzeitig abzubrechen. Vergehen nach §§ 240 I, 125 I, 47, 73 StGB und § 21 Versamml.-Gesetz.

Fünf Urteile sind gegen Oster-Demonstranten ergangen: 2 Freisprüche mangels Beweisen, 3 Monate Gef. m. B., eine ausgesetzte Jugendstrafe bei gefälltem Schuldspruch, 1 Jahr Gefängnis ohne Bewährung. Drei Teilnehmer an der Demonstration gegen die Friedenspreisverleihung an Senghor wurden verurteilt: 1 Monat Gef. m. B., 6 Monate Gef. m. B., 8 Monate Gef. m. B. Weitere Hauptverhandlungen sind angesetzt, Grundsatzverfahren gegen prominente Studenten, im Polizeijargon Rädelsführer, wer-den vorbereitet.

Prozeßvorbereitung

Diese Zahlen zeigen aber nicht die politischen Momente: das Zusammenspiel von Exekutive und Justiz, die Kriterien der Gesetzesanwendung. — Nach dem teach-in im Gerichtgebäude während des ersten Prozesses gegen einen Anti-Springer-Demonstranten erklärte der Hessische Justizminister Strelitz, daß sich "dieser

"glaubwürdigen" Angaben von Polizisten veranlassen ihn, gegen Demonstranten vorzugehen; die "glaubhafte" Versicherung des Regierungs-direktors Kempt — er könne sich nicht mehr erinnern -, das Verfahren wegen Beteiligung an einem "objektiv rechtswidrigen" Todesurteil aus dem Jahre 1940 einzustellen.

Prozeßführung

Im Strafprozeß selber wird das ganze Verständnis von Ruhe und Ordnung als Idealzustand praktisch angewandt. Straffe Disziplin, die sich in sitzungspolizeilichen Maßnahmen und Erteilen von Ordnungsstrafen äußert, bestimmt den Verhandlungsablauf.

Im Paar-Prozeß wies Richter Schwalbe 5 Zuhörer aus dem Saal; einer hatte gelacht, ein anderer hatte stehend an der Wand gelehnt, um besser zu hören, usw. Er verhängte Ordnungsstrafen bis zu drei Tagen Haft — bei sofortigem Vollzug und Abführen mit Handschellen aus dem Gerichtssaal - für Kritik an der Urteilsbegründung oder die treffende Feststellung, daß Schwalbe wohl nicht diskutieren könne, nachdem er eine Frage mit der Erklärung beschieden hatte: "Ich diskutiere hier nicht mit Ihnen!", und eine andere: "Das ist so, weil ich es gesagt habe.

Der autoritär-bornierte Stil, den Schwalbe hier praktiziert, wird allerdings nicht in allen Verfahren durchgehalten: Im Cohn-Bendit-Prozeß schadete es nichts, daß Zuschauer z. T. bei der Vereidigung sitzenblieben. Richter Zoebe führte dagegen im Brandstiftungs-Prozeß wieder unnachgiebige Strenge ein, der zwei Anwälte, die bei einer Vereidigung genau wie die "Angeklagten" sitzengeblieben waren, nur dadurch entgehen konnten, daß das Gerichtsverfassungs-

Unsere Kulturrevolution kann nicht nur einfach "kulturelle" Ziele haben. Sie führt die Kultur auf eine Praxis hin: den veränderten Alltag. Die Revolution verändert das Leben und nicht allein den Staat und die Eigentumsverhältnisse... Was heißen will, daß der Alltag ein schöpferisches Werk wird, daß die gesamte Technik der Veränderung des Alltags dient.

Bewußtseinsmäßig bedeutet der Ausdruck ,schöpferisches Werk' nicht mehr einen Kunstgegenstand, sondern eine Aktivität, die sich begreift, die sich gestaltet, die ihre eigenen Bedingungen reproduziert, sich diese ... Bedingungen einverleibt (Körper, Verlangen, Zeit, Raum), die ihr eigenes schöpferisches Werk wird. Gesellschaftlich bedeutet dieser Ausdruck die Aktivität einer Gruppe, die ihre Rolle und ihre gesellschaftliche Bestimmung selbst in die Hand nimmt, anders gesagt: Selbstverwaltung. (H. Lefèbvre, Prof. in Nanterre in "seinem Buch über die Verwandlung des Alltags", zit. nach Rauch/Schirmbeck, Die Barrikaden von Paris, Ffm., 1968, S. 114). Wenn das "Barrikaden"-Buch dann dem Motto von "Le Monde" folgt: "Eine Atmosphäre von "Kulturrevolution" in den Fakultäten. dann isoliert es das Thema wiederum, folgt allerdings seiner journalisti-

Aber noch die verbogensten Kunstprodukte und hilflos schwachsinnigen Unterhaltungsfabrikate berufen und besänftigen Vernunft- und Glücksansprüche der zum Arbeitsvieh degradierten Produzenten. Und wenn auch der Dirigent Karajan in die Provinz zu den Herstellern von Rosenthal-Porzellan eilt, geschieht das innerhalb der Nationalität von Herrschaftssicherung. Keine Idee, Rede mehr davon, daß Kultur auch die Produktionsverhältnisse, gerade die Lebens- und Arbeitsweise treffe. Auch dann, wenn die Produzenten sich "mehr leisten" können, wird ihnen nur das verkauft, wovon sie in ihrer Arbeit abgeschnitten sind. Arbeiten, Essen, Wohnen, alle Tätigkeiten faßt der kapitalistische Markt in sachliche, statt persönliche Beziehungen. Also da, wo Kunst aufs kulturelle Reservat verwiesen eher asozial individuelle Erfahrungen vorführt, legitimiert sie sich und nicht da, wo sie die Kon-

Warum, wozu? Opium und Fürsorge, Caritas oder etwa reale Lösung von Hungersnot und Lehre vom Berge versetzen. Mao und der chinesische Sozialismus mögen keine sozialistische Theorie erstellt haben wie man sie erwarten kann in der Schrift eines Autors, der über China heute aus einer anderen Tradition heraus schreibt. Aber der große alte Mann verläßt sich ganz auf seine Heiligenbilder, auf Zuschauen und schlechte Metaphern (das alte China ist eine Languste). Schließung von Restaurants scheint eine besondere Sorge bereitet zu haben, wobei die Nachricht eines reaktionären Kaufmanns über ausgezeichnete Restaurants noch zuverlässiger erscheint - der Handelsmann übertrifft den linken Touristen. An Information, an politische Differenzierung denkt der Schreiber wie es scheint gar nicht. Er will der Kulturrevolution gar nicht mal übel, es entringen sich ihm nur immer wieder Sätze des Bedauerns über den in China mangelnden Sinn für schöne Antiquitäten und feinsinnige statt grobe Propaganda. Nach diesem Bildband wird des Schreibers "schöne" Literatur recht suspekt. Han Suyin, die auch Romane geschrieben hatte, gibt in ihrem letzten China-Buch (s. Diskus Nr. 5) eine "Literatenrolle" auf. Wenn sie eine Art ausgedehnten Zeitungsbericht gibt, dann wirtschaftet Moravia Anekdoten herunter, wie er es in Berichten für Zeitungen (wie L'Espresso z. B.) gewohnt ist. Als Literat fällt ihm nicht nur nichts ein, es fällt ihm sogar wenig auf, wenn er aus dem Auto aussteigt und wieder einsteigt. "... wird man ein für allemal auf die Ideologie der Großen Mauer verzichten, Dogmen und Orthodoxien verwerfen und China in ein Land mit Rückgrat verwandeln, innen hart und außen weich - ein Wirbeltier-Land, ein Menschen-

An diese Dinge muß ich denken, während das Auto durch das gutbestellte Land zu Füßen der Westlichen Hügel fährt." (S. 124) Auffallend im wesentlichen nur das (dem Leser verständlich)

Frankreichs und Chinas auf eine Stufe stellen. Sie vereinen gedankenlosen Antisozialismus mit gängigem Antikommunismus und Gedankenlosigkeit: ,Die Prochinesen waren gegen Gewalt und Barrikaden' S. 42 — gegen welche Gewalt und warum? ,Sie hatten in den Arbeitervierteln kleine meetings veranstaltet und die Arbeiter über die revisionistische Haltung von KP und CGT aufgeklärt. Diese Studenten waren jedoch die einzigen, die den streikenden Arbeitern materielle Hilfe zukommen ließen und die, als Arbeiter verkleidet, bei den Okkupanten der Fabriken blieben.' (S. 42) Abgesehen davon, daß die bla-bla-Sympathie für die Prochinesen unterschlägt, daß ausgerechnet die Prochinesen die chinesische Kulturrevolution wollen, ist die Behauptung von alleiniger materieller Hilfe eine glatte Lüge; wenn nur Unwissenheit, ist das fast noch schlimmer — zur Gedankenlosigkeit paart sich Sympathie für Lautlosigkeit: ,die französischen Prochinesen, so zeigte sich, sind die Verfechter einer lautlosen Revolution' (S. 42) Was Offentlichkeit bedeutet und mobilisierende Funktion von Demonstrationen davon scheinen die Sympathisanten dieser "Kulturrevolution" keine blasse Ahnung zu haben. Es ist schon problematisch genug, auf diese Art Öffentlichkeit rechnen zu müssen. Aber selbst ein Verlag im Kapitalismus sollte jetzt wenigstens wissen, auch DTV, daß Autoren, dieetwas mehr von Wissen, Analyse und Sympathie für den Sozialismus affiziert sind, entsprechende Themen besser bearbeiten und sträflich ist es für einen Verlag nicht die Marktkonjunktur für linke Bücher zu nutzen.

Wenn die Autoren das französische Hochschulsystem als kulturelle Misere schildern (und einen Revoltengrund), wobei sie ganz unvermittelt den Grund bloß als Misere und nicht auch in politischer Organisation und spezieller sozialistischer Tradition andeuten), dann vergessen sie, was Kulturpolitiker längst sahen: die Universitäten im Rahmen der gesellschaftlichen Produktion; sie

Sollte uns eine

schen Beschreibungstechnik konsequent und spricht von Kulturaktivitäten im engeren Sinn (Theater, Film, Fernsehen . . .). Von gängigen Kulturrevolutionsinterpretationen heben sich die Bemerkungen aber immer noch ab.

Wenn nicht gerade die professionell liberalen Interpreten Generationsprobleme und Psychologismen fabrizieren (ihre eigene Stellung im Produktionsprozeß als "wohlwollend" etikettierend) gegen den antikapitalistischen Protest, dann schätzen sie eine mögliche Revolutionierung auch der Produktionsverhältnisse ein als "kulturelle", idealische Forderung, die eine Industriegesellschaft, die natürlich unmenschliche Züge trage, menschlich machen solle —; das geht natürlich nicht, so lange nicht die Sozialisten mit ihrem Revolutionskomplex und wildgewordene Heißsporne aufrechte, enthaltsame Kulturkritiker geworden sind . . . Die Frustration permanent scheiternder gutwilliger Liberaler und Linksliberaler löst sich im triumphierenden Vorwurf, doch Mitverantwortung zu tragen bei Reformen, in allen hemmenden Institutionen, in den Parteien, obwohl die Kritisierten nun nicht erst seit gestern betonen, sie wollten nicht das mitverantworten und stabilisieren, was zu dieser Situation führte, weder kapitalistisches System noch diktierten

Schon die Nachricht, exotisch und mit Entrüstung verbrämt von der Existenz einer Kulturrevolution in einem eben noch fast feudalen Land brachte etwas aus der Tradition des Sozialismus in Erinnerung, das alle Reformer, mit der Verbesserung des Kapitalismus nur mehr beschäftigt allzu gern wegrationalisiert hätten. Ebenso heftig wie ungebeten umarmen bürgerliche Sympathisanten jetzt die CSSR-Reformer, die in dubiosem Eifer die chinesische Kulturrevolution verdammen und die Bündnispartner erschrecken mit einem Vergleich von sowjetischer Besetzung und hypothetischer Chinesen-Invasion - der chinesischen Erklärung, die CSSR-Reformer seien ja wohl zwangsläufig Opfer der sowjetischen Revisio-nisten ist dann wohl weniger ihre Schärfe zu verdenken. Auf jeden Fall zeigen die Reaktionen, wie wenig dem Thema Kulturrevolution seine politische Reaktualisierung noch abzusprechen ist. Es ist nicht die Schuld in Literatur und Kunst zu suchen, wenn der konstitutionelle Anspruch auf Freiheit und Glück", mit dem auch die bürgerlichen Revolutionen auftraten, zum kulturellen Reservat umgemünzt worden ist. Wenn eine Ahnung von Unsicherheit über den Nachschub aus den Bildungsanstalten die Reaktionäre der Kulturpolitik und ihr Presseecho befällt mit dem Verdacht, die bisher Verwaltungsobjekte waren, wollen nun nicht nur z. B. Universitäten, sondern auch eine sich verändernde Gesellschaft, dann hat die Furcht vor Änderung ihrer Stellung im Produktionsprozeß sie nicht betrogen. Der Chef der Goethe-Institute - sicherlich unter Gebildeten nicht als ungebildet geltend jüngst Rückkehr der Revoltierenden zu Idealen der Freiheitskriege des 19. Jahrhunderts (als es nicht mal die BRD-Demokratie gab, nur idea-lische Dichtung zu Demokratie), während neuerdings Wissenschaftsminister Stoltenberg (und Krupp-Berater) in seinem neuesten Buch den "erstaunlichen Wandel" der Argumente gegen Kulturreform im Sinne kurzfristiger Profite und niedriger Unternehmerkosten beklagt. Die Gesellschaft sorgt indes für Sicherung, der immense anarchische Ausschuß der Kulturindustrie, von Groschenheften der Arzt-Liebes-Landser-Romane bis zum aufwendigen Filmspektakel und dem Ingenium der Reklamemanipulation hält das Gleichgewicht einer affirmativen Kultur als Produktionsfaktor selbst mit aufrecht. Eine "Kritik der Kritik" wehleidiger Sozialliteratur -Marx noch an Eugène Sue sie versucht hatte könnte zur Zeit nur mehr abstrakt, psychologisch denunzieren, was an industriellen Management aufgebaut worden ist; die ausgebildete Unterhaltungsindustrie vom Schlage Bertelsmann verfügt zudem längst über eigene soziologische Kalkulation, ein Springer-Konzern ist da relativ gering.

sumenten bestätigt und repräsentiert.

Rosa Luxemburg meinte (1919) noch zu Franz Mehring mit biederem altertümlich sozialdemokratischem Pathos, der Sozialismus sei "nicht eine Messer- und Gabelfrage, sondern eine Kulturbewegung, eine große und stolze Weltanschauung". Pathos der Luxemburg richtete sich mit Recht gegen eine Vulgarisierung und angebliche Popularisierung des Sozialismus durch Leute wie Kautsky, der sich befleißigte, in seinem Revisionsdrang auch "Schweinewörter" aus Marxtexten zu entfernten. Die Chance, die einer Kulturrevolution einstmal

in der Sowjetunion gegeben war, hat die macht-politische Konsolidierung einer autoritären Partei wieder verhindert. Schon 1920 hieß es untweideutig mit falscher Alternative: "Die proletarische Kultur fällt nicht vom Himmel, sie ist nicht eine Erfindung von Leuten, die sich als Fachleute für proletarische Kultur bezeichnen . . . Die proletarische Kultur muß die gesetzmäßige Weiterentwicklung jener Summe von Kenntnissen sein, die die Menschheit sich unter dem Joch der kapitalistischen Gesellschaft erarbeitet hat. Für den Anfang sollte uns eine wirkliche

bürgerliche Kultur genügen . . . " (Lenin). Die Alternative stellt nach bürgerlicher Art Fachleute und bürgerliche Kultur heraus, als ob nicht eben gerade diese Fachleute für ihr Fach produzieren läßt, ihre Struktur eben massenhafter Aufklärung entgegengesetzt wäre. Später, noch in der Sowjetunion, hatte Trotzki von der Notwendigkeit gesprochen (in Literatur und Revolution), Kunst dem materiellen Produktionsprozeß wieder anzunähern. Das hätte Kulturrevolution einaeschlossen.

In ganz kurzer Erinnerung wäre nicht zu vergessen, daß auch die DDR einst für eine Kulturrevolution sich stark machte. Das mag merkwürdig erscheinen. Weniger seltsam das "Resultat" von Durchführung und Verwaltung: Die Kulturräume wurden oft stillschweigend zu Hobby-Räumen verwandelt oder öde.

Die Rede von der chinesischen Kulturrevolution rührt an den Fetisch der heiligen Güter. Von einem prinzipiell freundlichen Bericht eines "Fachmannes" für Kultur wäre immerhin einiger Äufschluß zum aktuellen Dilemma zu erwarten. Beispielhaft aber stellt das neue Buch "Die Kulturrevolution in China" von Alberto Moravia ein Problem dar, zumal da ein schlechtes Buch herausgekommen ist: nicht zuletzt von Interesse. weil es Sympathien nicht verbirgt, weil es in China "verwirklichte Utopie" sieht. Der Schriftsteller Moravia ist nicht nur in Italien das, was, zu den hohen Auflagenzahlen seiner Bücher passend (die aufgedruckt werden), ein großer alter Mann genannt wird. Der Schriftsteller wollte sich informieren und ist damit über Schreibtischidvllen und Redakteurstische der meisten deutschen Kollegen hinaus. Diese scheinen, wie der zweitellos "linke Heissenbuttel mit Hevolution vorzugsweise die Vorstellung zu verbinden, der Absatz ihrer Meinung sei nicht mehr gesichert. Moravia zeigt exemplarisch, wie ein Schreiber seine Person und seine Bilder (die große Mauer ist das Symbol des unbesiegbaren chinesischen Konservatismus) als Sache verkauft.

Aus der Einleitung: "Wir haben bereits erklärt, daß die Industriegesellschaft ,exkrementierend' ist, das heißt, daß ihr Endresultat notgedrungen ein Exkrement wird. Was tut nun der Mensch, der sich entleert? Drückt er sich etwa aus?

B.: Das nicht. Er erleichtert sich wohl eher.

Den Verfasser interessiert Geschichte nicht (S. 9), wenn, dann idealisch und in Bildern was er über Einflüsse des Konfuzianismus und Taoismus, Natur und chinesische biologische Eigenheiten (z. B. S. 141) zu sagen hat, entspricht dem. Die Kulturrevolution "will den unversehrten

Menschen der bäuerlichen Welt in die technologische Freiheit gelangen lassen..." (S. 98) — was entfernt an Formulierungen deutscher Schullehrbücher übers Landvolk mahnt. Die Hauptthese: Kulturrevolution ist wie Religion.

bürgerliche

tieftraurige Gesicht des chinesischen Fremdenführers und Papierabfälle von Roten Garden im Tempel des Himmels, die den Schriftsteller an seine eigene Rolle erinnern: Tourist aus einer Kultur, die wie von ihm erklärt "exkrementierend" ist: "Es kommt aber vor, daß der Mensch zu viel herstellt und demzufolge zu viel verbraucht, davon bekommt er eine Verdauungsstörung . . . " (S. 22)

Der Mythos orakelnder Schreiber, die politische Bedeutung reklamieren, stellt sich vor die politischen Interessen der Leser und verzerrt die geringen Möglichkeiten von Aufklärung zur falschen Subjektivität privilegierter Fachleute.

"Eine Reise durch das China von heute" verspricht Literatur wie sie einmal die klassische Aufklärung mit vorbereiten half; in Form von Berichten über wirkliche oder fiktive Reisen Informationen, Urteile, Erlebnisse zu Moral, Kunst, Politik, Ökonomie zu geben gegen die der Herrschenden. Zur Ware, zum gängigen Artikel wird gedreht, was Marx im Rohentwurf zur Kritik der politischen Ökonomie anführt - der Dichter bezahle mit dem was er ist, nicht mit dem was er hat. Der Poet Moravia gibt in seiner "politi-schen" Poesie hier in jedem Satz die Fiktion, er rede als Dichter kompetent, wo er doch nur seine Fiktionen verkauft, wo seine Rede nur das reproduziert, was ohnehin der Buchmarkt leistet: jedes Wort der prätentiösen Dichter-Persönlichkeit Geldwert sein zu lassen.

"Bourgeois, vous n'avez rien compris"

Wenn sogar in der schlechten Literatur zur chinesischen Kulturrevolution wenigstens noch die Erinnerung an originäre Ziele des Sozialismus bewahrt bleibt, so haben mit der ersten Veröffentlichung zu den revolutionären Ereignissen in Frankreich zwei Verfasser jetzt das Verdienst, dem kapitalistischen Buchmarkt die neuen sozialistischen Revolten vorbildlich weggeschrieben und weggehudelt zu haben zur Kulturpolitik, die an Produktionsverhältnissen und an der Trennung von Kultur und Ökonomie nichts mehr ändern wolle. Dabei ist bemerkenswert, wie sich persönliche wohlwollende Idiotie der (wie ausdrücklich erwähnt) akademisch gebildeten Schreiben als passende Ideologie den nötigen kapitalistischen eines Verlages nützlich anschließt. Die nötige Information, ob nun für Industriereaktionäre, für akademische Untersuchungen, für alte interessierte Damen oder junge revolutionäre Sozialisten geht flöten in diesem Prachtstück von "kulturrevolutionärem" Machwerk. Die erste längere Interpretation des französischen Mai-Aufstands als "Manifestation der europäischen Kulturrevolution 1968' (Untertitel des Buches von Claassen und Peters ,Rebellion in Frankreich') versteigt sich in der Begründung der These von Kulturrevolution gleich zu handfesten Verfälschungen; nicht nur, daß sie haltlos den Begriff Kulturrevolution verfälschen und die unvergleichbaren Gesellschaften

übersehen die Kaderausbildung vor lauter Betonung der Bildung. Anständig und ahnungslos werden auch die "Verantwortlichen" biographisiert: wie Parteiführer. Die politische Arbeit der Gruppen wird kaum erwähnt, dafür journalistische Klischees: 'Aber auch die Studentenschaft ist geschäftig'. (S. 9) Was und wie die "Geschäfte' der Studenten sind, erfährt man leider nicht.

Zweck des Aufrufs "Für eine unabhängige revolutionäre Kunst" war, "für die Vereinigung der revolutionären Verfechter der Kunst eine Basis vorausgesetzt, daß die Interessenten mit dem "reaktionären Polizeigeist brechen" — verfaßt wurde er von Andre Breton und Leo Trotzkij in Mexiko, 1938 — wiederver-öffentlicht ist er jetzt in "Literatur und Revolu-

tion" von L. Trotzkij, Berlin, Gerhardt Verlag.

es Schriftstellers machte, verlangt heute künstlerischer wie auf wissenschaftlicher ch Arbeitenden und Forschern erweitert Geld verdienen, um leben und arbeiten n, um Geld zu verdienen ... Der Schriftsteller betrachtet keinesse sind so wenig Mittel für ihn selbst und sich avon's not tut ... Die erste Freiheit ehr denn je angebracht, diese Erklärung stirität Zielen unterzuordnen, die außerhen Determinationen, die ihr eigen sind, n der Kunst schulmeisterlich verwalten. Eine aktuelle Erinnerung
Es ist besser, sich der Fähigkeit zur Präfiguration anzuvertrwahren Künstlers ist, was den Beginn der (virtuellen) Auflösun sprüche seiner Zeit in sich schließt und das Denken seiner Zeit der Setzung einer neuen Ordnung richtet.

Die Vorstellung, die der junge Marx sich von der Rolle des Schlebhaft nach Erinnerung. Es ist klar, daß diese Idee auf künstler Ebene auf die verschiedenen Kategorien von schöpferisch Arbwerden muß. Der Schriftsteller, sagte er, muß natürlich Geld vzu können, aber er darf auf keinen Fall leben und arbeiten, um steller, sagte er, muß allerdings erwerben, um existieren und skeineswegs existieren und schreiben, um zu erwerben ... Der wegs seine Arbeiten als Mittel. Sie sind Selbstzweck, sie sind für andere, daß er ihrer Existenz seine Existenz aufopfert, wer der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein. Es ist mehr de jenen vorzuhalten, welche vorgeben, die intellektuelle Aktivität halb von ihr liegen und welche, ungeachtet aller historischen De im Dienste einer vermeintlichen Staatsräson die Themen der Die freie Wahl dieser Themen und die absolute Uneingesch Forschung stellen für den Künstler ein Gut dar, das er zu Rech

Keine Erwähnung von antiimperialistischen Tagen, aber in dem die Rolle von Parteien, zumal die der KPF und die der Gewerkschaften, wie der CGT zur Seite geschoben wird, kann der antikapitalistische Protest als Kulturrevolution verkauft werden. Man kann die 'Arbeiter' schlichten Gemüts mit 'den Kommunisten' zur Einheit zusammenjubeln (S. 87), ohne Herrschafts- und Organisationsproblematik zu erörtern. Der Gaullist Servan-Schreiber muß als 'linker' Kronzeuge geschunden werden, um die Behauptung zu stützen, daß 'die Studentenbewegung' nur ,Verfügungsgewalt über die Befehlszentren fordert' (S. 87). Die klassische Furcht vorm Sozialismus wird hier in die fromme Erwartung ge-drängt, die Rebellen seien doch wohl nur die Kapitalisten mit den menschlicheren Absichten und nicht so frivol, gegen den Kapitalismus zu

Bevor Frankreich noch ein schlechterer Kapitalismus als anderen Ländern bescheinigt wird, lassen die Autoren ihre tote Katze aus dem Sack: Verwechslung von Kunst-Moral- und Kulturrevolution. Dabei fallen sie auf einen schlechten Text herein von irgendwelchen Leuten, die sich zum 22. März bekennen 'Jede künstlerische des Büchleins noch Geschäfte mit Gedichten aus den Mai-Tagen gemacht. Eine Agentur besaß soviel Kultur, sich das Copyright für anonyme Gedichte anzueignen. Die Verlage und Agenturen mit solchen Praktiken hätten es allerdings wohl schwer, sich in einer wirklichen Kulturrevolution

Einer der Autoren dieser Kulturabfälle hat sich noch an einem anderen Buch vergangen, das, seine eigenen Beiträge abgezogen, sehr viel informativer ist: ,Kunst und Revolte'; Mittäter ist der Verlag DuMont Schauberg, der nicht ahnte, daß er mit einem besseren Buch auch bessere Geschäfte hätte machen können. Neben wirk-lichen Plattheiten wie ,Dabei war die Stellungnahme der Schriftsteller besonders diffizil, wird doch der Schriftsteller zwischen den beiden Polen Distanz und Engagement fortwährend gefordert'. (S. 78). So einfach ist dasl Wie gut, daß wirs jetzt wissen. Es gelingen dem Autor auch Begründungen für die schnelle strafrechtliche Verfolgung der Leute vom ,22. März' wenn er meint, sie seien so, wie Godard Leute in "La chinoise' zeigt. Daß er über Film nichts bringt, obwohl in der Filmkunst die bedeutendsten Veränderungen vor sich gegangen waren, erklärt

Kultur genügen

Creation ist Gewalt und jede politische Aktion ist Gewalt' (S. 71) Einen "Angelpunkt der Gewalttheorie der Bewegung vom 22. März' und puren Anarchismus meinen die Kulturschwätzer hier triumphierend entdeckt zu haben, wo sie nur ihre eigene kulturelle Feierabendneugier befriedigen. Diese billige Sentimentalität mit willkürlichen und nichtssagenden Zitaten auszuspielen, statt Analyse und schlüssige Argumentation zu geben, liegt allerdings auch im gesellschaft-lichen Interesse — nämlich den Protest zu verharmlosen und kulturell zu integrieren: ,den meisten Proteststudenten geht es nicht um ökonomischen Sozialismus, sondern um das Humane im Sozialismus' (S. 67). Daß es eben deswegen um den Sozialismus geht, müßte man solchen Leuten wie den Autoren wohl erst in die Ohren schreien. Bei ihnen klingt das "Humane" wie eine Art Hygiene: Bildung, Anstand, Sauberkeit, Ehrlichkeit, Disziplin. Andere Leute sagen gleich: Ruhe und Ordnung. Dabei weiß jeder bessere reaktionäre Kapitalist verdammt gut, wieviel Macht, Gewalt und juristische Neutralität nötig sind für einen modernen Kapitalismus. Und wer heute in den kapitalistischen Ländern - bei wortlos und problemlos akzeptiertem Antikommunismus, ohne Rücksicht auf die Problematik der etablierten dogmatischen sozialistischen Länder — nur "Strudel technischer, sozialer und wirtschaftlicher Evolution' wer nur "Revolution im Sinne totalen Umdenkens' sieht, der hat etwas bemerkt, aber weiß nicht was, wenn er trotzdem von 'Bankrott der Demokratie' quatscht (S. 118). Die Autoren kriegen Geld dafür, muß man vulgär sagen, weil sie bequem versichern, es seien die "linksradikalen Kritiker ebenso machtbesessen wie ihre großen Gegner' und die schwachsinnige Infamie vom "Terror der Minder heit" wiederholen, weil ihnen außer diesem Geschwafel von Berufspolitikern nicht mehr Argumente einfallen und sie Lektüre sozialistischer Schriften scheuen. Die Wahrheit entschlüpft den falschen Freunden der Kulturrevolution Seite 122: ,Die ersten Mai-Tage haben gezeigt, daß ein zu rascher Einsatz von Polizei Unordnung statt Ord-

Statt Dokumente zu bringen, werden im Anhang

Sachen der künstlerischen Arbeit ist es von größter Bedeutung, daß die Einbildungskraft jedem Zwang entrinnt, sich unter keinem Vorwand einen Instanzenweg aufzwingen läßt. Denjenigen, die uns drängen würden, heute oder morgen zuzulassen, daß die Kunst einer Disziplin unterworfen werde, die wir für radikal unvereinbar mit ihren Mitteln halten, stellen wir ein Machtwort entgegen und unseren wohlüberlegten Willen, indem wir uns an die Formel halten: in der Kunst ist alles erlaubt. Selbstverständlich erkennen wir dem revolutionären Staat das Recht zu, sich gegen die agressive bourgeoise Reaktion zu verteidigen, selbst wenn diese sich mit der Fahne der Wissenschaft oder der Kunst bemäntelt. Aber zwischen diesen aufgezwungenen und temporären Mäßnahmen revolutionärer Selbstverteidigung und dem Anspruch, über das intellektuelle Schaffen der Gesellschaft Kommando zu führen, liegt ein Abgrund. Wenn die Revolution auch gehalten ist, zur Enfwicklung produktiver materieller Kräfte ein sozialistisches Regime nichvidueller Freiheit etablieren und sichern. Keine Autorität, kein Zwang, nicht die geringste Spur von Befehll ...

Zwang, nicht die geringste Spur von Befehll ...

Aus allem, was bisher gesagt wurde, geht klar hervor, daß wir mit der Verteidigung der Freiheit seuns erniegt, eine sogenannte "reine" Kunst wieder zum Leben erwedken zu wollen, die für gewöhnlich den unreinsten Zwecken der Reaktion dient. Nein, wir haben eine zu hohe Vorstellung von der Funktion der Kunst, um ihr einen Einfluß auf das Schicksal der Gesellschaft zu verweigern. Wir halten es für die höchste Aufgabe der Kunst unserer Zeit, bewußt und aktiv an der gesellschaft ververeitung der Revolution teilzunehmen.

nicht, daß er auch sonst nichts richtig beschreibt, oder sogar mal eine Erklärung gibt. Am besten, eventuell den Kauf des Buches lohnend (besser man hat den Mut es zu klauen) einige Dokumente, z. B. die Plakate, darunter eines mit dem Text: "Bürger, ihr habt nichts verstanden". Die Studenten taten recht daran, ihre Arbeiten nicht zum Verkauf anzubieten, sondern sie nur in einer politischen Offentlichkeit zu verwenden. Ein Text von Verlag und Verfasser zeigt, wie recht sie hatten: ,Der Abdruck der Hetzplakate, insbesondere derjenigen, in denen ein einseitiges Bild des französischen Staatspräsidenten gezeigt wird, wurde nur im Hinblick auf eine objektive Information über diese Revolte vorgenommen'. Wir fordern den Verlag auf, Rechenschaft darüber zu geben, wieviel Geld er den Revoltierenden hat zukommen lassen, nachdem er sich für sein Geschäft ihrer Kunstprodukte bemächtigt

Besprochene Bücher: Alberto Moravia, Die chinesische Kulturrevolution, K. Desch-Verlag, München, 1968 - Claasen/Peters, Rebellion in Frankreich, dtv-report, München, 1968 — L. F. Peters, Kunst und Revolte, Verlag DuMont Schauberg, Köln, 1968.



Bookbinding

Dokumente und Gerede

Nach der Mairevolte der Arbeiter, Schüler, Studenten, Bauern, Angestellten usw. in Frankreich sind eine Reihe von Zusammenstellungen, Pamphleten, Broschüren und Büchern erschie-nen. Viele haben die Form der Dokumentation. Unmittelbare Information scheint heute wegen der unzusammenhängenden und unvollständigen Berichterstattung der bürgerlichen Presse genauso wichtig zu sein wie Interpretation, denn sie erzeugt erst sinnliches Bewußtsein, weckt taktisches Vorstellungsvermögen. Man kann von der Dokumentation von Black Point München

Mairevolution hrsg. von Peter Staimmer und Reijo Böhm 8 München 23, Bismarckstr. 2

nicht sagen, daß sie diesen Forderungen genügt. Der einzige Zusammenhang ist die abstrakte Chronologie, in die willkürlich Informationen eingeordnet werden, die zudem noch meist auf Paris beschränkt sind und auf den Kampf der Studenten und Hochschullehrern. In diesem Sammelheftchen sind eindrucksvoll einige Zeugenaussagen zur unvorstellbaren Brutalität der CRS und der Bericht von der Demonstration der UNEF nach der de Gaulle Rede vom 24. Mai, wo die gaullistische CGT zu zwei eigenen Märschen aufgerufen hatte, um die Vereinigung von Studenten und Arbeitern zu verhindern. Die CGT förderte so blutige Auflösung der Demonstration. Ihre eigene wurde nicht angegriffen.

Ebenfalls auf dieser voranalytischen Ebene notwendige und ausführliche Dokumentation ohne politische Verarbeitung der Konsequenzen für die APO und für den revolutionären Kampf innerhalb der kapitalistischen Länder — bewegt sich die Dokumentation

Paris Mai 1968

Pamphlet-Verlag G. Rosenberger, München

Sie bringt eine Menge Flugblätter von Aktionskomitees, revolutionären Organisationen, Reden z. T. Stellungnahmen, ohne eine Chronologie, ohne eine Einordnung in den Zusammenhang des Kampfes, aus dem sie entstanden sind. Sie zeigen aber deutlich die revolutionären Zielsetzungen: Kampf gegen den Kapitalismus, gegen Meinungsmanipulation, gegen die faschistischen Polizeibanden, gegen den Liberalismus von KP und CGT, gegen den Parlamentarismus. Diesen revolutionären Prozeß voranzutreiben, Herrschaftsverhältnisse abzuschaffen, die verdinglichten Institutionen als gesellschaftliches Eigentum in Besitz zu nehmen, ist die Intention fast aller Flugblätter und programmatischen Äußerungen. "Schließt euch an im Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus und der Lohnabhän-

gigkeit . . . " (Aktionskomitee von Moutrouge). Es wird deutlich der Versuch, eine Doppelherrschaft aufzurichten, in dem die Streikenden selbst ihre eigene Versorgung und die produktive Verwendung der Produktionsmittel z. T. in die Hand nehmen. Der Band enthält noch ein Interview mit Sartre, in dem er als das wichtigste Ergebnis der Mairevolte zusammenfaßt: "Sie (die jungen Arbeiter d. V.) wollen ihre Existenz nicht mehr aus dem Objektableiten, welches sie produzieren, oder der Funktion, die sie ausfüllen, sondern sie wollen selbst entscheiden, was sie produzieren und der Funktion, die sie ausfüllen, sondern sie wollen selbst entscheiden, was sie produzieren und welcher Gebrauch davon gemacht wird, welche Rolle, sie in der Gesellschaft spielen." (p. 110) Weil dieser nützliche Band bereits Selbstinterpretationen enthält, ist er auch nicht mehr so begriffslos, wie andere schnell zusammengestoppelte Sachen.

Paris May 1968, Solidarität Pamphlet No. 30 zu beziehen über SOLIDARITY c/o H. Rus-sell, 53 A Westmoreland Road, Bromley,

Hier handelt es sich auch um unmittelbare Information in der Form verschiedener "Erlebnisberichte". Die Berichte erzählen ausführlich von dem eintägigen Generalstreik am 13. Mai nach der Barrikadenschlacht in der rue Gay-Lussac, von den Diskussions- und Aktionszentren in der Sorbonne und im Centre Censier, von einem Solidaritätsmarsch der Studenten nachdem die Arbeiter von Renault-Flins ihre Fabrik am 16. Mai besetzt hatten. Dann enthält das Pamphlet noch eine Sammlung von Beschimpfungen u. a. der CGT und der KP-Presse und eine gute kurze Einschätzung der neuen Qualität dieses revolutionären Prozesses. Die Berichte vermitteln einen konkreten Eindruck von der revolutionären Kreativität der streikenden Massen, die durch

den Kampf gegen den Kapitalismus freigesetzt wurden. "A tremendous surge of community and cohesion gripped those who had previously seen themselves as isolated and impotent puppets, dominated by institutions that they could neither control nor understand" (p. 16). Die Menschen könnten von ihren Bedürfnissen sprechen, sie in Slogans ausdrücken, in der Organisation von Selbstversorgung und im Kampf eine neue Solidarität gegen Manipulation und Unterdrückung entwickeln. Eine Parole an einer Wand hieß: "Deja dix jours de bonheur." Andererseits denunziert das Pamphlet die Kommunistische Partei und die CGT, weil sie ihre Anhänger gerade von diesem revolutionären Bewußtsein isolieren wollten. So mußten in Renault-Flins Arbeiter und Studenten durch die Fabrikgitter miteinander sprechen, weil die CGT etc. die Tore für die Studenten nicht aufmachen wollte. Dennoch: die Studenten riefen: Die Fabriken den Arbeitern und die Arbeiter: Die Universitäten den Studenten. Über die Köpfe der Abenteurer von der CGT hinweg. Das Pamphlet interpretiert den revolutionären Prozeß nicht in den klassischen Kategorien von ökonomischer Krise, Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften, sondern als Produkt des "zentralen Widerspruchs" zwischen Befehlenden und Ausführenden. Über diese soziologische Verkürzung, der sich wohl auch Sartre anschließt wird freilich die Verlagerung des Verhältnisses von Basis und Überbau im Spätkapitalismus nur unzureichend begriffen.

Das Solidaritypamphlet ist eine gute Verbindung von sinnlicher Beschreibung politischer Agitation und objektiver Einschätzung der revolutionären Prozesse im Mai. Es führt direkt zu der Frage, die es noch nicht beantworten kann, warum sich diese Sensibilität des Überbaus entwickelt hat und welche Konsequenzen sich daraus für eine revolutionäre Strategie in den kapitalistischen Ländern ergeben.

Paris Mai 1968. Hier spricht die Revolution

hrsg. von Alain Ayache, Kurt-Desch-Verlag, München 1968 - 2,80 DM

Der kleine Band verwechselt offensichtlich eine Summe von Zitaten mit der wirklichen Geschichte. Und er setzt naiv und schwärmerisch einen gewissen "Werwolf" (Prawda) mit der revolutionären Bewegung gleich. Für diesen Bettlektürenband bestehen die Ereignisse in Frankreich aus einem Zitatenduell zwischen D.C.-B. J. S. und A.G. sowie den Politikern P. und d. G., sowie den Zeitungen Le M., Le H., P.-P., F.-S. und einigen anderen bekannten Zitatenschätzen. Wie sagt noch ein gewisser M-F auf der Rückseite? "Ich habe noch nie dergleichen gesehen."

Man kann beim Zusammenstoß mit den Bullen oder mit der Staatsgewalt nicht so gut bestimmen, wann der exemplarische Kampf beginnt. Eher an der Art, in der die, sagen wir, Selbstverteidigungsmechanismen vereitelt wurden, die von der UNEF und den spontanen Ordnungsdiensten entwickelt wurden, und die gewissermaßen die Bewegung selbst begrenzten.

Eine Aktion ist insofern exemplarisch, als sie einerseits endgültig den Charakter der Polizei enthüllt, andererseits zeigt, daß es eine Entschlossenheit zum Kampf gibt, daß man nicht nur protestieren, sondern die Straße permanent halten will, um einen politischen Willen auszudrücken, also Ziele hat, und zwar jeweils sehr konkrete Ziele, die man auch tatsächlich durchsetzen will.

Exemplarisch wäre der Kampf der Vietnamesen. Es geht bei der Demonstration nicht darum, wo man schreit und wo man besetzt; es geht darum, daß es an einem bestimmten Punkt eine Schwelle gibt, die man überschreitet oder nicht.

Die Leute sind ein Konglomerat von Bullen, Katholen und Typen aller Schattierungen etc. Und von einem bestimmten Augenblick an geht das nicht mehr so weiter: das ist komplizierter als der einfache Begriff des Übergangs zu anderen Formen des Kampfes. Das kann man als den Wert des Kampfes als politischem Ausdruck einer Situation bezeichnen, also: daß er den gewöhnlichen Rahmen von Demonstrationen überschreitet. Der Kampf der Studenten von Nanterre war am Ende exemplarisch für alle Studenten, oder, sagen wir einfach für gewisse Studenten in Paris, genauso wie der Kampf eines gewissen Teils der Studenten von Paris und in der Provinz später in gewisser Weise für die jungen Arbeiter exemplarisch war.

Das ist keine Transformation des Kampfes durch Nachahmung. Ein exemplarischer Kampf muß ein politisches Problem stellen, das, ohne sich von den konkreten Bedingungen zu lösen, von einer Menge von Leuten aufgenommen werden kann. Gleichzeitig handelt es sich nicht um eine Infektion, sondern um einen Klärungsprozeß.

Unsere exemplarische Aktion ist nicht eine Frage unseres Willens, sondern Funktion der politischen Situation . . . Man kann folgende Definition wagen, um in jedem einzelnen Fall zu sehen, was exemplarisch war und was nicht: von dem Moment an, wo eine stillschweigend anerkannte, aber keine legale Schranke zerbrochen ist, wird es eine exemplarische Sache.

Nehmen wir den Fall der Sorbonne am 3. Mai.

Die Leute wurden nicht etwa davon angezogen, daß Polizei in der Sorbonne war etc. Sie konnten kommen, um Maulaffen feil zu halten; exemplarisch war, daß mit dem Erscheinen der Polizei auch die Organisationen da waren.

Alle Akteure waren auf ihrem Platz. Normalerweise hätte die Sache ausgehandelt werden können: "ihr seid da, wir sind da, wir protestieren, ihr erhaltet die Ordnung . . . " Da zerbrach eine Schranke, etwas anderes wurde deutlich. Es war etwas Neues, Unbekanntes, das sich in diesem Moment öffnete und übertrug, nicht die Tatsache, daß das die Bullen waren.

Was geschieht, wenn eine Schranke zerbrochen wird? Die Antwort auf diese Frage interessiert wirklich jeden, unabhängig davon, ob man Student, Arbeiter, Professor oder irgendwer sonst ist. Das sind Aktionen, die die Machtverhältnisse in einem konkreten Fall verändern, in einem bestimmten Punkt, und die deshalb von uns als unumstößliche, fundamentale Veränderung begriffen werden.

Der Übergang der studentischen Kämpfe in den Kampf der Arbeiter ist das wesentliche Moment dieser ganzen Entwicklung und was geschah, wäre bedeutungslos gewesen, hätte es nicht diesen Übergang gegeben: das geschah gerade auf der Ebene des spontanen Bewußtseins und war nicht direkt politisch. Arbeiter kamen und konnten sehen, wie eine bestimmte Taktik es erlaubt hatte, auf den Staat Druck auszuüben, wie eine doppelte Macht existierte, die die Bourgeoisie nicht zerbrechen konnte.

Diese Erfahrung nach 20 oder 25 Jahren ununterbrochener Niederlagen der Arbeiterklasse, im Rahmen des gewährten Systems von Konzessionen, diese erlebte Erfahrung der Veränderung der Machtverhältnisse ist exemplarisch.

Aber man muß klar sehen,

daß nicht die Natur dieser Antagonismen oder des verwendeten Materials exemplarisch ist. Im Endeffekt war die Zurückweisung der Abkommen von Grenelle die exemplarische Aktion der Arbeiterklasse. Man kann sagen, daß der Präzedenzfall der Studenten, die sich weigerten, sich in die üblichen Mauscheleien einspannen zu lassen, das auslösende Moment war.

So sehr, daß Séguy (1) den Schlag nicht kommen sah und in eben diesem Spiel gefangen war. Die Studenten haben die Arbeiter nicht verbal aufgefordert, diese Sauerei abzulehnen. Hätte es nicht bestimmte Regelverletzungen der exemplarischen Aktion gegeben, wären die Arbeiter der Gewerkschaftslinie gefolgt.

Eine exemplarische Aktion war nicht das Prinzip der Rückkehr zur Basis, das in allen Statuten demokratischer Organisation steckt, sondern die Tatsache, daß eine Bewegung schließlich genügend Vitalität besaß, die Versuche der Integration zu verhindern. Eine interessante Aktion war, die Leute wie Dany Cohn-Bendit, Alain Geismar etc. in Rädelsführer zu verwandeln. Exemplarisch daran war, daß die Bewegung das vereitelt hat. Die exemplarische Aktion erhellt, was dann mit Séguy passierte, er, der 'legitimer' Sprecher war, war mit einem Schlag ein von der Basis abgelehnter Mann.

Eine andere Art exemplarischer Aktion: die Besetzungen. Das ist eine Idee, die 1936 überraschend, revolutionär gewesen ist.

Es gibt zwei Arten von Besetzungen, eine legale Besetzung, die Besetzung des Betriebs, im Grenzfall: die Besetzung der Universität oder ähnliches. Wenn man jedoch außenstehende Personen, Freunde, wie man sagt, einlassen will, ist das nicht mehr "legal". Daher die Weigerung der CGT, die Studenten in die Fabriken zu lassen. Auf der anderen Seite die Besetzung der Universität. Man forderte: die Nicht-Studenten müssen kommen. Man erkennt sofort die Ungleichheit der Bedingungen. Zugleich stellt sich die Gegenfrage: wenn die Arbeiter nach Nanterre oder in die Sorbonne kommen dürfen, warum dürfen die Studenten nicht in die Fabriken?

Diese gegenseitige Besetzung ist von großer Bedeutung: das Ende der Isolierung, der Trennung der Arbeitsbereiche, Intellektuelle, Arbeiter, jeder von seiner Position her. Gute deutsche Theoretiker usw. werden natürlich, wenn sie diesen Beitrag des Mouvement gelesen haben, auf der Stelle fragen, wo denn die Theorie und die Gesamtstrategie geblieben sei.

Es geht hier nicht um die Frage: Primat der Praxis oder Primat der Theorie. Die Kritik eines "bloß" praktischen Bewußtseins, des reinen Pragmatismus der Aktion darf nicht übersehen, daß in Frankreich im Kampf gegen den Kapitalismus eben die unmittelbaren Probleme des Handelns akut waren. Revolutionäres Bewußtsein zu erzeugen ist weniger eine Angelegenheit der radikalen politischen Aufklärung und Agitation über die repressiven Mechanismen des Systems als eine Angelegenheit des exemplarischen Widerstandes selbst. Theorie wird in der Diskussion unmittelbar praktischer Probleme lebendig. Die Versuche kritischer Praxis zensieren nicht die kritische Theorie, sie tragen dazu bei, sie lebendig zu machen. Und was das überhaupt ist, exemplarische Aktion zeigt sich wiederum nur nach einer Aktion. Was aber leitet die Aktionen? Welche Bedürfnisse? Welche Ziele? Offenbar hauptsächlich das elementare



In dieser Beziehung ist die Besetzung des Odeon interessant. Sie wurde in Nanterre im Laufe einer Generalversammlung beschlossen und von einer gewissen Zahl ehemaliger Künstler, Studenten und Arbeitern vorgeschlagen. Man beschloß, einen Ort zu besetzen, der symbolisch sei und dessen Besetzung den Staatsapparat mit seinem kulturellen Image vor dem Ausland und in Frankreich in eine beschissene Lage bringen sollte. Zwei Leute von der CGT waren gekommen, Vertreter der Techniker des Theaters, von wem auch immer geschickt.

Man hat ihnen vorgeschlagen, den Saal mit uns, mit allen zusammen, nicht nur mit den Schauspielern, mit wem auch immer, selbst zu verwalten: mit dem Publikum, das ins Theater kommt, über Kultur zu diskutieren, sofern man das wollte. Oder daraus auch eine Erholungsstätte oder einen Speisesaal zu machen. Es gibt keinen Grund, daß ein Theater ein Theater bleiben sollte, vor allem dann, wenn man die offizielle Ideologie des kostenlosen oder beinahe kostenlosen Theatereintritts beim Wort nehmen wollte.

(Hier ist Anmerkung nötig, daß Odeon ein Staatstheater ist. Die niedrigen Eintrittspreise sollen Kultursozialismus vortäuschen: die Arbeiter bleiben aber nach wie vor draußen . . . d. Red.)

Aber tatsächlich bewies sich der exemplarische Charakter der Besetzung politisch daran, daß sich Theaterbesetzungen im Ausland, in New York, Kalifornien und, so scheint es, sogar in ein kleines Theater in Lodz (Polen) ausgebreitet haben. Junge Schauspieler, junge Studenten und Arbeiter haben Kulturzentren besetzt, um sie in Stätten politischer Diskussion zu verwandeln.

Enorm viele streikende Arbeiter sind ins Odeon gekommen,

um mit den Studenten, um mit der revolutionären Bewegung zu diskutieren und eventuell daran teilzunehmen. Ihre Befangenheit war dermaßen stark, daß sogar beim geöffneten Odeon die Arbeiter draußen blieben; die interessantesten Versammlungen fanden auf der Treppe zum Odeon und nicht im Innern statt.

Viele Leute hatten gar nicht gewagt, einzutreten, weil der Respekt vor den Institutionen immer noch mächtig ist.

Auch eine Art exemplarische Aktion von Seiten der Arbeiter gab es bei dem, was sich bei Sud-Aviation und einigen Betrieben abgespielt hat, d. h. den Direktor einzusperren. Eine Aktion, die wirklich eine Arbeiteraktion war, denn wir haben niemals irgendjemanden eingesperrt. Die Ausbreitung dieser Aktionen, sofern in ihnen ein evidenter Wert gelegen hätte, wäre sehr interessant gewesen. Aber sie fand nicht statt.

Das beweist, daß die exemplarische Aktion auf zwei Ebenen läuft: einerseits offensiv gegen die Staatsgewalt, aber zugleich in der Bewegung selbst, so daß sie von ihr aufgenommen werden kann, d. h. daß sie dem Niveau und den Bedingungen des Kampfes entspricht.

Eine exemplarische Aktion auf dieser Ebene ist die Aktion in Brest, wo die Arbeiter die Fabrik in eigene Verwaltung nahmen und weiter produzierten, aber nichts x-beliebiges. Es ging nicht darum, die Produktion aufrechtzuerhalten, sondern Instrumente für den Kampf herzustellen. (Anm.: In einer Kunststofffabrik in Südfrankreich stellten Arbeiter Knüppel aus massivem Plastik her, die, länger als die Polizeiknüppel, den Kämpfenden entschieden Vorteile brachten . . . d. Red.)

Das verdeutlicht gut ihre Einstellung zum Kampf, d. h. daß man einerseits selbst verwaltet, aber man schaltet sich zugleich ein in den Kampf gegen die zentrale Staatsgewalt.

Schwierig ist aber, dafür genügend Leute zu finden; solange der Kampf noch unentwickelt ist, besteht die Gefahr von avantgardistischen Aktionen, die einer eher theoretischen Analyse entspringen, während alles, was man exemplarische Aktion nennt, spontan erzeugt ist und danach exemplarisch wird. Erst dann versucht man, eine theoretische Analyse der Situation zu geben.

Schließlich haben sich in dieser Periode auf fast allen Ebenen reale sehr konkrete Probleme gestellt; Menschen in Beziehung zu dem, was sie machen, Menschen in Beziehung zur Gesellschaft, d. h. schließlich hat weder eine ökonomistische noch idealistische Weltanschauung vorgeherrscht, vielmehr eine absolut reale Betrachtungsweise der Beziehungen zwischen mir und dem was ich mache, zwischen mir und den anderen und der Beziehungen zwischen mir und dem Staat, zwischen uns und dem Staat.

Das Niveau des politischen Kampfes, das anfangs, vor dem Mai existierte, war so niedrig, daß der 22. März nur eine Reihe exemplarischer Aktionen anstrebte, alle im Hinblick auf das gleiche Problem, das Problem der repressiven Struktur des bürgerlichen Staates. Die zugrundeliegende Analyse war korrekt, zugleich elementar: nämlich daß man nicht im Zustand der Freiheit lebt, sondern daß die Diktatur einer Klasse herrscht. Davon ausgehend enthüllte die einfache progressive Entwicklung der revolutionären Bewegung, die in der Tat kompromißlos das kapitalistische Gesellschaftssystem kritisierte und ablehnte, dessen repressive Struktur, und zwar systematisch durch die einfache Entwicklung der Bewegung. Die bloße Selbstbehauptung, die tägliche politische Arbeit war schon eine exemplarische Aktion. Die politische Analyse war also ganz elementar und ist z. B. nicht mit einer immanenten und genauen Analyse der Situation identisch, bei welcher man weiß, auf welchen Knopf man nur noch zu drücken hat. Man kommt also nur zu einer groben Analyse. Demzufolge gab es bloß einen einfachen Willen zum Überleben und die Fähigkeit, sich ständig weiterzuentwickeln, war täglich die Bestätigung dafür.

Die exemplarischen Aktionen der Bewegung des 22. März sind keine symbolischen Aktionen.

Sogar das Odeon ist schließlich nicht symbolisch, sondern etwas konkretes. Es ist politisch, während die Börse als Ziel der Demonstration des Gare de Lyon völlig symbolisch war.

Tatsächlich bestand die allgemeine Überzeugung, das Rathaus als Ziel zu wählen, aber das war nicht symbolisch, sondern knüpfte an die Kommune von Paris an. Und andererseits ist es das Zentrum des Städtischen Machtapparats. Man wußte sehr gut, daß man ihn nicht werde übernehmen können, aber man wollte jedenfalls diese Richtung nehmen, in der Voraussicht, daß es dann binnen 5 Minuten zum Knall kommen würde. Man hatte bei der Planung der Aktion vorausgesehen, daß sich dieser Kampf auf dem gesamten rechten Ufer ausbreiten würde, mit einer gewissen Anzahl zu erreichender Ziele, um zu beweisen, daß die Polizei besiegt werden könne. Das war das Ziel und als sekundäre Ziele die Komissariate. Das war die logische Konsequenz einer Situation, d. h. daß man auf die Straße geht, mit einem bestimmten Kampfziel und die Besetzung dieses Ziels hätte den völligen Zerfall der repressiven Polizeistruktur bedeutet.

Während des Rückzugs auf das Quartier Latin hatte die Demonstration nicht den Charakter einer exemplarischen Aktion. Die Tatsache der beschissenen Lage in ganz Paris, besonders auf dem rechten Seineufer, die Hunderten von Barrikaden, die Tausenden von bewaffneten Polizisten in den Straßen; andererseits aber diejenigen, die das Pflaster hielten, die Barrikaden bauten, wo es ihnen Spaß machte, irgendwo und irgendwie, das war schon sehr bedeutsam und exemplarisch.

Exemplarische Aktion



Bedürfnis, alle Formen der Unterwerfung und der Triebunterdrückung im Handeln selbst aufzuheben. An die Stelle theoretischer Begründung ist die taktische Diskussion der Ausnutzung von Chancen getreten, dieses System zu stürzen und alle Energie konzentriert sich darauf, die Schranken durch beispielhaftes Handeln selbst zu durchbrechen, die die Unterdrückten noch zurückhalten, sich am Kampf zu beteiligen. Wichtig ist die einfache Sache: daß man etwas machen kann gegen dieses System, daß man es denen zeigen kann, daß man gewinnen kann. Diese Möglichkeiten bewußt werden zu lassen, ist der Sinn der exemplarischen Aktion. Bei allen Einwänden, wie es denn um Organisation usw. bestellt sei, die sehr ernst zu nehmen sind, darf man jedoch die sprengende Kraft dieser Spontaneität nicht traditionell abwehren. (Dieser Beitrag entstammt einem Buch des mouvement du 22 mars, ce n'est qu'un début continuons le combat, erschienen bei Francois Maspero, cahiers libres 124). Gewisse Unförmigkeiten des Ausdrucks resultieren daraus, daß die Übersetzung möglichst wörtlich die Tonbandaufnahme, auf der das Buch beruht, nachzuvollziehen versucht.

A propos symbolische Beispielhaftigkeit.

Es gibt einen Haufen von Leuten, Kleinbürger, in Paris, die dadurch schockiert wurden, daß man für den Barrikadenbau Bäume fällte, daß man in den Barrikaden Autos in die Luft jagte — das sind Reflexe der Konsumgesellschaft. Daß man Schädel einschlägt, daß man Arme bricht, daß man sich von der CRS massakrieren läßt — bedeutungslos. Was wichtig ist: die Bäume, die Autos, die Konsumgüter.

Es wäre eine Analyse der konterrevolutionären Rolle z. B. der UNEF fällig. Zwei oder dreimal, als man Barrikaden baute und Autos nahm, um sie zu befestigen, kamen die Typen der UNEF hinter uns her, um die Autos wegzuschaffen und wieder an ihren Ort zu stellen, wobei sie sagten: "Das sind vielleicht Autos von Arbeitern." Das hieß: nicht an die Konsumgüter rühren, weil das heilig ist. Man rührt die Wände des Odeon nicht an, sogar nicht die Wände der Sorbonne.

Man muß auch die Bedeutung sehen, die die Barrikaden für die Demonstranten hatten oder auch nicht hatten. Man muß sehen, ob das wirklich ein exemplarischer Kampf ist, ob das z. B. eine Bedeutung hatte für den Kampf der Arbeiter in den Fabriken, ob sich das in dieser oder jener Form ausbreiten konnte.

Die Barrikade hat vielleicht für manche von ihrem romantischen Aspekt her Bedeutung gehabt.

Das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche war die objektive, reale Bestätigung der Kämpfe gegen die Polizei, d. h. daß man keine passive Rolle gegenüber der Polizei mehr hatte, sondern eine aktive Rolle spielte, was nicht nur dadurch bewiesen wurde, daß die Leute nicht zurückwichen und angriffen, sondern durch die Errichtung der Barrikaden selbst.

Nicht mehr der Bau der Barrikade und ihre Verteidigung sind exemplarisch, sondern diese Art kollektiver Aktion, bei der jeder arbeitete, außergewöhnliche Phantasie entwickelte, die viel wichtiger war als die reale, ziemlich schwache Wirksamkeit der Barrikaden bei der Verteidigung. Zugleich erscheinen die Barrikaden, die zu einem gewissen Zeitpunkt exemplarische Aktionen bedeuteten, mehr und mehr als nicht-exemplarische Aktionen.

Wenn man der exemplarischen Aktion auf Handlungs- und nicht auf Situationsebene eine ganz konkrete Definition gibt, riskiert man, in eine Art Mythologisierung gewisser Aktionen zu verfallen. Von dem Zeitpunkt an, wo das Problem nicht mehr nur darin besteht, zu zeigen, daß eine andere Macht als die des bürgerlichen Staates auf der Straße existiert, sondern wo man zur Zerstörung der Macht des bürgerlichen Staates übergehen muß, beginnen die Barrikaden — einzig defensive Instrumente der Demonstranten gegen den Beschuß der Polizei und keine offensiven Instrumente zur Zerstörung des bürgerlichen Staates, - Teil einer gewissen Folklore zu werden. Sie werden Gegenstände der Vergangenheit und unpolitische Aktionen im realen Sinn des Wortes, d. h. Aktionen, die die Machtverhältnisse nicht mehr verändern. Gewiß, es kommen Polizisten, aber das stellt nicht das Machtsystem in Frage, während im Gegenteil gegenwärtig die Chance besteht, mit offensiven Straßendemonstrationen die gesamte Macht des Staates ins Wanken zu bringen.

Tatsächlich schafft man vielleicht Bedingungen, die dazu führen, daß sich die Aktionen entwickeln, aber man hält sie nicht in der Hand. Man schafft Bedingungen, die vielleicht zu einer exemplarischen Aktion führen, oder auch nicht. Aber das ist alles.

Sogar wenn man jetzt über die Selbstverteidigung nachdenkt, die man als exemplarische Aktion qualifiziert, ist es nicht gewiß, daß die Selbstverteidigung selbst tatsächlich exemplarisch ist. Alles hängt davon ab, was die Selbstverteidigung hervorbringen wird. Wenn sie bis zur aktiven bewaffneten Selbstverteidigung gehen kann, ist sie exemplarisch. Man hat dann tatsächlich Bedingungen

geschaffen und Möglichkeiten definiert, die weiterführen. Man kann von Machtverhältnissen oder ähnlichem sprechen. Man kann keine Aktion definieren und sagen: "sie ist exemplarisch".

Eine exemplarische Aktion ist eine Aktion, die eine neue Situation hervorbringt, die sich selbst ausweitet und über bestimmte Schwellen hinausführt.

Wenn man so will: man kann Barrikaden bauen — aber das bedeutet keineswegs, daß sie Selbstzweck sein sollen. Nicht das Barrikadenbauen ist schon exemplarisch, sondern das, was sich daraus entwickelt.

Es besteht ein Unterschied zwischen exemplarischer Aktion und Parolen.

Eine Aktion kann erst hinterher als exemplarisch definiert werden. Das einzige, was man, ausgehend von der Erfahrung einer Aktion, die sich hinterher als exemplarisch erwiesen hat, im Hinblick auf die Machtverhältnisse machen kann, besteht darin, zu versuchen, Parolen auszugeben. Die Selbstverteidigung ist zur Zeit eine solche Parole, keine exemplarische Aktion.

Im Unterschied zum Beginn der Ereignisse auf den Barrikaden gibt man jetzt Parolen aus im Hinblick auf eine exemplarische Aktion, in bezug auf das was man macht. Man gibt Parolen aus mit gewissen politischen Perspektiven, die man angeblich hat, während man in Wirklichkeit für das, was bis jetzt geschehen ist, sie eben nicht hatte.

Man hat tatsächlich Aktionen in Gang gesetzt, die ein anderes politisches Klima geschaffen haben, Aktionen, die man vielleicht nicht voraussehen und andererseits nicht in der Hand behalten konnte. Vielleicht stellt sich in diesem Stadium das Problem der Organisation deshalb, weil man Aktionen mit einer erst später erfolgenden politischen Analyse in Gang setzte.

Es ist normal, daß man ein Aktionsprojekt mit einer Parole verbindet, daß man eine Parole nicht einfach so ausgibt, daß man keine Aktion macht und sagt: "Wir werden hinterher sehen was passiert, vielleicht klappt es." Es muß etwas anderes geben.

Bis jetzt versuchte man tastend. Aber vor allem handelte man. Der Beweis ist, daß das mit den Entwicklungsphasen des Kampfes korrespondierte. Das erklärt, daß man in einer ganz frühen Phase, als man eine mit dem System der bürgerlichen Ordnung unvereinbare Bewegung entwickelte, alles sehr primitiv war und man keine Strategie auszuarbeiten brauchte. Während die jetzt gestellten Probleme ganz anderer Natur sind, und von jetzt ab ist es nicht mehr möglich, von einem Tag zum andern zu handeln.

Man muß den jetzigen Unterschied zwischen der Bewegung des 22. März und einer Revolutionären Organisation unterstreichen:

die Bewegung des 22. März hat kein politisches Programm, keine politische Planung für die Zukunft, sondern nur einen gewissen Einfluß auf die drei oder vier folgenden Tage, eine Analyse dessen, was geschieht und eine direkt an diese Analyse gebundene Arbeit für die folgende Woche. Es stellt sich nicht einmal das Problem der Auswahl; früher war es nicht einmal auf der Ebene des "Von Tag zu Tag" — man machte die Sachen irgendwie, ohne im geringsten nachzudenken, man diskutierte, man hatte eine gewisse gemeinsame Atmosphäre, und dann handelte man — das ist alles

Gilt das nur deshalb, weil es nur das Studentenmilieu betraf? Hat die Bewegung des 22. März nur im Studentenmilieu Reaktionen hervorgerufen? Warum? Wie? Ist sie fähig, es auch außerhalb der Universität zu erreichen? Entweder macht man Aktionen, die exemplarisch sind: in diesem Augenblick sind sie es für alle. Oder sie sind es nicht.

exen zible so v

Systems.

Danach wird man in einigen Tagen sehen können, ob das eine exemplarische Aktion ist, d. h. ob das Bestehen einiger irreduzibler Bastionen in der Arbeiterklasse den revolutionären Prozeß, so wie er bis jetzt geführt wurde, in neuen Schwung versetzt, oder ob es Abenteurertum ist, ob dadurch, daß Renault, Citroën, selbst im Fall der Isolierung, Widerstand leisten oder sögar angreifen; dadurch, daß die Fakultäten aushalten und sich mit Molotow-Cocktails gegen die Angriffe der Faschisten verteidigen, ob alles das fähig ist, den Prozeß dergestalt wieder in Gang zu setzen, um zum allgemeinen Aufstand gegen den Kapitalismus zu führen? Das wäre dann die letzte exemplarische Aktion.

In der Folge stellt sich das Organisationsproblem: man macht

keine exemplarische Aktion mehr, weil der Aktionsspielraum sehr

begrenzt ist. Denn was bleibt jetzt? Es bleibt das repressive Sy-

stem der bürgerlichen Macht übrig. Augenblicklich besteht die

exemplarische Aktion darin, das bürgerliche Machtsystem zu zer-

schlagen. Diese Art der Aktion wäre exemplarisch, aber kann

man die Aktion im voraus definieren? Und kann man noch weiter-

In den letzten Mai-Tagen bestand diese in der direkten Unterstützung der Fabrikbesetzungen und der Fortführung der Streiks.

Das ist im Augenblick keine exemplarische Aktion, denn der erste

Schritt bestand nur - und das war die Parole - aus der Konsti-

tuierung harter Kerne, des Widerstands gegen die allgemeine

Rückzugsstrategie der Gewerkschaftsbürokratien und der in das

System integrierten Parteien und des repressiven bürgerlichen

gehen, zu definieren, was es heißt, die Macht zu zerschlagen?

Auf dieser Ebene stellt sich die Notwendigkeit der Organisation.

Wenn diese Aktion nicht stattfindet, wenn alle Bastionen niedergeschlagen werden, wenn alle militanten Mitglieder der Avantgarde dezimiert werden, wird es Abenteurertum gewesen sein.

In der exemplarischen Aktion gibt es ein Phänomen, das man nicht verschleiern soll: die exemplarische Aktion impliziert schließlich Gewalt.

Die emanzipatorische Gewalt ist nicht der repressiven Gewalt gleichzusetzen, aber in der exemplarischen Aktion ist Gewalt. In diesen letzten zehn Tagen, als die Aktionen gesamtgesellschaftliche Bedeutung gewannen, ist man sich darüber klar geworden, daß schließlich bewußt oder unbewußt viele Leute geglaubt haben, man könne sich Gewalt ersparen, d. h. von der Fabrikbesetzung als solcher zur Parallelherrschaft, zur direkten Selbstverwaltung in den Fabriken übergehen. Das ist nicht möglich und es gibt eine gewisse Gewalt, die allein fähig ist, das System auf allen Ebenen zu sprengen, d. h. auf der Ebene des Bewußtseins, ebenso wie auf der der sozialen Realität im Innern der Fabriken und im Innern der Produktion, im Innern der Gesellschaft: solange Teile dieses Systems noch erhalten sind, werden sie immer bremsend wirken.

Selbstverteidigung — was ist das? Das heißt zur Gewalt überzugehen. Die Folge, oder die Wiederaufnahme der revolutionären Bewegung geschieht durch Gewalt, die Selbstverteidigung ist. Selbstverteidigung heißt nicht nur, sich zu verteidigen, sondern sich zu verteidigen und anzugreifen.

Die Besetzung der Fabriken, das ist die Brücke zu der extremen Kampfform von 1936. Man hat den Kampf dort wiederaufgenommen, wo man 1936 am weitesten gelangt war. Aber man hat keine Mittel gefunden, darüber hinauszugehen. Das ist ähnlich wie eine Unterhaltung, die man da wieder aufnimmt, wo man sie am Vorabend abbrach und dabei versucht, sie weiterzutreiben. Deshalb ist es eine exemplarische Aktion, die Aktion in Brest zu zitieren. Man besetzt nicht die Fabrik um Boule zu spielen. Man hat es nicht geschafft, Aktionen zu machen, bei denen die Leute über die bloße Besetzung der Fabriken hinausgingen.

Die Fabrikbesetzung war Gegenstand von Verhandlungen, die Arbeiter haben sie als solche erlebt: "Wir werden die Fabriken nur freigeben, wenn man unsere Forderungen . . . " Die Studenten haben mehr getan, als zu besetzen, im Innern haben sie versucht, Formen der Selbstverwaltung zu verwirklichen.

Wenn man die Universitäts-Aktion zur exemplarischen Aktion gemacht hätte (Unterdrückung der Hierarchie, Versuche die Herrschaft zu zerschlagen oder sie völlig abzuschaffen etc.), wenn man das gezeigt hätte, propagiert hätte, vielleicht wären daraus neue Ideen entstanden.

Aber alles kann von anderswo ausgehen. Wenn sie bei Renault oder anderswo sich gegen die CRS schlagen, sich wirklich bis zum Ende verteidigen, ist alles gewonnen.

Die Selbstverteidigung — man muß begreifen, daß die beste Selbstverteidigung die Selbstorganisierung ist. Das ist eine Frage des Kräfteverhältnisses.

Es ist offensichtlich, daß, wenn die Produktion aus den Händen des Unternehmers auf die Seite der Arbeiter übergeht, die CRS zwischen den beiden Seiten stehen würde. In jedem Fall wird zu dem einen oder anderen Zeitpunkt eine Machtprobe stattfinden, das ist offensichtlich. Als Beispiel der Selbstverteidigung: wenn die CRS mit Eisenstöcken prügelt, sollten wir den Arbeitern handfeste Unterstützung geben, so, daß die Bevölkerung auf ihrer Seite steht. Das wird Auswirkungen haben, auch und vor allem an den Orten, wo die Arbeit wieder aufgenommen wurde. (Anm.: Erinnern wir daran, daß diese Diskussion am Vorabend der Ereignisse von Flins stattfand.)

Verbal und physisch war man gehalten, Barrikaden zu bauen, weil man Bedingungen gestellt hatte. Und damit sie akzeptiert würden, brauchte man Barrikaden. Werden die Arbeiter ihre eigenen bauen müssen?

Vor fünf Jahren hatte man bei der UNEF eine Studie über das antagonistische Verhältnis Lehrer—Schüler angefertigt;

schließlich haben Aktionen stattgefunden, gewisse Arten von Aktionen, die dazu führten, daß dieses Verhältnis sich nicht mehr in dieser Weise manifestiert. Von dem Augenblick an, wo die Leute die Sorbonne besetzten, haben sie nicht mehr die Beziehung Lehrer—Schüler in Frage gestellt, sondern sie gesprengt.

Das Problem ist heute, Bedingungen zu schaffen, die dazu führen, daß die Menschen sich dessen bewußt werden, was sie sagen. Bis jetzt hat man das in der Aktion erreicht. Die Aktion war der Ort, wo die Leute sich dessen bewußt werden konnten, was sies sagten oder was sie wollten. Das ist alles 'das ist der Prozeß der Analyse.

 KP-Gewerkschaftssekretär.
 (Übersetzung aus dem Französischen: Renate Zahar, Francoise Barner)

Mouvement du 22 Mars

Was ist das?

ieses Schlußkapitel soll Überlegungen über die Bedingungen und Möglichkeiten der Hochschulpsychiatrie in der Bundesrepublik anstellen. Dem Geburts- bzw. "pränatalen" Stadium einer solchen Einrichtung in diesem Land gemäß und in Verfolgung des sozialpsychiatrischen Ansatzes werden ihr Ort und ihre Beziehungen reflektiert: strukturell innerhalb des Hochschulsystems und historisch im anhängigen Prozeß der Hochschulbzw. Studienreform. Die Akzentuierung möglicher ideologischer und bürokratischer Gefahren steht auch hier im Vordergrund. Sie können aber nicht an Tendenzen einer etablierten Institution wie im Fall der USA abgelesen werden, sondern können nur der gegenwärtigen und zukünftigen Planung zur Konfrontation und — im günstigsten Fall — als Hilfe dienen.

Es muß nachdrücklich vor der unmittelbaren Übertragung der Ergebnisse der amerikanischen Hochschulpsychiatrie auf deutsche Verhältnisse gewarnt werden. Hiergegen wird, verständlich genug, oft gesündigt. Zunächst sind auf Grund der anderen Staffelung des Bildungssystems deutsche Studenten 2 oder 3 Jahre älter als amerikanische students. Dies ist bei allen Versuchen, die amerikanische Verschulung nachzuahmen, zu bedenken. Ferner gibt es in Deutschland keinen Campus und bisher in keinem vergleichbaren Umfang Wohn- bzw. Lebensgemeinschaften. Aus diesem Grunde kann man bei uns nicht von einer "peer culture" sprechen, spielen Homosexualität und Disziplinarfälle keine so große Rolle und tritt die Administration heute noch weniger strukturierend in Erscheinung. Andererseits dürfte es teilweise mit diesem Umstand zusammenhängen, daß Therapeuten in Deutschland mehr Erfolg mit der Gruppenpsychotherapie zu haben scheinen als in den USA; denn wenn es richtig ist, daß auf Grund der die Individuen isolierenden Struktur der deutschen Hochschule hier die Kontaktstörungen im Vordergrund stehen, dann erscheint die Nützlichkeit der Gruppentherapie als eines zusätzlichen Kontaktangebots plausibel. Natürlich geben alle deutschen Gruppentherapeuten zu, daß ihnen auf Grund der prekären finanziellen und personalen Möglichkeiten und des Andranas der Studenten kaum ein anderer Weg zur Verfügung steht. Gerade der deutsch-amerikanische Vergleich bringt es aber auch mit sich, den Begriff der Kontaktstörungen, der Störungen der zwischenmenschlichen Beziehungen, fragwürdig zu machen: soll in Deutschland das Feh-Ien der Kontakte zu psychischen Störungen führen, so scheint in den USA gerade das Vorhandensein vielfacher Kontaktbindungen eher noch mehr zu Störungen zu disponieren. Damit erweist sich das psychiatrische Konzept der Kontaktstörungen selber als zu formal und als ungeeignet, die individuellen wie die soziologischen Besonderheiten der gemeinten Situationen zu konkretisieren — nicht unähnlich dem Formalismus der Beziehungssoziologie.

Ein anderer Unterschied besteht darin, daß nach den Erfahrungen deutscher Therapeuten die Familie noch eine größere konstellative Bedeutung für psychopathologische Erscheinungen hat, während sie in den USA infolge der "Lebensgemeinschaft" College, aber auch im Zuge des fortgeschritteneren Vergesellschaftungsprozesses Amerikas mehr in den Hintergrund tritt, daher auch der neue Trend in der amerikanischen Psychiatrie, gefährdete Studenten, wenn irgend möglich, innerhalb des College zu behandeln. Hiermit hängt ein weiterer Unterschied zusammen: mag die Distanz zwischen College und Familie gewachsen sein, so ist sie zwischen College und den übrigen Bereichen gesellschaftlicher Arbeit bei weitem nicht so groß wie in Deutschland. Nur so ist auch der soziologisch interessante Erfolg der amerikanischen Psychiater zu verstehen, daß sie bestimmte Patienten für 1 bis 2 Jahre "in die Produktion schicken" und daß diese großenteils zurückkehren und ihr Studium erfolgreich abschlie-Ben können. Untersuchungen würden vermutlich zeigen, daß in Deutschland ein solcher zwangloser (oder gar von Zwang befreiender) Wechsel kaum möglich wäre - verhindert durch wertelitäre Schranken und durch eine heute weniger denn je gerechtfertigte Trennung von Wissenschaft und Praxis. Bezeichnenderweise werden beide Strukturelemente von den Empfehlungen des deutschen Wissenschaftsrates (Sommer 1966) nicht wesentlich berührt. Dieser Komplex ist zugleich auch ein Beleg für den letzten hier zu erwähnenden Unterschied: Die deutsche Universität hat mit ihrer Zielsetzung durch den deutschen Idealismus und deren Schicksal im 19. und 20. Jahrhundert eine andere Tradition als die amerikanische Hochschule.

Unter Berücksichtigung all dieser Verschiedenheit bleibt die amerikanische (und in letzter Zeit besonders die englische) Hochschulpsychiatrie dennoch das Modell, auf das man in Deutschland angewiesen ist.

Soweit die Formulierungen zur Stabilisierung einer Hochschulpsychiatrie in Deutschland die nähere oder fernere Zukunft betreffen — und das ist die Regel —, kann man sich nicht darauf beschränken, sie auf die gegenwärtigen Hochschulverhältnisse zu beziehen, sondern muß sie mit bestimmten Trends der anstehenden Hochschulreform vergleichen, d. h. vor allem mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, mit deren Realisierung mancherorts bereits begonnen wird. Sie müssen hier als bekannt vorausgesetzt werden. Allerdings müssen einige Züge, die möglicherweise besonderes hochschulpsychiatrisches Interesse verdienen, herausgearbeitet werden.

Der Wissenschaftsrat geht von der Überzeugung aus, daß der Kern aller Schwierigkeiten des Studiums in dem heute fiktiv gewordenen Freiheitsbegriff der idealistischen Reformer der deutschen Universität, in einem überzogenen Individualismus und in der Utopie der Einheit von Forschung und Lehre liegt.

Oder besser: diese Ideale werden in gewissem Umfang einer forschenden Elite des Aufbaustudiums vorbehalten, während für die "Masse" der Studierenden neue, rationalisierte Wege geschaffen werden müssen. Die Mehrzahl dieser geplanten Wege wird man nach dem Schema beurteilen können: statt Überforderung und Ineffizienz Beschränkung und Effizienz. Die Absicht der Beschränkung schlägt sich in zahlreichen Restriktionen nieder: Verkürzung des Studiums (mit der Möglichkeit der Zwangsexmatrikulation); Berufsvorbereitung im engeren Sinn wird praktisch zum einzigen Ziel des normalen Studiums: dazu wird die Beschränkung auf ein Fach, das Einhalten eines bestimmten, vorgeschriebenen Studienganges und während des Grundstudiums eine obligatorische individuelle Betreuung und Führung durch eine Lehrkraft gefordert; das Prinzip des exemplarischen Studierens bleibt auf die Stoffauswahl beschränkt. schon die Zwischenprüfungen nach dem 3. und sind mehr Leistungs- als Eignungs prüfungen, fragen Fachwissen ab; das Postulat der "Bildung durch Wissenschaft" im umfassenden Sinn wird gestrichen: denn Teilnahme an Forschungsprozessen findet für normale Studenten nicht mehr statt, sondern neben und aus der Stoffvermittlung zur Berufsausbildung soll sich so etwas wie eine wissenschaftliche Gesinnung oder Haltung ergeben; Forschung und Lehre sind nur noch administrativ verbunden, und die "Freiheit der Lehre" wird auch insofern hinfällig, als sich in irgendeiner Form zwei Stände entwickeln werden: Forscher und Ausbilder.

Gerade wenn man die rationalisierenden Absichten des Wissenschaftsrates begrüßt, liegen die Gefahren des hier gewählten Weges auf der Hand. Von "akademischer Freiheit" kann nicht mehr die Rede sein, wenn den Studenten nicht etwa nur die jetzt fehlende Orientierung zwischen alternativen Studiengängen gegeben wird, sondern wenn sie administrativ der Verantwortung für die Planung ihres Studiums zwangsweise enthoben werden und damit auf

einen Schülerstatus zurückfallen. Man mag mit Recht das Abitur nicht mehr als Bescheinigung der Hochschulreife anerkennen wollen, darf dabei aber nicht die Chance einer Reform der höheren Lehranstalten außer acht lassen und kann nicht die Reife an das "gute" Bestehen des Berufszulassungsexamens binden, wenn der elitäre Gehalt des Reife-Begriffs ungerechtfertigterweise nicht noch weiter gestützt werden soll. Erst mit diesem Testat aber soll pädagogisches Reglement wegfallen und soll Teilnahme an Forschungsprozessen erlaubt sein. Damit fallen für den normalen Studenten drei fundamental wichtige Elemente wissenschaftlichen Denkens weg, zu denen ihm unter den jetzigen Verhältnissen wenigstens formal der Zugang möglich war, die darüber hinaus aber für den wohlverstandenen Fortschritt der Wissenschaft wie der Gesellschaft selbst gerade heute entscheidend sind:

- Die Offenheit für interdisziplinäre Kooperation,
- das Hinterfragen des technisch angewandten Fachwissens durch Kenntnis der für das betreffende Fach- und Berufsgebiet wichtigen Grundlagenforschungen und
- die Beherrschung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch Einsicht in seine praktischen Folgen, die nur durch Teilnahme an Übertragungsprozessen wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis vermittelt werden kann.

Zusammenfassend ließe sich wohl sagen, daß die Vorschläge des Wissenschaftsrates die Gefahr nicht vermeiden, im Namen der Rationalität die Reflexionsmedien der Theorie wie der Praxis aus der akademischen Ausbildung auszusparen, im Namen des Fortschritts den ihm notwendigen "Bildungsspielraum" zu nehmen, in dem er wissenschaftlich und gesellschaftlich verantwortlich vonstatten gehen kann, im Namen der notwendig spezialisierten Berufsausbildung diese in ihrer keineswegs durchgängig effektiven

Isolierung zu belassen und im Namen der Ökonomie der intellektuellen Lernprozesse diese weitgehend der Chancen zu berauben, über die Beeinflussung individueller Einstellungen zu Antrieben eines gesellschaftsverändernden Handelns zu werden, das seinen politischen Horizont und Sinn zu reflektieren vermag. Um hier vorzugreifen: Wir werden darauf zu achten haben, wie in dieser hochschulpolitischen Szenerie nicht sehr neuer Sachlichkeit das Terrain definiert ist, das man der Psychiatrie zur Ausübung kompensatorischer Funktionen zuweisen wird. Es ist aber hier noch eine pragmatische Überlegung anzuschließen: Der Wissenschaftsrat begründet die Verkürzung des Studiums mit der vorgesehenen ausgiebigen persönlichen Betreuung während des Grundstudiums und mit der Intensivierung des Lernprozesses durch neue Methoden. Da aber aller Voraussicht nach auf absehbare Zeit die sehr großen personalen wie finanziellen Mittel dafür nicht vorhanden sein werden, besteht bei Realisierung des Modells die Gefahr, daß die Studenten die Beschneidung ihrer Selbstverantwortlichkeit und die verschiedenen Beschränkungen zu tragen haben, ohne in den Genuß der damit gekoppelten Vorteile zu kommen.

Wenn wir uns jetzt den Ansätzen der deutschen Hochschulpsychiatrie, namentlich den Vorschlägen für ihre künftige Gestaltung, zuwenden, können wir schon bei Berücksichtigung der hochschulpsychiatrischen Arbeiten (Ziolko, Bochnik,

Lange-Undeutsch) sowie der Dissertation von Reichenbecher und der Texte der VDS-Schrift (also von Franke, Lehnert, Sperling und Schraml) ergänzt durch persönliche Informationen ein hinreichend repräsentatives Bild gewinnen. Es scheint so, daß nahezu alle Schritte, die in Deutschland auf diesem Gebiet bisher unternommen worden sind, von Vertretern der in sozialpsychiatrischen Fragen heute mobileren und fortschrittlicheren psychotherapeutisch oder psychoanalytisch orientierten Psychiatrie bzw. der medizinischen Psychologie ausgegangen sind, kaum von der zurückhaltenderen klinischen Psychiatrie aus. Gerade deshalb soll im folgenden auf eine Tendenz besonders — vielleicht sogar überbetont - hingewiesen werden, die sich in der Mehrzahl der Darstellungen herauszubilden scheint, weil sie - analog zu den Reformbestrebungen des Wissenschaftsrats - die Gefahr in sich birgt, sich in der "Dialektik des Fortschritts" zu verfangen. Dabei wird weitgehend darauf verzichtet, die verschiedenen Ansätze einzeln zu behandeln, schon weil es bis jetzt keinen einzigen gibt, der sich über zögerndes Vortasten hinaus zu programmatischer Präzision vorgewagt hat. Keiner der in jedem Fall verdienstvollen Vorkämpfer einer Hochschulpsychiatrie in der Bundesrepublik kann bei dem derzeitigen Stand der Dinge in seinen Bemühungen heute schon mit Recht abgelehnt werden, bei aller notwendigen Kritik im einzelnen.

Hoghschul-

Wenn schon das therapeutische Ziel als Anpassung definiert werden soll,

Zunächst scheint auch für die meisten psychiatrischen Vorstellungen — wie bei den Studienreformvorschlägen — die Formel anwendbar: statt Überforderung und Ineffizienz, Beschränkung und Effizienz. Auch für die psychischen Schwierigkeiten findet man mit Vorliebe die Ursache in der akademischen Freiheit, in der "Qual der Wahl", in "falsch verstandener Individualität"; angesichts der ungeheuren Vermehrung des Lernstoffes und der heute größeren technischen Probleme (z. B. Verkehr, Wohnung) stelle das Aufrechterhalten der traditionellen Ideale eine Überforderung dar; die gemeinte Freiheit zeige sich nur noch in Orientierungslosigkeit und in Konflikten.

Im Zusammenhang damit und als ebenso schädigend wird die Überbetonung der Intellektualität bei Unterentwicklung des affektiven Bereichs gesehen - als Symptom einer künstlich verlängerten Adoleszenz. Am Rande fließen wohl auch noch Formulierungen aus der deutschen Tradition dirigistischer Sozialmedizin ein: wenn leichthin mit den fragwürdigen Dichotomien der Konstitution (schizothym vs. zyklothym) gearbeitet wird, wenn von den schädigenden Zivilisationsfaktoren, von "charakterlicher Retardation" gesprochen wird und der Begriff "der" Anpassungsschwachen noch weniger als in den USA reflektiert wird, wenn von der "Früherfassung" die Rede ist und wenn schließlich "psychotherapeutische Vorfeldbereinigung" oder das "Ausmerzen" von Belastungsfaktoren angestrebt wird. Solche Verbalisierungen — in Beziehung zu den gemeinten Problemen - sind zumeist der im übrigen allgemein akzeptierten Absicht hinderlich. dem verbreiteten Vorurteil abzuhelfen, daß Studenten mit psychischen Schwierigkeiten nichts auf der Universität zu suchen haben, wie auch bereits gefordert wird.

Ähnlich mißlich ist es, die Behauptung der Überforderung damit belegen zu wollen, daß Studenten größeren Belastungen ausgesetzt und daher stärker gestört seien als ihre nicht-studierenden Altersgenossen. Bisher ist noch keine empirische Untersuchung in Deutschland und meines Wissens selbst nicht in den USA durchgeführt worden, die dies unzweifelbar bewiesen hätte. Hin-

gegen ist es sehr wohl untersucht worden, daß die Psychiatrie geneigt ist, die bei den Studenten vor allem in Frage kommenden Diagnosen eher bei Angehörigen sozial-ökonomisch höherer Klassen zu stellen, die daher auch als besser psychotherapierbar gelten, und daß Studenten (besonders der Geisterwissenschaften) eher dahin tendieren, Belastungen aller Art auf die psychische" Ebene zu projizieren. Damit ist abei weder etwas über den Grad der realen Belastung gegenüber anderen Ausbildungsgängen bzw. Berufen befunden noch über den Sinn solcher psychischen Projektionen noch über mögliche Äquivalente für sie - ein offenes Untersuchungsfeld. Schon eher ist die Etablierung einer Hochschulpsychiatrie mit dem englischen Konzept der studentischen Berufskrankheit zu begründen, daß nämlich die als Berufsarbeit angesehene Tätigkeit der Studenten durch psychisch definierte Beschwerden eher als andere Arbeit ineffizient wird (vgl. Malleson), obwohl auch das schon wegen der zunehmenden Annäherung der verschiedenen Ausbildungsgänge nicht unbefragt bleiben kann.

Von der Voraussetzung der Überforderung der Studenten aus kommt man auch in den hochschulpsychiatrischen Ansätzen zu Forderungen der Beschränkung, die sich mit solchen der Entlastung, Entspannung und Betreuung mischen, um von der Ineffizienz zur Effizienz, von den Arbeitsstörungen zur Orientierung, Konzentration und Leistung in einem abgrenzbaren Bereich zu

Verspäteter Kinsey

Hans Giese und Gunter Schmidt Studentensexualität - Verhalten und Einstellung Rowohlt, Hamburg 1968, 415 S.

Wollte man die Untersuchung von Giese und Schmidt in zwei Sätzen zusammenfassen, so müßten es diese sein: Endlich werden in der BRD, wenigstens für eine spezielle Bevölkerungsgruppe, die Untersuchungen von Kinsey nachgeholt. "Studentensexualität" enthält aber nichts, was nicht jeder Laie, dem die Untersuchungen Kinsey's bekannt sind und der mit sogenannten offenen Augen durch die BRD geht, nicht vorausgesagt hätte.

Im Grunde kommt diese Untersuchung zwanzig Jahre zu spät, zumal für die Studenten. Ihre Ergebnisse können heute nicht mehr die be-freiende Wirkung haben wie seinerzeit die Veröffentlichungen von Kinsey in den USA. Zu bekannt und akzeptiert sind mittlerweile dessen Ergebnisse als daß ihre Bestätigung für eine spezifische Sozialschicht in der BRD noch einen Aufklärungseffekt haben und ein Widerspruchs-

moment auslösen könnte.

In ihren Fragen nach dem sexuellen Verhalten sind Giese und Schmidt streng an Kinsey orientiert. Das bringt den Vorteil, daß die deutschen Ergebnisse mit den amerikanischen von vor zwanzig Jahren und mit inzwischen gelaufenen westeuropäischen verglichen werden können. Dieser Vorteil wiegt aber gering gegenüber der Beschränkung auf Oberflächen-Verhalten, die zur Zeit Kinsey's und des damaligen Standes der Sexualforschung wohl angebracht war. Dieser Mangel der Beschränkung auf quantitative Erfassung von Oberflächenerscheinungen wird besonders schmerzlich dort spürbar, wo die Autoren über Kinsey hinauszugehen die Absicht haben. Im Gegensatz zu diesem wollen sie nicht nur Verhalten, sondern auch Einstellungen zur Sexualität messen. Diese Intention ist verdienstvoll, weil sich aus der Differenz zwischen faktischem Verhalten und normativen Einstellungen zentrale Schlüsse über die soziale Inkonsistenz bzw. über den Grad der Angepaßtheit von Kollektiven ableiten lassen. Wie es aber bei einer schriftlichen Fragebogenaktion kaum anders sein kann, bleiben die Einstellungsfragen von Giese und Schmidt auf dem Niveau von: "Ist vorehelicher Geschlechtsverkehr Ihrer Meinung nach für Studentinnen: zulässig / bedingt zulässig / nicht zulässig / verwerflich?" Abgesehen davon, daß bei allen derartigen Einstellungsfragen von Giese und Schmidt die entsprechende Alternative zu "verwerflich", nämlich "begrüßenswert" dem Befragten gar nicht zur Antwort angeboten wird und damit eine Verzerrung der Einstellungsgruppen entstehen muß, läßt sich von derart rigiden und geschlossenen Fragen nicht sonderlich viel über die Sexualität der Studenten ableiten.

In einer globalen Zusammenfassung ihrer Ergebnisse über das Verhalten und die Einstellung der Studenten kommen Giese und Schmidt zu dem Schluß, daß die vorherrschende Einstellung der Studenten zur Sexualität "freizügig, egalitär und partnerbetont" (S. 392) ist. Diese Einstellung kollidiert aber mit dem tatsächlichen Verhalten der Studenten beträchtlich: "Fast die Hälfte der ledigen Studenten ist koitusabstinent, und bei denjenigen, die voreheliche Beziehungen haben, bleibt die Frequenz der Betätigung im Durchschnitt recht niedrig. Die meisten Studenten sind mit dem Grad ihrer heterosexuellen Aktivität denn auch nicht zufrieden, und so kommt Ersatzbefriedigungen eine große Bedeutung zu." (S. 389) Fast mit einem Anflug von Bedauern konstatieren

die Autoren, daß in der westdeutschen Studentenschaft insgesamt "keine sexuelle Revolution" stattgefunden habe. Darin zeigt sich einmal die weitverbreitete Überschätzung der Ausmaße des Potentials wirklich revolutionären Bewußtseins in der Studentenschaft, zum andern aber die Unmöglichkeit, die wirklich revolutionären Prozesse in der Studentenschaft durch Verkodung und Aufschlüsselung von quantitativ konzipierten

Fragen an "die" Studenten messen zu wollen. Natürlich waren die Phasen der massenhaften Mobilisierung und Selbstorganisierung von Studenten in den letzten Monaten und Jahren auch von qualitativen sexuellen Emanzipationsprozessen begleitet. Aber diese Prozesse können nur in einer qualitativen Analyse ausgewählter Gruppen herausgearbeitet werden, nicht durch ein statistisches Mittel von Oberflächenverhalten und -Einstellungen und ihren Abweichungen nach

Dennoch ist die allgemeine Interpretation der Autoren sehr ernst zu nehmen: Bei den Studenten hat im Durchschnitt nur eine Ersetzung der traditionellen sexualfeindlichen Moral durch eine "romantische Idealisierung" (S. 396) der Sexualität stattgefunden. Durch den neuen sexualfreundlicheren Standard der Studenten läßt sich deren Sexualität aber genauso kontrollieren wie durch den alten manifest sexualfeindlichen Standard: "Die sexuelle Enthaltsamkeit vor der Ehe ist lediglich abgelöst von sexuellen Beziehungen mit einem einzigen Partner, zu dem eine Liebesbeziehung besteht und den man heiraten möchte.... Bei aller Freizügigkeit — in Relation zu den institutionalisierten Normen — ist die Moral der Studenten doch nur eine liberale Variante der althergebrachten Norm, und sie ist wesentlich geprägt durch eminent traditionelle Züge." (S. 394)

Man kann diese neue Norm in einem Wort zusammenfassen: Die Sexualpraxis der Studenten ist im statistischen Mittel nicht "sexuell" sondern "vorehelich". Die Frustrationen und Zwänge, die sich unter der extrem anpassungseifrigen Sexualbejahung und der ihr entsprechenden neuen Ideologie der pluralistischen Liberalität verbergen, werden von Giese und Schmidts Untersuchung überhaupt nicht erfaßt. Die Norm, die sie herausfinden, ist das unausweichliche Resultat ihres bereits normativ konzipierten Fragebogens, auch da wo es sich um Verhaltensfragen handelt. Ich habe allerdings den Eindruck gewonnen, daß Giese, der in früheren Veröffentlichungen selbst maßlos konservativ und seelenmassierend aufgetreten ist, in der Auswertung dieser Untersuchung seine ideologische Einstellung selbst entschieden aufgearbeitet hat. Jedenfalls ist diese Untersuchung frei von den existentialontologischen, pastoralen und reaktionären Zügen früherer Veröffentlichungen des Instituts für Sexualforschung, speziell von Gieses eigenen.

Reimut Reiche

Psychischer Verfassungsschutz

Vor kurzem faßte der Soziologe Scheuch seine Fundamentalkritik an den revoltierenden Studenten zusammen: Es handele sich da um gestörte Persönlichkeiten. Die "Störungen", die Familie, Schule und Hochschule den Triebbedürfnissen der Studenten zugefügt haben, rechnet er als miserabler Soziologe den "gestörten" selbst an. Diesen Ausgangspunkt hat er mit den Sozialtechnikern der Hochschulpsychiatrie ge-

Klaus Dörner Die Hochschulpsychiatrie Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1967 164 S., 22,- DM

in einem ausgezeichneten Buch einer detailierten Kritik unterzieht. In der Form eines Literatur-berichtes systematisiert Dörner ca. 300 Untersuchungen der Hochschulpsychiatrie aus den Jahren 1955 bis 1966, von denen allerdings 90 % aus den USA kommen. Solche Arbeiten, die die überwältigende Fülle der Forschungsarbeit so gut wie die vorliegende Arbeit zusammenfassen, gibt es leider noch viel zu selten.

Gegenstand dieser Forschungsarbeiten sind die Erscheinungsformen, Ursachen und Abhilfen psychischer Störungen von Studenten. Prof. Goldschmidt schätzt für die Bundesrepublik die Zahl derer, die sich in Beratungen, ambulante oder stationäre Behandlung begeben müßten, auf 20 %. (S. V) Eine Untersuchung über Selbstmorde von Studenten in Berkeley fand heraus, daß die Quote von 17,44 Selbstmorden auf 100 000 Studenten um 77 % über der der vergleichbaren allgemeinen Bevölkerung

Der amerikanischen Hochschulpsychiatrie kommt es angesichts dieser Tatsachen hauptsächlich auf "Mental Health" an. Sie stützt sich theoretisch auf die Ich-Psychologie Hartmanns, Rapaports u. a. und die Persönlichkeitspsychologie. (S. 118 ff., S. 5 ff.) Diese abstrahleren von den grundlegenden Triebkonflikten und konzentrieren sich auf die Stärkung des Ichs, das als Synthese Gesamtpersönlichkeit, Realitätsbeherrschung: kurz als Fähigkeit zu flexibler Anpassung an die bestehenden Herrschaftsverhält-nisse begriffen wird. Die Mental Health Pro-gramme stellen sich immer wieder unter das Motto, "daß die entscheidende Aufgabe die Sicherung der psychischen Gesundheit der zukünftigen Führer in Staat und Gesellschaft sei." (S. 103) Der Frieden, den die Individuen mit ihren eigenen Bedürfnissen und mit den Leistungsanforderungen machen sollen, wird zum zentralen Ziel. (S. 104) Die Mittel sind nicht sonderlich vielfältig. Indem die Hochschulpsychiatrie die Wichtigkeit emotionaler, personaler Fragen gegen intellektuell-sachbezogenes Verhalten betont, will sie die Frustration, die der akademische Leistungsbetrieb erzeugt, im nichtakademischen Bereich aufheben. Dadurch soll ein Persönlichkeitswandel eintreten, "im Rahmen eines geschlossenen und funktionalen Systems, auf dieses, auf die Identität mit ihm hin." (S. 130) Die Förderung der Individuen zu Reife, Integra-Synthese, Identität und Kreativität, die durch den Leistungs- und Konkurrenzzwang unter unbeeinflußbaren Studienverhältnissen gerade verhindert werden, soll sie psychotechnisch für die Anforderungen wieder fit machen. Ist es noch ein Wunder, daß die Hochschulpsychiatrie in den USA in ihrer Struktur hauptsächlich den Interessen der Hochschulverwaltung entspricht? Nur die Kooperation mit den Zulassungsbüros, den Prüfungsämtern usw. macht verständlich, wieso die H.P. einen so großen Teil ihrer Forschungskapazität auf die Dropouts, die Selektionseffekte usw. verwendet. (S. 109) Auch die

anderen beiden großen Forschungskomplexe, den Untersuchungen, wie man "durch außerakademische Erleichterungen und technische Verbesserungen den Bedürfnisdruck des Individuums entschärfen" könnte (S. 110) und welche Präventivmaßnahmen gegen Studentenrevolten und sonstige "Verhaltensstörungen" zu ergreifen seien, belegt die Nützlichkeit der Hochschulpsychiatrie für das Verwaltungsinteresse. Die Psychopolizei greift ein, bevor die Polizei die "Störer" mit physischer Gewalt bekämpft. Als wichtigste Form sozialer Kontrolle kommt es der Hochschulpsychiatrie vor allem darauf an, grundlegende Triebkonflikte "sozial unschädlich zu machen", d. h. eine Veräußerlichung der individuellen Konflikte zu vermeiden und damit die Basis für eine politische Artikulation individueller Konflikte. Aggressivität soll sich nicht gegen die versagenden Instanzen durchsetzen, sei es im Betrug, Diebstahl, Alkoholismus, Zerstörungswut, abnormer Sexualität oder politischen Revolten. Bedürfnisbefriedigung durch Opposition und Regelverletzungen ist nicht nur für die Psychiatrie, sondern auch für die Hochschulver-waltung gefährlich. "Diese Individuen nehmen nicht nur keine Therapie an, sondern überhaupt keine gesetzten Regeln und Autoritäten . (S. 95) Eine Untersuchung an der Brandeis-University stellte fest, "daß nie einer der revolutionären Führer des College und kaum ein Angehöriger der ,beatnik subculture' vom Psychiater oder Psychologen gesehen wird." (S. 23) Politische Opposition kann den Psychiater ersetzen. Vor einer offenen, rationalen Befreiung von Triebunterdrückung haben die Manipulateure am meisten Angst. Deshalb die Irrationalisierung der Konflikte in die Sphäre von Emotionen und Vertrauen, in der ihre Strategie von Sport, Spiel und Entspannung einsetzen kann. "So liegt auf uns die Verantwortung für die Neubildung der Sozialsprache, d. h. der Sprache von Mensch zu Mensch, um die wir Unternehmer uns in vollem Bewußtsein unseres eigenen Wertes täglich und mit echter Passion bemühen müssen. Starker Beifall (Konsul A. Pickert auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU 1965).

Rainer Roth

nach ISRAEL

ISRAEL AIRLINES in Zusammenarbeit mit



Für Schüler und Studenten 4x wöchentlich vom 1. Juni-15. Oktober und 20. Dezember 1968-15. Januar 1969

> München-Tel Aviv DM 300,- einfach Frankfurt-Tel Aviv DM 320,- einfach

Mit planmäßigen Boeing Jets der El Al

Buchung und Auskünfte

Auslandsstelle

des deutschen Bundesstudentenringes 53 Bonn, Dietkirchenstraße 30, Telefon 31011

Antiautoritärer Protest

Lothar Hack, Oskar Negt, Reimut Reiche Protest und Politik Probleme sozialistischer Politik 10.

Verlag Neue Kritik Frankfurt 1968, 74 S., 6,- DM

Die Beiträge zu dem vorliegenden Buch sind entstanden zu Beginn der antiautoritären Revolte. Zumindest der Aufsatz von Oskar Negt erhält aber seine Funktion nicht nur als historisches Dokument. Seine Gedanken zur neuen Qualität von Politik in der antiautoritären Bewegung sind vor allem für die Aufarbeitung der Geschichte der Studentenbewegung relevant. In Zusammen-hang damit scheinen seine Außerungen zur Organisationsfrage im Vergleich zu der traditio nellen organisatorischen Fragestellung, heute noch von neu- oder wiedererstandenen Arbeiterorganisationen vorgebracht wird, einiges zur augenblicklichen Organisationsdiskussion beizubringen, die allzu oft von einem bloß technischen Verständnis der Organisationsfrage sich leiten läßt.

Weniger unmittelbar verwendbar für die politische Analyse sind die Aufsätze von Reiche und Hack. Reiche macht die soziologische Struktur

der Bewegung transparent und kommt zu dem Ergebnis, daß an der antiautoritären Bewegung nur Jugendliche aus Mittelschichten, weniger Arbeiterjugendliche beteiligt sind. Nicht nur weil inzwischen diese Barriere zwischen Studenten und Schülern auf der einen Seite und den jungen Arbeitern auf der anderen Seite zumindest stellenweise überwunden ist, ist der Beitrag von Reiche unvollständig, sondern vor allem deshalb, weil er die soziologische Fragestellung unbefangen von den politischen Problemen der Bewegung trennt. Ähnlich verhält es sich mit dem Aufsatz von Lothar Hack "Zur Faszination er neuen Unmittelharkeit zum rigiden Funktionalismus der gesellschaft-lichen Alltagsverhältnisse. Dieser Aufsatz untersucht die funktionalen Herrschaftsmechanismen der spätkapitalistischen Gesellschaft und problematisiert die "neue Unmittelbarkeit" bloßer Verweigerungshaltung.

Allen denjenigen, denen die augenblickliche Situation der antiautoritären Bewegung wie eine chaotische Mannigfaltigkeit vor Augen tritt, sei das Buch empfohlen.

bei

Dissertationer

druckt

von DIN A 4-Vorlage auf DIN A 5-Format

Expl. pro Seite Angebot anfordern 70 100 3,20 150 3,45 200 3,60 300 4,30

DM

BÖNECKE

keine Nebenkosten Raster billigst!

Fach 29 Ruf 05323/5 25

Liberale Justiz

Als Reaktion auf die Ankündigung und als Schutz vor der Justizkampagne des SDS veröffentlichte die Frankfurter Rundschau am 17. 9. ein Interview mit dem Präsidenten des Frankfurter Landgerichts, Rudolf Wassermann. Der Richter berief sich dabei auf eine fortschrittliche Bewegung in der Justiz, welche die Abhängigkeit von der Exekutive beseitigen wolle. "Aber es scheint", so betonte Wassermann, "daß diese Bewegung dem SDS nicht in das scheinrevolutionäre Konzept paßt, weil es dort nicht das zu entlarven gibt, was man so gerne entlarven möchte." Seine doppelte Attacke negiert sich freilich selbst: denn für ein scheinrevolutionäres Konzept gibt es da tatsächlich nichts zu entlarven. Wassermann beruft sich zur Legitimation der bestehenden Justiz auf Postulate — damit auf einen Zustand, der noch gar nicht realisiert ist. Was da verwirklicht werden soll, schmilzt zudem bei näherer Betrachtung zum Formalismus zusammen: Die Reformvorschläge zielen auf

- 1. die einheitliche Amtsbezeichnung "Richter" (allerdings mit dem Zusatz "am Amtsgericht", "am Landgericht" etc.; die Rangabzeichen sind in Hessen abgeschafft.)
- 2. die echte Selbstverwaltung des Gerichtspräsidiums (das die Geschäftsverteilung vornimmt).
- 3. bessere Besoldung ("Pulch & Priepke")

4. die Anhörung der Bezirksrichterräte bei der Beratung des Justizhaushalts. Solch formelles Aufmüpfen der Justiz gegen eine "entfesselte Exekutive" versteht nur ein Bewußtsein als fortschrittlich, das sich noch von wilhelminischen Schablonen befreien muß. Es erfüllt auch nicht einmal das, was LG-Präsident Wassermann für so wichtig hält (s. seinen Beitrag "Neuer Typ von Richter gesucht" in FR vom 13. 6. 1968): die Fort- und Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten, sowie die "innere Reform" der Justiz ("Jedes Gericht kann sofort damit anfangen.") Er rekurriert also nur noch auf den guten Willen des "neuen Richtertyps", mit dem "Ernst gemacht werden muß" — und, dem Anspruch nach, aufs Menschliche, die Justiz "bleibt Autorität, aber sie ist nicht

"... weil es die Leute bewegt"

Zur Wahl entdeckten die Parteien der großen Koalition in Frankfurt ihre Unterschiede.

Moog-CDU: ,die laxe Haltung der politischen Führung in Frankfurt seit Ostern rühre aus der Vasallenzugehörigkeit der SPD gegenüber ihrer Residenz her'.

Eines der Hauptthemen des Wahlkampfes, man entnimmt es dem "Sturmangriff" CDU-Moogs gegen Brunderts Mannschaft, war

die Sorge um Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Frankfurt.

Darum sorgten sich SPD, CDU, FDP, NPD.

Am Dienstag, dem 15. Oktober 1968, fand in Nied am Main ein "Römergespräch" statt: die CDU buhlte um Nieds Wählerschaft. "Doch nach einer kurzen Diskussion über Verkehrsfragen... glitt die Diskussion von den spezifischen Problemen des Frankfurter Westens auf das allgemeine Thema "Sicherheit und Ordnung" in Frankfurt über, das der CDU besonders am Herzen liegt, "weil es die Leute bewegt" (FR vom 17. 10. 1968). Mit "Sicherheit und Ordnung" bewegte die CDU Nieds wahlmündige Bürger zum Dankesgruß an die Polizei. Der Dank wurde vorgebracht von dem greisen Zugpferd Fay. Was er sagte, hörte sich an wie der Dank des Feudalherren an das verdiente Fußvolk Polizei, das sein Leben im Kampf um Ruhe und Sicherheit und Ordnung — für Demokratie, Pogromhetze und Industrie in den Schlupfwinkeln der "Roten Teufel" gelassen habe. Es hörte sich an wie eine Beruhigungsadresse an jene verängstigten Konzerneigentümer: "Is Krahl still revolving?"

Jemand fragte an diesem Abend auf den Mainterrassen in Nied: wie es denn sei mit der Forderung der Demonstranten nach Kennzeichnung der Polizei.

"Selbstverständlich", so wurde ihm von Fay geantwortet, "werde die Polizei bei Frühlingsbällen mit amerikanischen Freunden Namensschilder tragen, damit die Polizisten freundschaftliche Kontakte auf dezente und taktvolle Weise aufnehmen könnten'. Dagegen seien "harte Auseinandersetzungen" mit Demonstranten kein Grund, Polizisten im Einsatz mit Namen oder Nummern zu versehen.

Warum auch?

Später am Abend kam heraus, warum diese Forderung nach Aufhebung der Anonymität der Staatsgewalt "von verklemmten Vorstellungen" zeuge. Stadtrat Gerhardt laut FR: Bei einem Einsatz trete "die Polizei" auf und seien nicht einzelne Polizisten im Einsatz.

Die kühne These wurde zum Fanfarenstoß. Polizist in Zivil: "Die Masse der Polizei hat es gar nicht nötig, bei rechtmäßigen Einsätzen ihre Namen zu nennen."

Rechtmäßig aber ist der Einsatz knüppelnder, prügelnder, schießender, schlagender, tretender, lügender Hundertschaften, weil Jugendliche "asoziale Elemente" sind.

Die Rechtsbelehrung dieses Abends werden sich Frankfurts Staatsanwälte und Richter für die nächsten Prozesse gegen "jugendliche" Schüler, Studenten und Arbeiter auf die Aktendeckel schreiben.

Die CDU erwies sich als rechte (!) Ideologin der SPD. Was Brundert und seine Mannen von Rathke über Uchmann und Panitz bis zu dem kleinen beamteten Spitzel Sailer, der im Prozeß gegen den persischen Journalisten Fatahi von seiner intellektuellen Liebe für die Demonstranten ergriffen berichtete, an Polizeieinsätzen anordneten, durchführten und dann der Justiz ans Herz legten, das forderten die CDU-Mannen am Abend in Nied.

Mehr Polizeieinsatz gegen asoziale Elemente. Eigentlich hätte CDU-UND-SPD die Wahl gewinnen müssen.

- am -

mehr autoritär, sondern nimmt menschliche Züge an." (ebd.) Es kann nur die subversive Kraft des teach-ins am 24. 9. im Gerichtsgebäude gewesen sein, die Wassermann seine Auffassung revidieren ließ. Nun hieß es: "Sie können die Justiz heute nicht mehr zu den Autoritäten zählen, sondern sie müssen sie als Antiautorität ansehen." (FR vom 25. 9. 1968).

Die Ideologie der Dritten Gewalt ("Hüter der Verfassung", "Bastion der Freiheit", "Unabhängigkeit") erweist sich nicht nur als solche bei einer konkreten Analyse der Rechtsprechung; politisch zu erklären ist dieser Legitimationsaufwand aus der gewandelten Funktion der Justiz selbst: das Anwachsen der sozialen Konflikte, die im Sozialstaat legal geregelt werden sollen, der partielle Ausfall einer parlamentarischen Legislative erfordern eine erweiterte Kontroll- und Integrationsfunktion von Verwaltung und Justiz. Beruft die eine sich vornehmlich auf Sachzwang und Sachverstand, so mobilisiert die andere selbst archaische Rechtfertigungen — etwa das richterliche Charisma in einer ethisierten Rechtsordnung" (Zweigert). Hinter der vielgepriesenen Kritik von Richterverbänden am klageunwilligen Bundespräsidenten stand nicht antiautoritäres Verhalten, sondern Vertrauen der Justiz in sich selbst: ein "angemessener Ehrenschutz" durch funktionsfähige Gerichte sei Lübke sicher.

Hubert Rottleuthner

RICHTERS Presspreiheit

Präambel

Die Presse ist unabhängig und neutral. Ihre Vertreter haben sich dementsprechend zu verhalten.

- § 1 "Der Pressevertreter muß sich auch nach außen hin als solcher zu erkennen geben, durch Abzeichen oder Armbinden."
- § 2 "Der Pressevertreter muß sich zurückhaltend verhalten", insbesondere besteht "für ihn keine Veranlassung zu gestikulieren."
- § 3 Der Pressevertreter "hat Wert darauf zu legen, auch äußerlich zu zeigen, daß er nicht zu den Demonstranten gehört." (Anm.: Hat jemand "ein Megafon in der Hand, so ist das ein "Beweis dafür, daß er Demonstrant ist.")
- § 4 Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt, wird als Teilnehmer an einer rechtswidrigen öffentlich zusammengerotteten Menschenmenge i. S. der §§ 115, 125 StGB bestraft.

Diese Anweisungen sind wörtliche oder sinngemäße Zitate aus der mündlichen Begründung des Urteils gegen Nader Fatahi v. 24. 10. 1968, vorgetragen durch den Richter Rath als Vorsitzenden eines Frankfurter Schöffengerichts. Das Bemerkenswerte daran ist nicht die Komik der Formulierungen, sondern das richterliche Verständnis von Pressefreiheit. Die Presse, so Rath, will unabhängig und neutral bleiben, und dieser Anspruch verbietet somit jede Parteinahme, der Spielraum der Berichterstattung ist die sachliche, distanzierte Objektivität. Daß Unabhängigkeit der Presse die Freiheit von Eingriffen staatlicher oder anderer Machtinstitutionen in den Meinungsbildungsprozeß bedeuten soll, versteht Rath nicht. Er begreift die Presse als wertneutrale Sammelstelle für Informationen.

Ein Verbot der aktiven politischen Stellungnahme für Pressevertreter wird hier ausgesprochen und meint doch nur, daß Kritik nicht erlaubt ist. Es ist nicht bekannt, daß Journalisten getadelt wurden, die etwa Kennedy zujubelten.

Politisch darf der Reporter erst in den Redaktionsstuben werden; bei den Demonstrationen wird von ihm Objektivität verlangt, deren Inhalt diejenigen bestimmen, für die praktische Kritik immer verwerflich und Ausdruck subjektiver Meinung, Bejahung der Herrschaftsverhältnisse dagegen achtenswert und Ausdruck neutraler und objektiver Urteilskraft und Sachlichkeit ist.

So wie Gerichte verhüten wollen, daß das "politische Mandat" der Studentenschaft zur Kritik sozialer Verhältnisse wird, so will auch das Frankfurter Schöffengericht die Presse auf den Weg der Wahrheit (= Affirmation) weisen.



LEBENSRECHTE



"Da die unternehmerischen Lebensrechte in einem gewissen Reichtum und in erhöhten Befehlsbefugnissen bestehen, die alle übrigen Volksgenossen nicht gleichartig zu beanspruchen wagen, ist jede Auseinandersetzung auf der Ebene einer Diskussion über eine Gleichberechtigung der unternehmerischen Existenz hoffnungslos."

die alle übrigen Volksgenosgleichartig zu beanspruchen
st jede Auseinandersetzung
Hans Domizlaff: Die ersten Schritte, vertrauliche Ratschläge zur Verteidigung des privatwirtschaftlichen Unternehmertums. O. J., o. O., S. 4.
Aus: "Wie man oben bleibt." Ring Publications.

Fahrschule E + E Hanslik

Civil-Ing.

Grundgebühr 50,-

Fahrstunde 12,-

6 Frankfurt/Main Reuterweg 66 Telefon 72 59 83 6451 Dörnigheim a. M. Hermann-Löns-Straße 7 Telefon Hanau 9841930



Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN In Kliniknähe, Haltestelle Hoch-

1, 11, 15, 21

haus Süd (Hippodrom) der Linien

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10 Gartenstraße 134

Mehr als Tagesnachrichten

und unverbindliche Kommentierung verlangt der Zeitungsleser, der mitten im Leben steht und an der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Verantwortung mitträgt. Der kritische Leser weiß es zu schätzen, wenn sich die "Frankfurter Rundschau" — eine der großen deutschen Tageszeitungen — aktiv mit seinen Problemen befaßt. Die "Frankfurter Rundschau" greift immer wieder heiße Eisen auf. Sie übt Kritik, wo es notwendig erscheint. Leitartikel, Kommentare, Reportagen und Glossen der "Frankfurter Rundschau" haben Format. Bilden Sie sich selbst ein Urteil. Verlangen Sie Probelieferung. Senden Sie umstehenden Gutschein auf einer Postkarte oder im Briefumschlag an

Frankfurier Rundschau

Vertriebsabteilung - 6 Frankfurt am Main 1 - Postfach 3685 - Telefon 21 99 51

Vorzugspreis für Studierende

monatlich DM 3,15 als Abholabonnement monatlich DM 3,40 bei Postzustellung monatlich DM 3,80 durch Träger

In Bochum-Querenburg, Bonn, Clausthal-Zellerfeld, Coburg, Darmstadt, Erlangen, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Mainz, Mannheim, Marburg, München, Münster, Nürnberg, Stuttgart, Tübingen, Wehrda und Würzburg können Studierende die "Frankfurter Rundschau" bei autorisierten Abholstellen erhalten, deren genaue Anschriften wir auf Wunsch gerne mittellen.



anderes Kampfmittel hilft. Bedrückung" ist erlaubt, wenn kein näre Auflehnung gegen die "soziale stes in Bogota beschlossen: Revolutioentgegen den Ermahnungen des Paprikanischen Bischöfe in Medellin hat Die Generalkonferenz der lateiname-Revolution genehmigt!

Wilde Streiks - Klassenbewußtsein?

Die Krise der westdeutschen Wirtschaft, die sich im Herbst 1966 immer deutlicher abzuzeichnen begann, wurde von den Unternehmern dazu benutzt, tarifvertraglich nicht abgesicherte Leistungen im Lohn- und Sozialbereich auf Betriebsebene abzubauen. Diese Leistungen, die im Durchschnitt etwa 1/4 des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten ausmachten, waren ihnen in den Jahren zuvor aufgrund des knappen Arbeitskräfteangebots von den Unternehmern kampflos als "freiwillige", jederzeit kündbare Einkommensbestandteile zugestanden worden. Der Spielraum blieb vor allem den finanzstarken Unternehmungen, weil sich die Tarifpolitik der Gewerkschaften in regionalen und zentralen Tarifverträgen an der Kapazität finanzschwacher Betriebe orientierte. Diese gewerkschaftliche Praxis trug dazu bei, daß die ohnehin schon

potenteren Großbetriebe durch vielfältige Maßnahmen Arbeitskräfte ködern konnten mit Geldern, die diesen Betrieben von den Gewerk-schaften unter Verzicht auf eine betriebsnahe Tarifpolitik geschenkt wurden. Gegen die nicht abgesicherten 25 % richtete sich konsequenterweise angeleitet und unterstützt von ihren Verbänden der Angriff der Unternehmer, als die Umsätze infolge der Krise zurückgingen oder stagnierten und das Arbeitskräfteangebot stieg (Februar 1967: 534 000 Arbeitslose; 329 000 Kurzarbeiter allein in der Metallindustrie). Aber auch die von der Krise weniger betroffenen Betriebe bauten kräftig ab. Diese Tatsache vor allem scheint die IG-Metall dazu veranlaßt zu haben, zwei Weißbücher zur "Unternehmermoral" herauszugeben, in denen besonders weitgehende Eingriffe angeprangert werden. Die Anwendung ethischer Kategorien auf Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit dient zur

Verschleierung der realen Situation der Arbeiterschaft innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse und zeigt einmal mehr, wieweit sich selbst "fortschrittliche" Gewerkschaften von ihrer ursprünglichen Aufgabe, Kampfinstrument der Arbeiterklasse zu sein, entfernt haben.

Der Eintritt der Sozialdemokraten in eine CDU-Regierung zu Beginn der Krise hatte objektiv die Funktion, deren Folgen auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Die Anerkennung staatlicher Lohnleitlinien" innerhalb der "konzertierten Aktion" und der Verzicht auf eine offensive Lohnpolitik durch die Gewerkschaften stellten in der Praxis nicht nur einen Lohnstopp dar, son-dern bildeten auch den Hintergrund für den Abbau der Effektivlöhne. Nur der generelle Verzicht auf eine offensive Politik durch die Gewerkschaften erlaubte es einem Großteil der Unternehmer, die Realverdienste der Belegschaften anzugreifen.

Der durchschnittliche Einkommensverlust der in der Metallindustrie in der Zeit von Januar bis August 1967 von Kürzungen der Akkordverdienste betroffenen Arbeiter betrug 5,8 %, trotz einer Lohnerhöhung von 1,9 % im Januar 1967. Insgesamt mußten 11,1 % aller Beschäftigten in der Metallindustrie Einkommensverluste hinnehmen, die in einigen Fällen bis zu 30 % betrugen.*)

10

Zu diesen direkten Lohnkürzungen hinzu kommen noch die Kürzungen oder der Wegfall von Sozialleistungen, die als regelmäßige Lohnbe-standteile oder als einmalige Zahlungen einen nicht unerheblichen Teil des Realeinkommens

Um einen Einblick in die Vielfalt der von den Unternehmern getroffenen Maßnahmen zu geben, sei hier eine Aufstellung der Bezirksleitung Stuttgart der IGM wiedergegeben. Durch folgende Maßnahmen, die 191 903 Arbeiter und Angestellte betrafen, versuchten 1037 Firmen das

Lor	inniveau zu senken:	
4 9	Fire	men
1.	Anrechnung der Lohnerhöhung	
	von 1.9%	248
2	Anrechnung der Gehaltserhöhungen	2-10
4.	von 2%	100
		408
	Angleichung der Ortsklasse angerechnet	9
4.	Kürzung der übertariflichen Zulagen	61
5.	Kürzung des Schichtzuschlags bis	
-24	1,20 DM pro Stunde	8
6	Verringerung des übertariflichen	U
U.		1
ACC.	Akkordrichtsatzes bis zu 15%	4
- 7.	Kürzung der Vorgabezeiten bis zu 30%	36
8.	Abbau der Akkorde bis 1.65 DM	
	pro Std.	14
0		1-1
9.	Übergang von Akkord- zu Prämienent-	
	lohnung, Lohnminderung bis 1,20 DM	
	pro Std.	1
10.	Übernahme von Akkordarbeitern in	
((8)(5)(9)	Gruppenakkord, Lohnminderung	
	Gruppenannoid, Lonnininderung	- 22

- bis zu 1,20 DM pro Std. Kürzung der Prämienlöhne,
 10 Pf pro Std.
- 12. Wegnahme bzw. Kürzung der Konjunkturzulage bis 60 Pf pro Std. 13. Zuschlag für Einarbeitung der Akkord-
- arbeiter weggenommen 14. Abgruppierungen bis zu 3 Lohngruppen 15. Wegnahme eines bezahlten Karenztages
- bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit 16. Waschzeit bis zu 10 Min. gestrichen
- Erhöhung des Kantinenessens bis zu 40 Pf Streichung der Erholungsverschickung für Jubilare bis zu 3 Tagen
- 19. Streichung der Ferienverschickung Wegnahme der seither bezahlten Vesperpause bis zu einer Viertelstunde
- Kürzung des Fahrgeldanteils bis zu 20 DM Wegfall des Fahrgeldzuschusses 23. Kürzung der Erfolgsbeteiligung 10 Wegfall der Weihnungsgratifikation
- und z. T. auch der Treueprämie bis 100% 56 Wegfall des Maigeldes bis zu 8,- DM 26. Wegfall der Milch für schwangere Frauen oder kostenloser Milch
- Wegfall des Bierzuschusses von 10 Pf 28. Erhöhung der Miete bei Werkswohnungen 1
- 29. Wegfall des Taschengeldes bei Erholungskuren bis zu 50,- DM

- prämie von 150,— bis 360,— DM
- 32. Abbau der jährlichen Anwesenheits-

30. Zuschuß zur Beschaffung von Arbeits-

kleidung entfällt Kürzung der Ostergratifikation um 60,— bis 120,— DM

logie unterstützten, Arbeiter und Unternehmer säßen "in einem Boot", und der "verfahrene Karren" könne nur von ihnen "gemeinsam aus dem Dreck gezogen werden", erkannte eine ständig wachsende Anzahl von Arbeitern und Angestellten, daß die Gemeinsamkeiten nur in den Phrasen derjenigen bestehen, die ihnen "zum Wohle

33. Schließung der Kantine

Betriebsferien

bis zu 14 Tagen

34. Streichung der Betriebsausflüge und

Streichung von Zusatzurlaub

36. Streichung des Zuschusses zur Ver-

mögensbildung (312-DM-Gesetz)

Gegen solche und viele andere Maßnahmen der

Unternehmensleitungen, gegen die die Gewerkschaften aufgrund fehlender Betriebstarifverträ-

ge nichts ausrichten konnten, wehrten sich Arbeiter und Angestellte seit Ende 1966 in erhöh-

tem Maße durch "wilde Streiks", durch Streiks, die nicht im Rahmen einer Tarifauseinanderset-

zung nach einer Urabstimmung der Belegschaften zustandekamen. Über ein Drittel der 389 581

Streiktage, die im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik zu verzeichnen waren (1966:

Während die Gewerkschaftsbürokraten durch

ihr Stillhalten in der Krise die Unternehmerideo-

27 086), entfielen auf solche spontanen Streiks.

der Zuschüsse bis zu 20,- DM zu

11

1037

des gesamten Betriebes" die Löhne kürzen

Während also im politischen Bereich eine korrumpierte Sozialdemokratie zusammen mit Gewerkschaftsbürokratien gleichen Formats an der Rettung des kapitalistischen Systems auf Kosten der Arbeiterschaft mitarbeitete, setzte sich an der Basis, bei den einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern in den Betrieben die Erkenntnis in großem Umfang durch, daß sie sich gegen Angriffe der Unternehmer nur im solidarischen Kampf erfolgreich wehren können. Die Tatsache allein, daß im vergangenen Jahr weit über 100 000 Tage auf "wilde Streiks" entfielen, stellt eine viel schärfere Kritik der Arbeiter an dem Verhalten der Verantwortlichen in den Gewerkschaften dar, als sie von studentischer Seite je formuliert worden ist. Der Hinweis auf eine "antigewerkschaftliche Einstellung" der linken Studenten, der eine Annäherung der letzteren an die Arbeiter verhindern soll, dient den Gewerkschaftsbürokraten nur dazu, die Kritik der Arbeiter von einer Praxis abzulenken, die das Wesen aller reformistischen und revisionistischen gewekschaftlichen und sozialdemokratischen Politik ausmacht und die sich treffend mit dem Ausdruck umschreiben läßt: Stützung und Erhaltung des kapitalistischen Systems um jeden Preis.

Entsprechend dem Charakter der vorausgegangenen Maßnahmen der Unternehmensleitungen waren die weitaus größte Zahl der spontanen Streiks Defensivaktionen gegen den versuchten oder vollzogenen Abbau der Realeinkommen. Da vor allem die hohen Spitzenverdienste abgebaut wurden, gaben in vielen Fällen die hoch-bezahlten qualifizierten Facharbeiter den Anstoß zu spontanen Streiks. Diese Arbeiter sind in der Regel durchweg gewerkschaftlich organisiert und haben ein entsprechendes gewerkschaftliches Bewußtsein. Die andere Gruppe von Ar-beitern, die in der Krise besonders gefährdet war, waren die am wenigsten qualifizierten Arbeiter und Leistungsschwache, z. B. solche, die aus verschiedenen Gründen häufig fehlten. Sie wurden als erste entlassen oder von Kündigungen bedroht, gaben aber nur in wenigen Fällen den Anstoß zu Defensivaktionen.

Von vielen hundert spontanen Streiks aus dem Zeitraum September 1966 bis Juni 1968 liegen dieser Untersuchung 100 zugrunde. Eine vollständige Sammlung und Veröffentlichung aller Streiks durch den DGB oder durch eine Einzelgewerkschaft liegt bisher nicht vor. Nach allen Erfahrungen mit der Berichterstattung der Presse über innerbetriebliche Auseinandersetzungen und nach Meinung vieler Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre liegt die Zahl der in der Öffentlichkeit nicht bekannt gewordenen Streiks über der der bekannten. Allein das Statistische Landesamt Nord-Rhein-Westfalen gibt für seinen Bereich im Zeitraum Juli bis September 1967 die imposante Zahl von 700 bestreikten Betrieben an. Das Verschweigen von "wilden Streiks" liegt sowohl im Interesse der Unternehmer, als auch der Gewerkschaftsbürokratien, die sich zur Begründung ihrer kompromißbereiten Haltung in Tarifkonflikten in der Vergangenheit nur allzu gern auf die mangelnde Streikbereitschaft ihrer Mitglieder berufen haben und die von der Streikwelle in den vergangenen zwei Jahren offensichtlich überrascht wurden.

Von den 100 behandelten Streiks wurden ausgelöst durch:

angekündigten oder erfolgten Abbau von Sozialleistungen durchgeführte oder geplante direkte Lohnkürzungen und Abbau übertariflicher Leistungen sowie Lohnbeschränkungen 23 Kürzung oder Überprüfung der Akkordvorgabezeiten Änderungskündigungen schlechte Eingruppierungen und Umgruppierungen im Rahmen eines neuen Tarifvertrages 10 Entlassungen Betriebsstillegungen 3 Rationalisierungsmaßnahmen mit Einkommensverlusten für die Betroffenen Schlechtes Betriebsklima

*) Als Unterlagen dieser Untersuchung dienten Berichte verschiedener Tageszeitungen, vor allem der "FR", sowie der "Metall" und der "Presse und Funknachrichten" des IGM-Vorstandes, der beiden "Weißbücher zur Unternehmermoral" sowie anderer Veröffentlichungen. Zu diesen Veröffentlichungen wurden auch die verwendeten Zahlen entnommen. Daneben wurde auch das Heft 4, 1968 der "Marxistischen Blätter" für zwei Angaben verwendet. Persönliche Gespräche mit an Streiks Beteiligten wurden mitverwendet.

Übergehen von traditionellen Rechten der Belegschaft und Rechten der Betriebsräte Gefährdung der Arbeiter infolge von Personaleinsparungen und erhöhter Arbeitsanforderungen der im Betrieb Verbleibenden Solidarität mit besonders hart betroffenen Kollegen schlechte Informationspolitik der Betriebsleitung Aufforderung an Kranke, bald zur Arbeit zu erscheinen politische Streiks waren Warnstreiks während einer "Tarifrunde" Die aus dieser Aufstellung sich ergebenden Prozentzahlen können in etwa als repräsentativ auch

für die übrigen Streiks angesehen werden. Die Streikursachen waren im wesentlichen auf die genannten begrenzt. Den hier als unmittelbar auslösende Momente angegebenen Maßnahmen der Unternehmens-

leitungen gingen in den meisten Fällen Eingriffe voran, die die Belegschaften in Unruhe versetzt hatten. Oft wurde in den Betrieben wochenlang über bereits durchgeführte Maßnahmen diskutiert, bevor ein erneuter Lohn- oder Sozialabbau spontan einen Streik auslösten.

Einer der ersten "großen" Streiks und in vielen Zügen exemplarisch war der dreitägige Streik bei der Roland Offsetmaschinenfabrik Faber & Schleicher GmbH in Offenbach vom 9. bis 11. Nov. 1966. Am 4. Nov. wurde dem Betriebsrat bei einer Besprechung mit der Unternehmensleitung eine Tagesordnung vorgelegt, die in 10 Punkten Gespräche über Lohn- und Sozialabbau vorsah. Am 9. Nov. war die Belegschaft (3000 Beschäftigte) der drei Werke über die Vertrauensleute soweit informiert, daß schlag-artig 90% der 2240 Arbeiter die "Arbeit niederlegten". Um 10 Uhr streikten die Arbeiter des Werks II (Gießerei), eine halbe Stunde später schloß sich das Werk I an und am frühen Nachmittag das Werk III. Die Arbeiter der Werke II und III marschierten gemeinsam zum Hauptwerk und hielten dort vor dem Verwaltungsgebäude die erste Streikversammlung ab.

Betriebsleitung und Betriebsrat wurden von dem Streik überrascht, er war ihnen "wie ein Blitz gekommen". Gemeinsam erklärten sie den Streik für illegal. Der Betriebsrat teilte den Streikenden mit, daß ihnen Entlassung drohe, konnte damit jedoch keinen Eindruck machen. Die Streikenden forderten die Zurücknahme der "10 Punkte". Am 10. Nov. ging der Streik weiter. Er richtete sich nicht mehr nur gegen die geplanten Maßnahmen, sondern auch gegen zwei Mitglieder der Betriebsleitung, die die Streikenden unter Druck setzen wollten und sie durch ihre schroffe Haltung gereizt hatten. In Sprechchören forderten die Streikenden die Entlassung der beiden Direktoren. Die Betriebsleitung antwortete mit einem Ultimatum. Wer bis zum Montag (15.11.) die Arbeit nicht wieder aufnehme, werde fristlos entlassen oder der gesamte Betrieb werde geschlossen. Der Betriebsrat legte einen Kompromißvorschlag der Unternehmensleitung vor, der jedoch von der Streikversammlung abgelehnt wurde. Eingriffe in Löhne und Gehälter sollten dem Vorschlag entsprechend unterblei-

GUTSCHEIN **DISKUS**

für eine kostenlose **Probelieferung**

Ich bin noch nicht Abonnent der "Frankfurter Rundschau" und möchte sechs Tage kostenlos und unverbindlich die "Frankfurter Rundschau" Jesen

Im Anschluß an die 6-Tage-Probelieferung wünsche ich:

☐ Weiterlieferung zum Vorzugspreis für Studenten für monatlich: DM 3,15 im Abholabonnement - DM 3,40 bei Postzustellung - DM 3,80 durch Träger *

□ vorerst keine Weiterlieferung (Gewünschtes bitte im □ mit einem X versehen!).

Vor- und Zuname: Hochschule (Kurzname), Fakultät: Wohnort, Zustellpostamt: (

Straße, Hausnummer, Zimmer: Studienbestätigung (Stempel): Datum

(Kann auch nachgereicht werden!) Unterschrift Wir bitten Sie um vollständige und deutliche Eintragungen. *(Trägerzustellung ist nur in/um Frankfurt möglich)

Was wir wollen: Arbeiterkontrollen

Die Streikenden hatten sich schon am ersten Streiktag um Unterstützung an die IGM-Ortsverwaltung gewandt. Der erste Bevollmächtigte war jedoch krank und sein Stellvertreter war auf einer Tagung. Sie riefen daraufhin den Hauptvorstand an, wurden aber an den Bezirksvorstand verwiesen, der nicht zu erreichen war. Schließlich kam der zweite Bevollmächtigte, der sich wie der Vertreter des Arbeitgeberverbandes jedoch nur vermittelnd an den Verhandlungen beteiligte. Die Gewerkschaft habe "grundsätzlich nichts damit zu tun", hörten die Streikenden. Am 3. Tag wurde den Streikenden ein zweiter Kompromißvorschlag von Betriebsleitung und Betriebsrat vorgelegt. Den Streikenden wurde für die Dauer der Verhandlungen Bezahlung zugestanden, der Personalchef sollte beurlaubt werden. Die Streikversammlung lehnte auch diesen Vorschlag ab. Sie forderte weiterhin die Entlassung der beiden Direktoren. Ein Teil der Angestellten schloß sich an diesem Tag den Streikenden an. Am Nachmittag erklärte sich die Betriebsleitung bereit, alle Streikstunden zu bezahlen und den Personalchef zu entlassen. Der Vorschlag gelte nur, wenn am Montag die Arbeit wieder beginne. Am Sonntag, dem 13. 11. appellierte die Ortsverwaltung der IGM. an ihre Mitglieder, die Arbeit wieder aufzunehmen. Am Montag wurde wieder gearbeitet. Von der Entlassung oder Beurlaubung der Direktoren war keine Rede mehr. Bezahlt wurden lediglich die Stunden, in denen verhandelt wurde. Lohn- und Gehaltsabbau unterblieben. Sozialleistungen wurden abgebaut.

Der Verlauf des Streiks zeigt, daß der direkte Anlaß ein unmittelbar drohender Einkommensverlust war, den es abzuwenden galt. Im Verlauf der Auseinandersetzungen gewinnen die Streikenden das Bewußtsein ihrer Stärke und lassen sich einen "Herr im Haus Standpunkt" der Unternehmensleitung nicht mehr gefallen. Sie zeigen, daß sie sich über ihre Rolle und den Wert innerhalb des Betriebes durchaus im klaren sind und wollen mitbestimmen, was dort geschieht. Durch ihre feste Haltung schließen sich bisher noch nicht streikende Teile der Belegschaft (Angestellte) an. Bei längerer Dauer der Streiks tritt jedoch die materielle Frage erneut in den Vordergrund. Der drohende Lohnausfall macht die weniger bewußten Arbeiter wieder kompromißbereit. Wenn ein einigermaßen annehmbarer Kompromiß über die materiellen Belange erzielt wird, sieht ein Großteil der Streikenden keinen Grund mehr, wegen anderer Fragen den Streik fortzusetzen oder wieder aufzunehmen. Für die Mehrheit der Streiks kann dieses Schema in verschiedenen Variationen als zutreffend angenommen werden.

Die Struktur der Belegschaft der genannten Firma dürfte ebenfalls exemplarisch sein. Die Arbeiter sind zu einem großen Teil qualifizierte Facharbeiter und in hohem Maße gewerkschaftlich organisiert. Sie entwickeln das Statusbe-wußtsein eines selbstsicheren Facharbeiters, der seinen Wert im Betrieb kennt und der bereit ist, entsprechend aufzutreten. Die Vertrauensleute bilden innerhalb der Arbeiterschaft eine Art Avantgarde, die die Auseinandersetzungen strukturiert und führt. Der Betriebsrat nimmt aufgrund seiner gesetzlich definierten Stellung oft eine neutrale oder abwiegelnde Haltung gegenüber den Streikenden ein. Nur "gute" triebsräte stellen sich auf die Seite der Streikenden und verlassen sich auf deren Solidarität, die dann nur in den seltensten Fällen ausbleibt. Die Haltung der Betriebsleitung in diesem Konflikt ist typisch. Durch Drohungen zunächst und dann durch Versprechungen und scheinbares Eingehen auf die Forderungen der Streikenden versuchte sie, die Streikfront zu brechen. Wenn ein Generalangriff nichts nützt, geht sie zur Partisanentaktik über. Vor allem die Streikleitung wird massiv unter Druck gesetzt. Dem Betriebsrat wird hofiert, damit er die "Gemüter beruhigt". Ihr erstes Ziel ist, Zwietracht unter die Streikenden zu bringen.

Die Gewerkschaftsbürokraten unterstützen die Streikenden nur selten gleich in vollem Umfang. Erst wenn durch die Streiks großer Druck auf sie ausgeübt wird, stellen sie sich hinter die Strei-kenden. Die Unterstützung bleibt jedoch oft nur eine moralische. Eine offen materielle Unterstützung eines "wilden Streiks" würde einer Gewerkschaft Schadensersatzklagen einbringen, weil dieser Streik gesetzlich nicht vorgesehen ist. An der mangelnden materiellen Unterstützung kranken aber die meisten spontanen

So konnte z.B. der dritte Streik während der Auseinandersetzungen bei Hanomag im April/ Mai vorigen Jahres nur zustandekommen, nachdem ein Vertrauensmann auf sein persönliches Risiko hin erklärt hatte, die Streikkasse sei durch Solidaritätsspenden gefüllt, obwohl das nicht der Fall war. Erst durch diesen Druck flossen dann über verschiedene Kanäle Gewerkschafts-

Die zwielichtige Haltung des Ortsvorstandes während des Streiks in Offenbach führte dazu, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute ihre Gewerkschaftsaufgaben in dem halben Jahr nach dem Streik nur sehr zögernd ausführten, und daß hohe Gewerkschaftsfunktionäre von einem Zusammenbruch der Organisation" innerhalb dieses Betriebes sprachen.

Entscheidend für den Erfolg oder zumindest für einen annehmbaren Kompromiß am Ende eines Streiks ist, daß sich eine Streikleitung bildet. So konnte der Hannover-Streik (Hanomag) nur durch die Ausdauer und den persönlichen Einsatz des aus 13 Vertrauensleuten bestehenden Streikkomitees erfolgreich zu Ende geführt wer-

Zu den Streiks, die aus Angst vor materiellen Einbußen geführt wurden, zählen auch die, die sich gegen Entlassungen und Betriebsstillegungen richteten. Keiner dieser Streiks ging über den Charakter eines Proteststreiks hinaus, obwohl gerade im strukturgeschwächten Ruhrgebiet oft zehntausende Arbeiter gegen Zechenstillegungen protestierten. Die Frage, die Produktion in der Regie von Arbeitern weiterzuführen, wurde in keinem Fall ernsthaft gestellt. Auch der Besitzer der Maschinenfabrik Battenfeld GmbH, Gieringshausen, blieb von derartigen Ansinnen verschont, obwohl sich nach dem Vorbild der Weber im Erzgebirge ein langer Demonstrationszug durch mehrere Gemeinden auf seine Privatvilla zubewegte (27. 9. 1967), nachdem er die Schließung seiner Fabrik angekündigt

Von einem hohen Bewußtsein der Arbeiter zeugen die Streiks, die der Mehrheit der Streikenden keine materiellen Vorteile einbrachten und zugunsten einzelner Kollegen aus Solidarität geführt wurden.

So streikten z.B. im AEG-Turbinenwerk Berlin 1 190 gewerbliche Arbeiter am 6. 11. 1967 31/2 Stunden aus Solidarität mit 80 Akkordarbeitern, die durch die Einführung anderer Lohngruppen bis zu 70 Pf Lohneinbuße erlitten hatten. Die Werksleitung mußte sich mit erneuten Verhandlungen einverstanden erklären. Noch beeindruckender war das Verhalten von 500 18- bis 20jährigen Spanierinnen, die aus Solidarität mit drei wegen Arbeitsverweigerung gekündigten Kolleginnen 10 Tage lang sich weigerten, weiterhin Kekse zu verpacken (Werk Bahlsen, Barsighausen, Streik vom 26. 3. bis 4. 4. 1967).

Zu diesen Streiks sind auch die zu zählen, in denen die Belegschaften Betriebsratsmitglieder solidarisch unterstützen, die sich entgegen den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes eindeutig für die Interessen der Arbeiter eingesetzt haben, oder in ihren Rechten beschnitten werden sollten. So streikten im Oktober 1967 die Arbeiter der Werkzeugmaschinenfabrik Opphold, Oberkochen, gegen die Beurlaubung und schließliche Entlassung eines "unbeguemen" Betriebsrates und wollten erst dann wieder arbeiten, wenn eine "befriedigende Lösung" gefunden würde.

Einer der eindruckvollsten Streiks, in denen die Arbeiter um die Erhaltung traditioneller Rechte im Betrieb kämpften, war der Streik von 47 000 Arbeitern und Angestellten der Daimler-Benz Werke. Die Streikenden protestierten gegen einen Beschluß der Konzernleitung, die Urabstimmung am 19. 10. 1967 nicht wie in den Jahren zuvor auf dem Werksgelände stattfinden zu lassen. Erst als diese Anordnung rückgängig gemacht wurde, gingen die Streikenden wieder an die Arbeit. Solche und vor allem Proteststreiks gegen die Haltung der Unternehmer bei Lohnauseinandersetzungen wurden häufig während sogenannter Tarifrunden geführt.

Am 25. 10. 1967 streikten 2 000 Arbeiter der Industriewerke Karlsruhe 1/2 Stunde lang aus Protest gegen die Äußerung der Vorsitzenden des Baden-Württembergischen Metallverbandes, der Jargon der Gewerkschaftsflugblätter in der laufenden Tarifauseinandersetzung sei von Ostberlin übernommen. In Sprechchören riefen die Arbeiter: "Wenn wir Kommunisten sind, dann seid

Neben diesem Streik, der zeigt, daß sich die beteiligten Arbeiter gegen globale antikommu-nistische Angriffe zu wehren wußten, gab es meines Wissens im Jahre 1967 nur einen politischen Streik, als am 29. 6. 500 Arbeiter der GottwaldWerke in Hattingen einen viertelstündigen Warnstreik gegen die Verabschiedung der geplanten Notstandsgesetze durchführten. Erst während der zweiten Lesung der Gesetze am 16. Mai 1968 kam es zu mehreren Streiks in den Betrieben. Allein in Frankfurt streikten in 30 Betrieben rund 10 000 Arbeiter und Angestellte. Diese Streikbewegung wiederholte sich in ähnlichem Ausmaß am Tag der 3. Lesung. Die Aktionen in den anderen Großstädten hatten jedoch nicht annähernd das Ausmaß wie in Frankfurt.

Die zögernde Haltung des überwiegenden Teils der Arbeiterschaft im Kampf gegen die Notstandsgesetze, die einen Generalangriff auf die Arbeiterklasse dieses Landes darstellen, zeigt, daß die verschärften innerbetrieblichen Auseinandersetzungen in den letzten beiden Jahren nicht zu einer Hebung des Klassenbewußtseins der Arbeiter insgesamt geführt haben. Dafür spricht auch, daß in den weitaus meisten Betrieben, in denen Lohn- oder Sozialabbau durchgeführt wurde, die Belegschaften noch nicht so weit waren, solidarisch einen Defensivstreik durchzuführen.

Die Streiks hatten oft nur den Charakter moralischer Empörung über die schlechte Betriebs-leitung, der Lohn- oder Sozialkürzungen als persönliches Vergehen angerechnet wurden. Ein besserer Chef hätte das eventuell unterlassen. Der Klassencharakter der Auseinandersetzungen wurde nur selten gesehen - es gibt jedoch Beispiele dafür — und in keinem der untersuchten Fälle formuliert.

Es kann jedoch nicht übersehen werden, daß ein stärkeres Selbstbewußtsein bei Teilen der Arbeiterschaft entstanden ist, und daß sich Ansätze zu einem umfassenden Klassenbewußtsein gerade bei den Arbeitern zeigen, die im Betrieb einen entscheidenden Einfluß ausüben, bei den hochqualifizierten Facharbeitern, die zumeist der jüngeren Generation angehören. Viele Arbei-ter haben gelernt, daß sie gegen den Unter-nehmer des Betriebes, in dem sie arbeiten, nur im gemeinsamen Kampf etwas ausrichten können. Sie haben noch nicht gelernt, daß sie an ihrem Arbeiterdasein nur dann etwas ändern können, wenn sie solidarisch mit allen Arbeitern gegen ein System kämpfen, in dem private Unternehmer gesellschaftliche Arbeit ausbeuten und die Arbeiterklasse unterdrücken. Daß sich diese Einsicht nicht in größerem Maße wieder durchgesetzt hat, liegt wohl auch daran, daß es keine politische Gruppe gab, die in einem rele-vanten Umfang die Erfahrungen der Arbeiter formuliert und politisiert hätte. Daß die Gewerkschaften diese Aufgabe nicht übernehmen konnten, ist einsichtig. Inwieweit die KP innerhalb der Betriebe Einfluß hat, ist schwer abzuschätzen. Man wird jedoch davon ausgehen können, er nicht sehr groß ist. Ein Betriebsrat schreibt dazu: "Zwischen den Betriebsratskollegen, Vertrauensleuten und der Belegschaft der meisten Betriebe wächst das Gefühl der Zusammengehörigkeit, unabhängig von der politischen Einstellung. Kommunistische Kollegen sind dabei anerkannte Kampfgenossen, die mit an der Spitze des Kampfes stehen." **)

Die Revolte der Studenten spielte sich fast völlig isoliert von den verschärften innerbetrieblichen Auseinandersetzungen ab, obwohl gerade der SDS erkannt hat, daß seine Bestrebungen nur erfolgreich sein können, wenn er sich auf die

**) "Marxistische Blätter", Heft 4, 1962, S. 23.

SDS innerhalb der Arbeiterschaft ernst genommen werden will, muß er sich in verstärktem Maße auch für die Probleme der Arbeiter interessieren und seinen Verband so gestalten, daß er bei den für Anfang der siebziger Jahre zu er-wartenden erneuten betrieblichen Auseinandersetzungen in der Lage ist, den streikenden Arbeitern durch solidarische Aktionen Unterstützung zu geben, oder wenigstens deutlich zu machen, daß er sich ernsthaft darum bemüht.

Solidarität der Arbeiter stützen kann. Wenn der

József Wieszt





or einem Jahr noch war vielleicht eine halbwegs wohlwollende Aufnahme dieser in Deutschland einmaligen Sammlung politischer Volkslieder aus Frankreich vertretbar. Nach der Mai-Revolte erweist sich die Auswahl einmal als unvollständig, verfälschend, zum anderen erweist sich — für jeden nachvollziehbar - der aufklärerische und literarische Anspruch des Buches als anachronistisch; es ist nur auf seinen Begriff als Ware zu bringen. Die ältesten Texte stammen aus dem 17. Jh., und die Sammlung schließt mit der "Carmagnole", die zur Zeit der großen Revolution entstand, und den historischen und sozialen Veränderungen entsprechend, 1848, 1880, 1894, 1939 durch neue Strophen ergänzt wurde; inhaltlich ist sie nach der spezifischen sozialen Herkunft gegliedert; die Anfänge der ,Subpoesie' liegen vor der Revolution bei den Bauern, dann gewinnen die Lieder der Handwerker und später die des städtischen Proletariats an Bedeutung und verdränletzte Gruppe, unter dem Titel ,Die canaille geht auf die Straße' zusammengefaßt, muß unter anderer Perspektive gesehen werden die soziale Ordnung kaum in Frage, wenn auch die Unterdrücker verspottet und ihnen unablässig Obszönitäten angehängt werden: diese schwache Kompensation, Hilfe für die eigenen Reihen mehr als tatsächliche Aggressivität, luftschaffende Unmutsäußerungen, nicht aber handfeste Kritik. Subjektiv drückt es die aggressive Verdrängung von Sexualität aus. Realistisch ist die Sprache, die die "Dinge beim Namen" nennt: die Unterprivilegierten sind dies ja nicht nur materiell sondern auch bezüglich der Bildung, der ,Kultur' und der dadurch vermittelten spezifischen Erziehung, die gerade bei der Verdrängung des Analen und Genitalen so hilfreich zur Seite steht. (Parallelen dazu finden sich in der Kinderpoesie.) Dies erscheint hier um so mehr, als es früher nicht möglich war, alle Schichten gleichermaßen unter manipulative Medien zu subsumieZensur und werden nach ästhetischen Gesichtspunkten anerkannt und wie Kunst konsumiert und genossen als Kontrast zum ideologischen Schein, schlimmstenfalls als Kuriosum nicht ernstgenommen. So in die Kunst integriert, am affirmativen Charakter dieser teilhabend, werden sie ihrer kritischen Ansprüche beraubt und reihen sich nahtlos ein in das Reich der scheinbaren Freiheit. Dies ist auch das Schicksal der Folksong- und Bänkelgesangbewegung, die die Kulturindustrie bereichern und höchstens noch zu pazifistischen Aktivitäten veranlassen.

Konnte Literatur überhaupt je beanspruchen, praktisch-kritische Intentionen zu haben, indem sie gesellschaftliche Probleme nur subjektiv faßt, sie der "schönen Seele" näher als dem "objektiven Geist" ist, so war sie zudem in die bürgerliche Gesellschaft integriert; auf anderer Ebene reproduzierte sie die bestehende Ordnung, sie gleichzeitig festigend. — Die progressiven Elemente lagen potentiell, aber mehr auch nicht, bei

Juristische ERREGUNG

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen

Jörg Streese ist 21 Jahre, Michael Schultz ist 18 Jahre und Christoph Köhler ist 17 Jahre alt. Sie waren zur Tatzeit Schüler Bremer Gymnasien und sind bislang strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten.

Sie behaupten, Faschismus sei erst Recht, wenn man unter dem Vorwand eines gesetzlichen Auftrages zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eine großangelegte Gewaltanwendung seitens der Polizei startet.

Im März 1968 entwarfen die Angeschuldigten — Streese als Herausgeber, Verleger und Redakteur, Schultz und Köhler als Redakteure — das sogenannte Faltblatt "a" u. a. mit dem im Anklagetenor wiedergegebenen Inhalt und ließen in der Bremer Druckerei Appel, gegen deren Inhaber das Verfahren gesondert zum Abschluß gebracht wird, im Offset-Druckverfahren 10 000 Exemplare drucken und am 16. März 1968 bis auf einen Rest von etwa 300 Stück verteilen.

Die im Faltblatt "a" abgedruckte Zeichnung des Engländers Aubrey Beardsley ist unzüchtig, weil in ihr in grob schamverletzender Weise die männlichen Geschlechtsteile der abgebildeten drei Personen erregt und übergroß dargestellt sind. Die Zeichnung wurde von Beardsley als Illustration zur "Lysistrata" von Aristophanes geschaffen und stellt unzweifelhaft ein Kunstwerk dar. (Vgl. Gutachten des Sachverständigen Dr. Busch, Blatt 82 der Akten). Der Kunstvorbehalt des Artikels 5 Abs. 3 GG, dem auch diese Wiedergabe der künstlerischen Zeichnung unterliegt, findet nach allgemeiner Auffassung in Rechtssprechung und Rechtslehre seine Schranken (vgl. sog. Lueth-Urteil BVerfGE 7, 198 ff.). Wo die Grenzen dieser Schranken liegen, kann in diesem Falle dahingestellt bleiben, weil nach allgemeiner Auffassung jedenfalls dann der Kunstvorbehalt keine Anwendung findet, wenn durch das Kunstwerk strafrechtlich geschützte allgemein anerkannte Sittenbegriffe verletzt werden. (Vgl. Bauer in JZ 1965, 41 ff.; Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 12. 1. 1966 in NJW 1966, 2374.)

Das Strafgesetz bedroht in § 183 StGB die Erregung geschlechtlichen Ärgernisses und damit auch das Entblößen des Geschlechtsteils vor anderen. Es kann danach keinem Zweifel unterliegen, daß die Darstellung von Männern mit erregten Geschlechtsteilen dem allgemeinen sitt-lichen Empfinden widerspricht. Das gilt hier insbesondere, weil die Zeichnung die Geschlechtsteile in unnatürlich vergrößerter Form darstellt. Durch den Aufdruck "Demonstranten" wird nochmals auf die erregten Geschlechtsteile der dargestellten Personen und damit auf deren Geschlechtsnot (- wie sie sich aus dem Zusammenhang zwischen der Darstellung und dem entsprechenden Text in "Lysistrata" ergibt —) hingewiesen. Durch das Hineinstellen in den Text des Faltblattes zu dem Thema "Zur Gewalt" und durch das Anbringen unmittelbar unter den Worten "Landgraf werde hart", erfolgt ein weiterer Hinweis auf die erregten Geschlechtsteile. Vgl. dazu auch die "Analyse des Faltblattes a" der Aktionsgemeinschaft demokratischer Lehrer auf Seite 3 (Blatt 68 der Akten). Dort heißt es:

"Die Zuordnung zum Abschnitt 2 wird einsichtig vom Wortlaut her durch den lasziven Nebensinn, den das Jaeger-Zitat "Landgraf werde hart" durch die Zeichnung erhält, und inhaltlich dadurch, daß die Zeichnung, an Dr. Jaegers Aufforderung zur Härte an Minister, Rektoren, Polizeipräsidenten anschließend, auf den der Sexualwissenschaft bekannten Zusammenhang zwischen Sexualität, vor allem verdrängter Sexualität und Gewalt verweist."

Der Gebrauch des Begriffes "faschistisch" in Verbindung mit dem behaupteten Verhalten des Polizeipräsidenten beinhaltet eine besonders verletzende Äußerung der Mißachtung, weil hierdurch im vorliegenden Zusammenhang mit dem Inhalt des Hauptartikels "Zur Gewalt" zumindest der Vorwurf erhoben wird, der Polizeipräsident habe — wie die Faschisten und Nationalsozialisten — mit Gewalt die Demonstration verfassungswidrig unterdrücken wollen.

lch beantrage, das Hauptverfahren zu eröffnen und Termin zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht — Jugendrichter, Bremen, anzuberaumen.

> Im Auftrage: gez.: Otterstedt Staatsanwalt

Subpoesie: Chanson de la canaille

gen die früheren in ihrer mehr erzählerischen als aufklärerischen Funktion vollständig. Weder zeitlich noch bezüglich ihrer sozialen Herkunft lassen sich die blasphemischen Lieder festlegen; diese haben nur in Frankreich eine so starke Ausprägung gefunden und an Beliebtheit in allen Schichten nichts eingebüßt; die Immerund-überall-Macht der katholischen Kirche brachte zugleich ihre eigene Form der Kritik hervor. Gibt es zwar Straßenlieder überall, lieferte gerade die französische Geschichte diesem Genre Stoff in einer gewissen Tradition und so sind die Lieder davon nicht zu trennen, deren Inhalt mit dem besonderen Hintergrund der Geschichte dieses Landes verbunden ist.

Das Bedeutendste dieser Sammlung liegt darin, daß sie — nicht zuletzt vermittelt durch die sinnvolle Anordnung — eine Art Geschichtsschreibung der Unterdrückten darstellt, eine Manifestation eines seit je existierenden Proletariats, das selbst zwar nicht geleugnet wird, aber sein Klassencharakter, und ideologisch verkleidet in der selbst zur Ideologie verkommenen Geschichte erscheint: sie wird von den Herrschenden gemacht und geschrieben, und ihr größter Verdienst besteht eben darin, eifrig zu verschweigen, "daß da auch Aufrührer gelebt haben, wo Unterdrückung war" (B. Brecht).

Der geschichtlichen Entwicklung gemäß dokumentieren die Lieder auf subjektiver Ebene das jeweilige Bewußtsein der "canaille", deren anfängliche Klage "zur Wut, von der Wut zur Revolte, von der Revolte zur Revolution fortschreitet", oder wie es in dem saint-simonistischen Lied heißt:

Elle grandira, cette sainte canaille Qu'en vos greniers vous laissez s'abrutir; Elle grandira de son grabat de paille, De son cloaque on la verra sortir!

Die zunächst entstandenen Bauern-, Soldaten-, Matrosen- und blasphemischen Lieder — die ren: was die Erziehung nicht leistet wird heute um so intensiver durch die Massenmedien, die ihrerseits Instrument der Kulturindustrie sind, besorgt: eine Folge des ewig geforderten rein quantitativ höheren Lebensstandards, dessen Erlangung so lange negativ auf die Unterdrückten zurückschlagen muß, als die Klassengesellschaft besteht. - Illusionär ist es aber, diesen Liedern einen ,revolutionären' Impetus zuzugestehen, weil sie pornographisch sind: kein gesellschaftliches Tabu wird damit gebrochen. Da die Reklame auf die Ansprechbarkeit der Sexualtriebe hin konzipiert ist, ist die Reduzierung der Intimsphäre auf die Sexualität nur eine scheinbare: Sexualität wird so in den Konsum einbezogen, d. h. gesellschaftlich integriert und kontrolliert. Die sexuelle Emanzipation ist ein Moment der Befreiung des Menschen von Herrschaft, nicht aber wenn sie "psychologistisch aus dem Gesamtzusammenhang gelöst, in bloßer Technik sich erschöpft: als Hygiene innerhalb des Programms einer allgemeinen ,Volksaufklärung' empfohlen, ist sie zu einem weiteren Instrument der Disziplinierung und psychischen Ausbeutung geworden. Die durch die vermeintliche Befreiung des Sexuallebens entstehenden Bedürfnisse werden durch ein übergroßes Angebot an pornographischer Literatur (einerseits, und positivistischer Untersuchungen über das ,sexuelle Verhalten von Männlein und Weiblein' andererseits) kanalisiert: Bücher ersetzen den Bordellbesuch. Die Forderung des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, die Messe vor pornographischem Unrat zu reinigen, zeugt von bürgerlicher Unwissenheit. Erfolg zeitigte sie nur da, wo die Schweinerei politisch wurde: ,Klau mich'-Affäre

— selbst da sind Befürchtungen fragwürdig. Die chansons de la canaille als vorläufige Untergrundliteratur, die den Antagonismus der Gesellschaft anprangern, können ihn nicht überwinden. Im Gegenteil, entbehren sie des aktuellen Kampfcharakters, passieren sie die immanent politische

der Kunstkritik, das jeweils Individuelle mit der Objektivität zu vermitteln.

Tritt Literatur in der politischen Sprachlosigkeit wie jede andere Kunst vollends als Ware auf, ist auch die beinhaltete Praxis davon affiziert: Sexualität wird nicht nur als Pornographie aus Büchern konsumiert, sondern das sexuelle Verhalten selbst ist auf Konsumverhalten reduziert. War zwar während der Mairevolte in Frankreich Kunst tendenziell durch ,Kunst' abgeschafft, als sich durch die befreiten Kommunikationsstrukturen mit Kunst leben ließ, so ließ gerade von daher die Bewegung nachher um so besser integrieren: in einem quasi euphorischen Zustand vergegenständlichten sich die partikularen subjektiven Bedürfnisse in von der bürgerlichen Gesellschaft vorgegebenen Formen: zur Plakatund Parolendokumentation verharmlost, ästhetischen Bedürfnissen genügend wird jeder Umwälzungsversuch verdaulich. Nur wenn die Revolutionäre sich um einige Abstraktheit bemühen, von der kurzfristigen Befriedigung vereinzelter Bedürfnisse absehen, können wir schwere Rückschläge vermeiden. Andernfalls können politische Gehalte beliebig in Ware umgesetzt werden; aus ihrem historischen und gesellschaftlichen Zusammenhang gelöst erhalten sie dinglichen Charakter.

Vergeblich sucht man nach Liedern der Commune: aus dem Manuskript nicht aufgenommen wurden: "La Commune n'est pas morte' von Eugène Pottier, der auch die Internationale schrieb, und "Le temps des cerises" von Jean-Baptiste Clément, welches André Breton für eines der besten Stücke französischer Poesie hält. Hier hält das Argument einer Auswahl nach ästhetischen Gesichtspunkten nicht mehr stand.

Das Glossar bleibt in diesem Sinne auch noch zu scheu, also saubere canaille.

(Insel Verlag 1967 15,—!) U. Bokelmann

Nette und wohlwollende Leute, bloß...

Ein Schriftsteller warnte davor, "wieder das Heimweh wachzurufen nach einer Zeit, da die Belletristik (eingeschlossen die im SPIEGEL) sich in der Rolle der 'außerparlamentarischen Opposition fühlte ... Denn diese vorerst nur studentische Bewegung kann noch an vielem scheitern, doch am ehesten daran, daß sie sich literarisiert. Wenn sie sich in Manifesten, Protestsongs, politischen Anthologien oder Revuen verausgaben sollte, statt ihre Sache weiter durch Reflexion und Aktion zu befördern. (R. Baumgart, Keine Literarisierung der Politik, Die Zeit, 13. 10. 1967) Es ist die Warnung eines Schriftstellers, die nicht ohne Teilnahme, aber eben nicht teilnehmend geschrieben worden ist; eine Befürchtung des distanzierteren Beobachters wird nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß man die Unkenrufer auf ihre eigene Rolle im Produktionsprozeß hinweist. Erst die reale Teilnahme am Prozeß der Politisierung und an organisatorischer Arbeit innerhalb der Interessen der neuen antikapitalistischen Bewegung könnte Kriterien geben. Statt zu informieren, ihre eigene Rolle im Produktionsprozeß dieser Gesellschaft selbst zu revolutionieren, ersticken auch prinziziell wohlwollende Schreibende, die an politischer Offentlichkeit interessiert sind, ersticken sie, vertrauend auf klassische Aufklärungs- und Verhaltensmechanismen, das neue Thema: revolutionieren in einer schier unaufhörlichen Kette von Artikeln, Büchlein, Reden, statt die eigenen Verhaltensweisen und Produktionsbedingungen zu verändern. Erstaunt und gereizt können sie sich immer wieder als ein Teil der "engagierten", politischen Öffentlichkeit provozieren lassen. Die "Spiegel"-Umfrage zur "Revolution" hatte es blendend als ein Teil dieser G' schaftlhuberei

Die Leutchen, die sich überhaupt noch eine gewisse Sensibilität bewahren konnten, eben diejenigen, die "kulturell", finanziell die Möglichkeiten dazu haben, fabrizieren auch am deutlichsten die Idiosynkrasien, die auch von den angeblich nicht ansprechbaren Arbeitern an den

Tag gelegt werden; also Verharren in Unbehanen, bloßes unentwegtes, selbst schon deformiertes Beklagen von Mißständen. Unübertroffen deutlich in seiner Wehklage voller Teilnahme hat es ein netter Fakultätsherrscher gesagt: "Wie verhindern wir, daß der Protest die Tatbestände verschlimmert, gegen die er protestiert? Wie verhindern wir ihn an der Radikalisierung, an der falschen Forschheit, hinter der die bare Angst steht und der darum nicht mehr naive, sondern mutwillige Mutwille?" (H. v. Hen-Die große Beschwichtigung, in MERKUR, Nr. 241, Heft 5, Mai 1968). Wer hat hier Angst und wenn der Ordinarius sie schon mit viel Intuition bei den Radikalen vermutet, warum macht er sich für Beruhigung stark und nicht für Abschaffung der Ursachen der Angst vor dem Faschisierungsprozeß? Weil der liebe Liberale einreden möchte wie d nehmer den Arbeitern, sie sollten auch kleine Produzenten werden, statt wie Marcuse "kitschige Visionen von der Zukunft" zu haben, wo sie doch ach so richtig kritisieren und immer was Wahres dran ist am Protest ...

Dankbar deutlich auch unterlief einem Kritiker eine Behauptung, von der er gar nicht merkte, im Gegensatz zu v. Hentig zum Beispiel, wie richtig sie ist. Der radikale Protest habe sich an der Frontstellung der herrschenden Mächte festgelaufen" — allerhand, bis vor kurzem wußten solche Leute noch gar nicht, wo "herrschende Mächte" überhaupt zu finden waren im Pluralismus, in der "offenen Dynamik dessen, was jemand sich leisten kann ...". Jetzt aber, nachdem das Wort revolutionär immer nur reserviert war für künstlerische Neuerungen, soll diese "Dynamik" sich noch übernehmen mit Neuerungen in der Gesellschaft. Da kann man doch nur behaupten, daß jetzt "ausgerechnet die Kunst dazu erkoren (worden ist), den revolutionären Infekt durch die Hintertüre ins "Establishment' zu tragen".

Marx meinte auch, daß der Aufstand wie ein Kunstwerk bereitet werden müsse, aber weder

sind die schlimmen "Radikalen" dogmatische Marxisten noch meinte Marx, daß die Revolution durch Kunstwerke geschehen könne. Der Gemeinplatz, die Kunst und Literatur sei viel revolutionärer als die, die revolutionäre Veränderungen für nötig halten, verfängt nur noch bei denen, die politische Veränderungen glauben wie Waschpulver verkaufen zu können. "Kunstwerke sind aber öfters gefährlich, dadaistische zumal, und gefährlicher noch sind nur ihre Verklärungen, indem sie nämlich einen Elan verschleiern, der, außerhalb der dadaistischen Machwerke verwirklicht, schon vor fünfzig Jahren die Gesellschaft ordentlich zertrümmert hätte." (Jürgen Becker über K. Schwitters, Spiegel, Nr. 30/1968). "Kurt Schwitters war ein Dadaist, aber ich bin nicht sicher, ob zeitgenössische Revolutionäre, also ob der SDS ihn als Hauskünstwar ein Abbild der Revolution in mir, nicht wie sie war, sondern wie sie hätte sein sollen." Auch B. übersieht wohlwollend, daß es an Schwitters gelegen hätte wie an den "Revolutionären", zu erkennen, daß Hauskünstler besser zu Hause bleiben sollen - die heutigen Schwitters distanzieren sich erst mal nach dem Motto "Feinere Geister unterhält Komik und Skeptizismus" (aus dem "Kunst-Tagebuch" von Öskar Bie, April 1914 schon). Auf Reizwörter wie "revolutionieren" hin jedenfalls reagieren Künstler eher mit schnellen Reflexen, als ob sie still vor sich hin werkelnd vors Schienbein getreten wor-

"Ein erster Überblick über die Autoren zeigt, daß alle Autoren progressive Ideologien vertreten. Freie wie berufstätige Befragte bemängeln die saturierte Selbstgefälligkeit einer Gesellschaft, die in ihrer antidemokratischen Trägheit jeder demokratischen Auseinandersetzung aus dem Weg geht und allmählich wieder in vordemokratischen Zuständen einpendelt" (M. Doehlemann, Gesellschaftliche Isolierung und progressive Ideologie, in Akzente, Heft 5/1968). Zu streiten wäre sehr über D.'s Ideo-

logiebegriff, aber so folgenlos Progressivität sich geriert, so folgerungslos bleibt D.'s Feststellung: "Er (der Schriftsteller) überbrückt die Lücken seiner unmittelbaren Eigenerfahrung durch ein übernommenes, abstraktes Gesellschaftswissen, das er, oft recht schludrig bei der neuen Soziologie oder bei Marx einholt und von außen auf die große soziale Umwelt anwendet." Über Bücher und Bilder ist jahrelang geredet worden mit dem Wörtchen "revolutionär", immer wenn eine Neuheit da war, hieß es ...

Aber wenn es wirklich um Neuerungen geht, die nicht nur in Büchern gefordert und auf Bildern dargestellt werden, dann ist "revolutionär" bei den Progressiven plötzlich ein Kunstwort. W.

Modebewußtsein und Klassenkampf

Auf der 23. ordentlichen Delegiertenkonferenz protestierten Berliner Genossinnen gegen ihren unterprivilegierten Status im SDS, der sie immer wieder daran hindert, aktiv die Politik des Verbandes mitzubestimmen. Um sich von der Bevormundung durch die Genossen zu emanzipieren, isolierten sie sich zunächst von ihnen und organisierten sich unabhängig vom SDS im Aktionsrat zur Befreiung der Frau. Die von den Genossinnen in ihrem Referat artikulierten Erfahrungen im Berliner SDS schienen uns exemplarisch für die Situation der Frauen im Verband. Die durch die "Tomatenaktion" erzwungene Diskussion überzeugte uns vollends von der Notwendigkeit einer Organisation der Frauen im SDS. Ob diese abstrakte Einsicht tatsächlich zu praktisch-organisatorischen Konsequenzen geführt hätte, wenn wir nicht durch die Festveranstaltung in der Paulskirche "50 Jahre Wahlrecht der Frauen" zu einer gemeinsamen Aktion provoziert worden wären, bleibt dahingestellt.

Die Störung dieser Feier wurde von uns unter zwei Aspekten geplant:

1) das progressive Image der SPD zu zerstören, die für sich in Anspruch nimmt, die Emanzipation der Frauen durch ihre Politik voranzutreiben, faktisch jedoch die sozialistischen Emanzipationsforderungen der Frauenrechts-kämpferinnen auf die formaljuristische Gleichberechtigung reduziert;

2) den Zynismus zu decouvrieren, mit dem hier behauptet wird, daß den Frauen mit dem Gang zur Wahlurne - die einzige "politische" Betätigung der meisten Frauen — schon Emanzipation beschert worden sei.

Ziel dieser Veranstaltung war ja keineswegs die Politisierung und Aktivierung der Frauen, die in der Praxis Selbstbestimmung, Reorganisation der Arbeit und der verschiedenen Lebensbereiche hieße. Sie war geschickte Wahlpropaganda, die die Frauen in eine positive Identifizierung mit den Wahlrednerinnen drängte, da diese es ja offensichtlich "geschafft" haben, sich in der Männerwelt zu behaupten und damit den Unternehmerslogan bestätigen, es könne sich schließlich jeder raufarbeiten.

Durch diese Manipulation wird die Einsicht in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und die Bewußtwerdung der Frauen, daß der Realisierung ihrer Fähigkeiten und Bedürfnisse objektive Hindernisse entgegenstehen, blockiert. Die daraus resultierenden Frustrationen und Schuldgefühle werden verdrängt oder in der Familie ausgetragen bzw. durch verstärkten Konsum kanalisiert. Modebewußtsein ersetzt Klassenbewußtsein.

Die Veranstaltung "50 Jahre Wahlrecht der Frauen" stand unter dem Zeichen der in Frankfurt bevorstehenden Kommunalwahlen. Redner waren: Brundert, Strobel und Carlo Schmid von der SPD, Schwarzhaupt (CDU), Funke (FDP) und als Vertreterin der "Jung-Frauen" Theodor-Heuss-Medaillen-Trägerin Karin Storch. Brundert selbst gab uns in seiner Begrüßungsrede nichtsahnend das Stichwort zur Besetzung des Podiums, als er mit patriarchalischer Groß-mütigkeit ankündigte, daß auch die Jugend gemeint war Renommierabiturientin Karin Storch — zu Wort kommen solle. Einige von uns versuchten zunächst ans Mikrofon zu kommen, um mit einem vorbereiteten Beitrag den Protest gegen diese Veranstaltung inhaltlich zu begründen. Die übrigen Genossinnen entrollten Plakate, die thesenhaft unsere Kritik an der Veranstaltung zum Ausdruck brachten. Altgediente Sozialdemokraten und hysterische Parteifrauen kamen Brundert daraufhin zur Hilfe, zerrissen die Plakate, prügelten und zerrten uns vom Podium, wobei sie aktiv von Brundert unterstützt wurden. Trotz Aufmarsches von etwa 50 Polizisten und der Androhung Brunderts, den von uns besetzten Teil des Saales räumen zu lassen, versuchten wir die Veranstaltung weiterhin durch Sprechchöre und Zwischenrufe zu stören, um eine Diskussion zu erzwingen. Brunderts Reaktion auf unser Auftreten veranschaulichte seinen Emanzipations- und Offentlichkeitsbegriff: Er wisse ja, von wem wir "geschickt" seien, und er lasse sich "seine" Veranstaltung nicht von uns kaputtmachen.

Die Parteiredner nahmen im Verlauf der Veranstaltung samt und sonders für ihre Partei in Anspruch, die Tradition der Frauenbewegung fortgeführt und wesentliche ihrer Forderungen realisiert zu haben. Die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann wurde von ihnen unkritisch als positive Errungenschaft apostrophiert. Die gesellschaftlichen Implikationen, dessen was erreicht bzw. nicht erreicht ist, wurden schlichtweg unterschlagen.

Wir meinen, daß diese Aktion aus folgendem Grund für uns ein Erfolg war: Durch solidarisches Verhalten und äußerste Disziplin wurde unter den Genossinnen eine Aktionseinheit konstituiert, die die Voraussetzung zur Gründung eines Aktionsrates zur Befreiung der Frauen in Frankfurt abgibt.

Im Aktionsrat wird augenblicklich eine Grundsatzdiskussion über das Emanzipationsproblem geführt, aus der eine Konzeption für unsere weitere politische Arbeit hervorgehen soll. Aktionsrat zur Befreiung der Frauen

Treffpunkt: Mittwoch, 20.30 Uhr, Klettenbergstraße 11, Seminar für Politik

Apologetische Mißverständnisse

Franco Mogni wirft mir in DISKUS, Nr. 5, Juli 1968, "partiell romantische Rechtfertigung und Unterstützung Kubas durch meinen Artikel "Viva la Revolucion Cubana" in DISKUS vom April 1968 vor. Irrtümliche Information vereinige sich mit falschen Interpretationen. Die beiden Beispiele, die er zitiert, können mich nicht überzeu-

"Hilfe der sozialistischen Länder" sei nichts als eine Formel. Kuba führe mit diesen Ländern Handel; ansonsten stellten die Nahrungsmittelschwierigkeiten nur ein Problem der Innenpolitik

Mir scheint, als ob hier der Versuch einer formalen Übernahme offizieller kubanischer Regierungsthesen hart an den Rand vulgärer Apologie sowjetischer, polnischer etc. Regierungspolitik stößt. Gewiß kann es sich nicht darum handeln, die Abhängigkeit Kubas von amerikanischen Importen durch eine ähnliche Abhängigkeit von Einfuhren aus dem sozialistischen Lager zu ersetzen, obwohl man keine Vogel-Strauß-Politik betreiben sollte und verstehen müßte, daß Kuba tatsächlich auf dem Gebiet gewisser lebenswichtiger Rohstoffe und Maschinen längere Zeit von diesen Importen abhängen wird.

Die wirkliche Frage jedoch liegt woanders. Kuba ist ein wirtschaftlich unterentwickeltes Land. Es kann den Lebensstandard seiner Bevölkerung nur durch die Modernisierung seiner Landwirtschaft und die Entwicklung seiner Industrie erhöhen. Wenn dieser Prozeß ausschließlich aus eigener Kraft durchgeführt werden muß, wird er unvergleichlich viel schwieriger und opferreicher sein, als wenn die bereits industrialisierten Länder des sozialistischen Lagers dazu in Form von langfristigen, zinslosen oder zinsniedrigen Krediten einen Beitrag liefern. Vom Standpunkt der sozialistischen Solidarität wäre solch eine Unterstützung, vor allem angesichts der expo-nierten Lage Kubas in der westlichen Hemisphäre und angesichts der US-imperialistischen Blockade etwas Selbstverständliches. Die sowjetische Regierung jedoch, die bürgerlichen Staaten wie Ägypten und Indien, und sogar re-aktionär-diktatorischen Regierungen, wie jenen Brasiliens oder Pakistans größere Wirtschafts-hilfe leistet als Kuba, tut auf diesem Gebiet gegenüber dem revolutionären Kuba nicht ihre

Lenin sagte im Jahre 1918, als er auf eine siegreiche sozialistische Revolution in Deutschland hoffte: Wir werden mit den deutschen Arbeitern unser letztes Stück Brot teilen. Wenn Franco Mogni für diesen Geist kein Verständnis hat, so ist das seine Sache. Mit "umgedrehtem Paternalismus" meinerseits hat er jedenfalls nichts

Weil ich geschrieben habe, daß Kuba "das erste sozialistische Land (sei), welches einen seiner wichtigsten Führer, Che Guevara, ins Ausland geschickt hat, um dort den Befreiungskampf zu führen", verdächtigt mich Franco Mogni, insinuiert zu haben, Che sei nicht aus Idealismus nach Bolivien gegangen, sondern auf Befehl seiner Regierung! Im gleichen Atemzug verdächtigt er mich, ähnliche Gedanken wie jene des argentinischen Publizisten Adolfo Gilly zu äußern¹).

Nun vertritt Gilly die verleumderische Ansicht, Castro habe mit Guevara gebrochen; ich da-gegen unterstrich die völlige Übereinstimmung zwischen Castro und Guevara in der Einstellung zur lateinamerikanischen Revolution. Wie meine Argumentation so an jene Gillys "erinnern" kann, ist allerdings seltsam, es ist mir wirklich rätselhaft.

Ich habe weder von einem Befehl der kubanischen Regierung gesprochen, noch lateiname-rikanische Revolutionäre erwähnt, die den dortigen Befreiungskampf führen. Ersteres entspräche nicht den Tatsachen; letzteres wäre in einem, ausschließlich der kubanischen Revolution gewidmeten, Artikel nicht am Platze gewesen. Es ist jedoch nicht schwer zu verstehen, daß Che, der ohne Zweifel Kuba auf eigenen Wunsch verlassen hat, dies nur tun konnte, weil das Zentralkomitee der kubanischen Kommunistischen Partei ihm dies ermöglichte; daß er Kuba nicht gegen den Wunsch des Zentralkomitees der KPC verlassen hatte. Dies war der Punkt, den ich unterstreichen wollte: daß bis jetzt keine einzige Kommunistische Partei, die in einem Land bereits an der Macht ist, es seiner zweitwichtigsten Persönlichkeit gestattete, sich ausschließlich den Aufgaben der internationalen Revolution zu widmen. Wiederum war dies nur ein Lob für die kubanische Führung und gleichzeitig zweifellos eine Kritik der beschränkt nationalistischen Politik der Regierungen der meisten anderen sozialistischen Staaten. Statt von "grotesken Akzenten" zu sprechen, würde Franco Mogni besser daran tun, diesen Tatsachen und Widersprüchen Rechnung zu tragen. Er würde dann weniger in Gefahr geraten, unter dem Deckmantel von Castro-Zitaten die von der kubanischen Führung verurteilten Abweichungen der revolutionären Linie in zahlreichen anderen sozialistischen Staaten und kommunistischen Parteien mit Wortverdrehungen und formalistischer Sophistik apologetisch zu decken.

Gisela Mandel

Adolfo Gilly ist, wenigstens soweit mir bekannt, Wortführer einer kleinen, abgespaltenen Gruppe der trotzkistischen Bewegung, die seit Jahren eine verleumderische Polemik gegen die kubanische Führung betreibt und sich u. a. zu der Behauptung verstieg, Castro habe Guevara ermordet. Die überwältigende Mehrheit der in der IV. Internationale organisierten trotzkistischen Bewegung hat sich von diesen provokatorischen Thesen scharf distanziert.

Reale Autonomie - Politisches Mandat

Fortsetzung von Seite 16

sionalen Gewaltanwendung der Polizei, in den staatlichen Manipulationen des Demonstrationsrechts, in dem Verhalten der Hochschulbürokratien, oder in den Flächenbombardements der Amerikaner in Vietnam zum Ausdruck kamen kaum noch auseinanderzuhalten waren; diese Verfilzung der technologischen Rationalität mit der politischen hat die Struktur des "politischen Mandats" der Studentenschaft und das politi-sche Selbstverständnis der aktiven Studenten grundlegend verändert. Denn solange es fast als selbstverständlich galt,

daß den Parteien und den Organisationskernen, die auf die günstige Stunde warteten, Alternativparteien zu werden, im Wettbewerb um Gesellschaftsreformen und um Machtbeteiligungen politisch unbedingte Priorität zukomme, waren Einpunktbewegungen, wie etwa der Kampf gegen die Korporationen, gegen die Remilitarisierung und gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, innenpolitisch eindeutig definiert; ihr Inhalt war begrenzt auf einen Abwehrkampf, der die Restauration von Teilen des Herrschafts-systems betraf. Mit dem erfolgreichen Abschluß des Restaurationsprozesses, an dessen Endpunkt die Technologisierung der von technokratischen Eliten dirigierten politischen Herrschaftsapparaturen auch die Universitäten zu erfassen drohte, hatten sich die institutionell definierten Kanäle, durch die traditionell politischer Einfluß ausgeübt worden war, zusehends verengt.

Für alle Einpunktbewegungen, die aus der Erfahrung der veränderten Wirklichkeit politische Konsequenzen zu ziehen imstande waren, und die ihre Anhänger nicht gänzlich verlieren wollten, mußte diese Entwicklung eine Verallgemeinerung, inhaltliche Vertiefung und Radikalisierung von Protest und Politik zur Folge haben.

Diese am deutlichsten am Verhältnis zwischen Protest und Politik erkennbare Strukturveränderung ist freilich nicht nur bedingt durch die Aktualität weltgeschichtlicher Prozesse, sondern auch durch deren Befreiung aus Interpretationszusammenhängen, die entweder dem nachrevolutionären Establishment oder dem Establishment spätkapitalistischer Klassengesellschaften verhaftet sind. Dadurch daß der Solidarisierungsprotest mit den Sozialrevolutionen der Dritten Welt die Funktion eines praktischen Mediums übernimmt, in dem das Bewußtsein von gegenwärtiger, aktueller Geschichte mit dem politischen Anspruch vermittelt ist, die Gegengenwärtigen Gesellschaft) als ein geschichtliches Problem zu behandeln, verbindet sich im Selbstverständnis der studentischen Protestbewegung die Idee einer Kritischen Universität als öffentlicher Instanz, die sich die permanente Denunziation der spätkapitalistischen "surplus repression" (H. Marcuse), des historisch überholten Zwangs zur Aufgabe macht, mit dem Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung in den Ländern der Dritten Welt. Wo es in den Metropolen kein elementares Elend breiter Massen mehr gibt, kann nur durch externe Einflüsse, etwa durch Vermittlung jenes Solidaritätsprotestes historisches, vom suggestiven Funktionalismus befreites Bewußtsein sich bilden, das fähig und entschlossen ist, die Decke verdinglichter Herrschaftsverhältnisse und geronnener Prozesse, die für das bürgerliche Bewußtsein immer nur post-festum, nach Katastrophen, aufgesprengt werden 10), bereits in einem funktionalen Entwicklungsstadium der Gesellschaft aufzubre-

Der Grundwiderspruch, dem die urbanen Protestbewegungen unterliegen, konstituiert den neuen Begriff der politischen Moral und bildet

gleichzeitig die Quelle aller revolutionären Verdinglichungen des individuellen Verhaltens. Denn diese Protestbewegungen können am militärischen Befreiungskampf der Dritten Welt aktiv nicht teilnehmen; andererseits erreicht traditionelle Politik die sich emanzipierenden Völker überhaupt nicht oder nur in Gestalt zusätzlicher Repression. Aber gerade in der produktiven Lösung dieses Widerspruchs, im Durchbrechen des Zwangszusammenhangs von unmittelbar überprüfbaren Leistungen, Belohnungen und Kompromissen bildet sich eine politische Moral, welche das Element des Antifunktionalen in den Protestformen, die Sensibilität für Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt in ein inhaltlich Unbedingtes systemsprengender politischer Forderungen umsetzt. Und diese Moral, die in gewisser Weise die individualistisch revolutionären Ansprüche aus der heroischen Epoche des Bürgertums wieder aufnimmt, ist eine des politischen Verhaltens, des praktischen Widerstandes, der Leistungsverweigerung.

Der Solidarisierungsprotest ist jedoch mit politischer Praxis weder identisch noch deren beherrschende Form; er konstituiert vielmehr eine im Kern antiautoritäre und antiinstitutionelle Politik, die auf die Erweiterung des Bereichs der organisierten Selbstätigkeit, der autonomen, politisch tätigen Reflexion gerichtet ist. Als im eigentlichen Sinne historische Praxis, die selbst noch zur Intensivierung der aktuellen Lernsituation beiträgt, erstrebt sie die Vergrößerung des demokratischen Verhaltenspotentials in der Absicht, in allen gesellschaftlichen Institutionen die autoritären und faschistischen Lösungsmöglichkeiten der Krisen des kapitalistischen Systems praktisch einzuschränken. Traditionelle Politik dagegen ist, in der liberalen Phase nicht weniger als in der der autoritären Politisierung, an institutionellen Entlastungen der Individuen orientiert; als eine von den gesellschaftlichen Lebenserscheinungen getrennte Sphäre erschöpft sie sich in technokratisch gesteuerten repräsentativen Machtbeteiligungen, in formalen Bekenntnissen zu Programmen, in Vertrauensbezeugungen zu funktionierenden Institutionen und Massenorganisationen.

Der Gefahr eines neuen studentischen Funktionärstums an den Hochschulen, das sich von den Interessen und den Kontrollen der breiten Masse der Studenten gelöst hat, kann man auch in einer politisch-demokratischen Gesamt-Universität nicht einfach durch die Erweiterung reprä-Aithestimmungsrechte entgehen dern nur durch einen Prozeß fortschreitender Politisierung und direkter Kontrollen; das setzt aber ein uneingeschränktes politisches Mandat der Studentenvertretungen voraus.

der Studentenvertretungen voraus.

10) Die Reflexion auf ein wie immer geartetes "historisches Recht", das, frei von den Funktionalisierungszwängen des Denkens, neue Maßstäbe für die Bestimmung von Aufgaben und Zwecken der Gesellschaft und der Institutionen setzt, ist dem an der Geschichte in ihrer Vergangenheitsform orientierten bürgerlichen Bewußtsein offenbar nur nach gesellschaftlichen Zusammenbrüchen möglich. So wird zum Beispiel die Orientierung an der historischen Notwendigkeit des politischen Handelns, zu der sich die Sozialdemokratische Partei vor 1933, also vor der Katastrophe, kaum erheben konnte, nach 1945 wiederum beschworen. Kurt Schumacher sagte 1946 vor Studenten: "Es kommt für eine politische Partei nicht darauf an, vor jedem ihrer einzelnen Anhänger recht zu behalten. Und es kommt, wenn die großen Zäsuren des weltgeschichtlichen Geschehens die Dinge durchschneiden, nicht darauf an, in einer vergangenen Periode recht gehabt zu haben, sondern es kommt darauf an, eine große neue Konzeption zu haben von den Dingen, wie sie kommen sollen und wie sie kommen müssen." (In: neue kritik, Nr. 1 März 1960).

(gekürzter Abschnitt des Aufsatzes über "Die Idee einer kritischen und antiautoritären Universität" aus: Universität und Widerstand, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1968)



er Kampf um das "politische Mandat" der Studentenschaft bezweckte von Anbeginn die Abwehr der autoritären Politisierung der Hochschulen und gleichzeitig die Entwicklung von neuartigen Organisationsformen des Wissenschaftsprozesses, durch welche die inzwischen selbst in ihrer formaljuristischen Restautonomie bedrohte Autonomie-Basis der Universität gesichert werden sollte. Aber erst die durch die wachsende Protestbewegung politisierten Studentenvertretungen gewannen genügend Selbstsicherheit, das Mandat in politisch tätiger Reflexion faktisch auszuüben 1), um schließlich alle auf seine Anerkennung gerichteten juristischen unnd wissenschaftstheoretischen Argumentationen, die sich jahrelang in größter Zurückhaltung auf periodisch erneuerte Appelle an Hochschulverwaltungen, Staatsbürokratien und Parteien gestützt hatten, selber zum Gegenstand breiter politischer Bildungsprozesse zu machen. Indem sich die Studentenvertretungen aus einer gewissen Position der Stärke heraus nicht nur von den Fesseln vorgegebener Kompetenzabgrenzungen lösten, sondern diesen Akt der Befreiung auch zu legitimieren suchten, übernahmen sie als institutionelle Träger einen Politisierungsprozeß, den die sozialistischen Hochschulgruppen eingeleitet hatten und in dessen Zentrum die inhaltlich-immanente Entfaltung der Dialektik von Wissenschaft und Politik stand. Das "politische Mandat" setzt die Kritische Universität voraus und ist zugleich ihr Produkt.

> Die gesellschaftsverändernde Relevanz eines historisch begründeten und auf eine inhaltliche Verfassungsinterpretation gestützten "politischen Mandats", die den Zwangszusammenschluß der Studentenschaft einzig durch die Teilnahme der "wissenschaftlich Lernenden am Wissenschaftsprozeß und an der wissenschaftlichen Öffentlichkeit der Hochschule" 2) gerechtfertigt sieht, ist an die Idee einer politisch-demokratischen Gesamtuniversität gebunden, die sich im Zusammenhang von objektiven Interessen der Menschen autonom reorganisiert.

Denn das Prinzip, nach dem unter den jeweiligen Produktions- und Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft zu entscheiden ist, in welchen Formen die Substanzerhaltung von Wissenschaft und wissenschaftlicher Erziehung als kritischer, emanzipativer Produktivkräfte gewährleistet werden kann, ist das der Autonomie.

Wenn Humboldt im Einvernehmen mit dem als Sittlich-Allgemeines verstandenen Staat eine Universität konzipierte, in der die Erziehung durch Wissenschaft die Autonomie des Individuums und seine praktische Widerstandskraft gegen die entfremdenden Funktionalisierungen im bürgerlichen "System der Bedürfnisse" stärken sollte, so ist die inhaltliche Realisierung des Autonomieprinzips, gerade weil es in technologisierten Klassengesellschaften stets das Risiko revolutionärer Wirksamkeit enthält3), heute weder von staatlichen oder gesellschaftlichen Instanzen noch von der auf die Wahrung formaler Selbstverwaltungsrechte bedachten Hochschulbürokratie zu erwarten. Im Gegenteil: wer heute die Autonomie der Universität durch formal-juristische Kompetenzabgrenzungen retten will, trägt objektiv zu deren Zerstörung bei. Die politisch aufgeklärte Studentenschaft erweist sich gegenwärtig als der einzige entschlossene Träger einer experimentellen Studien- und Hochschulreform, die das Autonomieprinzip realisiert, indem sie die Studierenden zu "Subjekten" von Lernprozessen macht und den organisierten öffentlichen Wissenschaftsprozeß durch institutionelle Garantien seiner Selbstdefinition von undurchschauten und handfesten heteronomen Interessen befreit. Da der hartnäckige Widerstand gegen die Demokratisierung der Hochschulen, der dem ins Blickfeld der Offentlichkeit geratenen Kampf gegen das "politische Mandat" eigentlich zugrunde liegt, mit den üblichen Traditionsformeln kaum noch zu rechtfertigen ist, stützt er sich auf eine "Rationalität" formaler Argumentation, die abwechselnd Rechtsvorschriften und technologische Sachgesetze verwendet. So läßt sich die soziologische Frage, ob die den Forschungs- und Lernprozessen eigentümlichen Gesetzmäßigkeiten eine sachgebundene demokratische Willensbildung überhaupt zuließen, ohne wesentliche Veränderung der Grundannahmen in die juristische übersetzen, ob die als Zwangsverband mit eng begrenzten und unpolitischen Aufgaben definierte Studentenschaft im Rahmen der geltenden Rechtsordnung ein "politisches Mandat" in Anspruch nehmen könne. Die bisher verstreut wahrnehmbaren Elemente von technologischer und legalistischer Mentalität verschmelzen zu einer kompakten "politischen Ideologie", in deren formaler Rationalität Merkmale wie störungsfreie Funktionsfähigkeit, bürokratische Kompetenzverteilung und arbeitsteilig bornierter Sachverstand eingehen; durch rituelle Bestätigungen von "Rechtspositionen" ist die Geltungs-Komponente des Rechts, die, strukturell "ahistorisch", bereits die herrschaftsstabilisierende und veränderungsfeindliche Politik im Nachkriegsdeutschland prägte, zur beherrschenden geworden: Durch eine solche Ideologie abgesichert, können die Rechtsnormen, an die verallgemeinerte partikulare Interessen sich binden lassen, fungible Instrumente in den Händen der gegenwärtigen Machthaber werden.

Nach der herrschenden Rechtsauffassung zum "politischen Mandat" kann die Studentenschaft als eine nicht rechtsfähige - in Hessen rechtsfähige - Körperschaft des öffentlichen Rechts am Prozeß der politischen Willensbildung nicht teilnehmen, weil für die Hochschule als Träger mittelbarer Staatsverwaltung die politische Meinungsäußerung keine eigenständige, sondern nur eine "unselbständige Komplementärfunktion zu anderen primären Sachfunktionen" (Bettermann) darstelle 4). Ist schon die Annahme eines Bereichs "staatsfreier Willensbildung", der von den Institutionen und Funktionen der Staatsverwaltung säuberlich zu trennen ist, soziologisch unhaltbar, weil eine bloße Übertragung des verallgemeinerten und verabsolutierten Kompetenzprinzips des staatlichen Verwaltungsaufbaus auf die Gesamtgesellschaft, so stützen sich die juristischen Abwehrargumente gegen das "politische Mandat" gleichzeitig auf eine materiale Interpretation des Wissenschaftsbegriffs, die eine bestimmte wissenschaftstheoretische Reflexionsstufe als mit dem Staatsinteresse vereinbar und damit als verbindlich erklärt.

Die These, daß sowohl das "politische Mandat" als auch die Kritische Universität mit der Gefahr einer politisch-dezisionistischen Überfremdung der autonomen Wissenschaften und der Hochschulen verbunden sei - eine These, die auch dem Senatsgutachten von Borinski und Knauer zur Kritischen Universität in Berlin zugrunde liegt -, ist selber Ausdruck einer wissenschaftsfremden, interessenbedingten Dezision, die den Rechtsschutz aus Artikel 5 Abs. 3 des Grundgesetzes einem einzelnen Wissenschaftsbegriff vorbehält

der Humboldtsche Begriff von Wissenschaft zum Beispiel würde nicht mehr unter die so verstandene Freiheitsgarantie fallen, "Wissenschaft erschöpft sich in der Reflexion. Ein Verhalten, das von der Absicht getragen ist, ein Handeln anderer auszulösen, ist nicht Wissenschaft . . . Die subjektive Absicht der Wahrheitserforschung und -verkündung bildet das Kriterium der Wissenschaftlich-

Wenn die Studenten demgegenüber geltend machen, daß die Wissenschaft, ihrer Struktur nach nur durch eine Selbstdefinition bestimmbar, als ein "unbestimmter Rechtsbegriff" 6) verstanden werden müsse, so liegt dem die Einsicht zugrunde, daß der aus dem substantiell-verbindlichen philosophischen Zusammenhang gelöste Wissenschaftsbegriff heute nur noch in einer offenen wissenschaftstheoretischen Selbstreflexion zu umgrenzen ist. Diese müßte gleichzeitig inhaltliche Analysen der historisch spezifischen Formen der Übersetzung wissenschaftlicher Gehalte in die politische Dimension handelnder Individuen umfassen, die durch interpretierte soziale Bedürfnisse, besondere Lebensgeschichten und Interessenlagen bestimmt wird. Allgemein kann gesagt werden, daß der organisierte Prozeß von Forschung und Lehre ein soziales Handlungssystem bildet, das nur durch willkürliche und interessenbedingte Abstraktionen auf den institutionellen Rahmen der Hochschulen zu begrenzen ist.

Reale Autonomie – Politisches Mandat

Die juristische Kompetenzverteilung wird vervollständigt und ergänzt durch eine Verteilung der Sachkompetenzen, die jedem "seinen Platz" in einer autoritär gegliederten Leistungshierarchie zuweist. Wie weit die Struktur antidemokratischen Denkens heute durch eine verwaltungstechnische Mentalität der Sachkompetenz, in der sich regelmäßig der Hinweis auf die undurchdringliche Komplexität der Verhältnisse mit dem Wunsch nach entscheidungsfähigen, technokratischen Spezialinstanzen verbindet, geprägt und verschleiert wird, kommt etwa in der apodiktischen Feststellung Gehlens zum Ausdruck, "daß Grundlagenreformen in der Verwaltung oder im Erziehungswesen gleicherweise unmöglich sind, sie müßten angesichts der Fülle der Daten, die dort existieren, in einer Abstraktionshöhe, in einer Unanschaulichkeit gedacht werden, bei der nur Dilettanten sich noch einbilden könnten, daß man dann noch an der Sache bliebe" 7).

Da das Problem der Datenfülle jedoch keineswegs auf Institutionen der Verwaltung und der Erziehung beschränkt ist, läßt sich die Absicht leicht erkennen, einzelne Entwicklungstendenzen spätkapitalistischer Industriegesellschaften zunächst aus der politischen Gesamtordnung zu lösen und zu "wertfreien" Sachgesetzlichkeiten zu neutralisieren, um sie dann als unverdächtiges Modell der politischen Reorganisation der Gesamtgesellschaft wiederum präsentieren zu können. Im fingierten Bereich der "staatsfreien Willensbildung", dem ein im 18. und 19. Jahrhundert ausgebildeter, inzwischen zur puren Ideologie entwerteter juristisch-negatorischer Freiheitsbegriff zugeordnet wird, wird auf breiter Basis die politische Willensbildung durch die spezifische Struktur jener Sachgesetze (oder, wie Bettermann sagt, "primären Sachfunktionen") endgültig unterbunden, die in anderer Verwendung, auf der Ebene staatlicher Funktionsverteilungen, bereits die Unzulässigkeit des politischen Mandats der Studentenschaft inhaltlich begründen halfen. Das verweist allgemein auf Probleme des Funktionswandels von Begriffen und Methodologien im Spätkapitalismus. In einer an sich politischen

Gesellschaft verwandelt sich das methodologische Postulat Max Webers, das gegenüber den schwadronierenden Weltanschauungslehren seiner Zeit die Wissenschaft zur Autonomie zurückführen und von politischen Entscheidungen freisetzen sollte, leicht in ein politisches Instrument zur Privatisierung des öffentlichen Wissenschaftsprozesses, der dadurch demokratisch nicht kontrollierten Herrschaftsinteressen verfügbar wird. In der Bereitschaft zur politischen Instrumentalisierung von Theorien und methodologischen Postulaten, durch welche die Verwendungszwecke wissenschaftlicher Informationen aus dem Zusammenhang einer diskutierenden und kontrollierenden Öffentlichkeit gelöst werden, drückt sich ein geschichtsloses Denken aus, das prinzipiell unfähig ist, Wissenschaft und Hochschulen in der Konkretion gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen zu begreifen.

Indem die im Dritten Reich sinnfällig gewordene Auflösung der "naturwüchsig" politisch neutralisierten Interessenbereiche und Institutionen auf deren zerstörerische Charakterzüge reduziert wird, wird sie zum historischen Betriebsunfall, zu einem bedrohlichen Zufallsprodukt stilisiert, das nur noch traumatisches Objekt von Abwehrreaktionen ist; die historisch bewußtlose Reaktivierung der traditionellen Beziehungen zwischen Wissenschaft und sozialem Handeln, Gesellschaft und Staat, Interessen und Politik schlägt sich, was das politische Mandat der Studentenschaft und die Demokratisierung des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses betrifft, in einer zwangshaften, hilflosen und irrationalen Abwehrhaltung nieder. Bar jeglicher politischer Phantasie, die ihnen die Unterscheidung zwischen einer nach Regeln wissenschaftlicher Rationalität und Autonomie betriebenen demokratischen Politisierung und einer wissenschaftsfremden politischen Intervention erleichtern könnte, zeigt sich der überwiegende Teil der deutschen Hochschullehrer befangen im beschränkten Erfahrungshorizont derjenigen, für die jede demokratisch bewußte Politisierung der Hochschulen keine andere Gestalt annehmen kann als die, die sie allein kennen, nicht selten aktiv unterstützt oder toleriert haben, und die sie als reale Entwicklungsmöglichkeit des formaldemokratischen Establishments aus dem Bewußtsein drängen: nämlich die faschistische. Für sie alle, auch für diejenigen, welche selber weder die stalinistische noch die faschistische Funktionalisierung der Wissenschaften erfahren haben, gilt die schlichte Abwehrformel Helmut Coings: "Entpolitisierte Wissenschaft? Die Erfahrung meiner Generation ist, daß politisierte Wissenschaft ,trahison des clercs' ist" 8).

Die historische Reflexion auf die Bedingungen der Selbstzerstörung der deutschen Universitäten führte die Studentenbewegung dagegen zu der folgenreichen praktischen Einsicht, daß eine im emanzipativen Selbstverständnis der Wissenschaften begründete Autonomie der Universität nicht mehr in der abstrakten Alternative zwischen einer apolitischen und einer politisierten Hochschule gedacht

Oskar Negt

werden kann; daß vielmehr in einer potentiell politischen Gesellschaft, das heißt: in einer Gesellschaft, in der politisch neutralisierte Institutionen und "naturwüchsige" Interessenbereiche selber Produkte politischer Interventionen sind, jede gesellschaftsverändernde Praxis unter dem objektiven Entscheidungszwang steht: entweder die Gesellschaftsverhältnisse konsequent zu demokratisieren oder einer autoritären, im Extremfall faschistischen Politisierung Vorschub zu leisten. Franz Neumann hat diese Alternative klar formuliert: "wenn man heute antidemokratisch ist, stärkt man, bewußt oder unbewußt, den Faschismus, auch dann, wenn man selbst dieses Ziel nicht

Als sich in den praktischen Auseinandersetzungen der studentischen Protestbewegung Recht und Technologie zunehmend als bloße Legitimationsinstrumente für einen Zustand erwiesen, in dem Demokratie auf die strikte Einhaltung sozialtechnischer Regeln zur obrigkeitsstaatlichen Regulierung sozialer Konflikte und zur Unterdrückung historischer Alternativen reduziert wurde, mußte die Sphäre des beschränkten politischen Konkurrenzkampfes jede Eigenbedeutung verlieren; in der gesellschaftlichen Realität und im Bewußtsein derjenigen, deren Sensorium für unscheinbare Entwicklungsprozesse noch nicht verkümmert war, wurde Politik zum Bestandteil eines erdrückenden Zusammenhangs, in dem bürokratisch-administrative, ökonomische und technologische Entscheidungen - ob sie nun in der mechanischen und überdimen-Fortsetzung Seite 15

Fortsetzung Seite 15

1) Vgl. dazu die scharfsinnige Analyse von Peter Brückner, a. a. O.
2) Stephan Leibfried/Ulrich K. Preuß, Thesen zum politischen Mandat der Studentenschaft, in: Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967, S. 35.

2) Vgl. Universität und Politik, Der wissenschaftspolitische Klub ?????!!!! Arbeitsblätter 1, S. 5 ff.

4) Die juristischen Argumente zum "politischen Mandat" stützen sich durchwegs auf die grundlegenden Erörterungen von Ulrich K. Preuß und Stephan Leibfried, in: Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967, S. 340 fft.; und: Ulrich K. Preuß, Zum politischen Mandat der Studentenschaft (Univ. Manuskript).

5) W. Thieme, zitiert bei Ulrich K. Preuß, Zum politischen Mandat der Studentenschaft (Unv. Manuskript), S. 11.

6) a. a. O., S. 18.

7) Gehlen, zit. bei Schelsky, a. a. O., S. 305.

8) In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 11. 1967.

9) Franz Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt/M. 1967, S. 300.

16